



HINTERGRUND // MÄRZ 2021

25 Jahre Umweltbewusstseinsforschung im Umweltressort

Langfristige Entwicklungen und aktuelle Ergebnisse

Für Mensch & Umwelt

Umwelt 
Bundesamt

Impressum

Herausgeber:

Umweltbundesamt
Fachgebiet I 1.4 „Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche
Umweltfragen, nachhaltiger Konsum“
Postfach 14 06
06813 Dessau-Roßlau
Tel: +49 340-2103-0
buergerservice@uba.de
Internet: www.umweltbundesamt.de

 /umweltbundesamt.de
 /umweltbundesamt
 /umweltbundesamt
 /umweltbundesamt

Autorin:

Dr. Angelika Gellrich

Unter Mitarbeit von:

Dr. Andreas Burger
Dr. Kerstin Tews
Clara Simon
Silke Seider

Satz und Layout:

le-tex publishing services GmbH

Publikationen als pdf:

www.umweltbundesamt.de/publikationen

Bildquellen:

Titel: Adobe Stock/Yakobchuk Olena
S. 7: Shutterstock/Eva Vargyasi
S. 38: Adobe Stock/Animaflora PicsStock

Stand: 3. März 2021

ISSN 2363-829X

HINTERGRUND // MÄRZ 2021

**25 Jahre
Umweltbewusstseinsforschung
im Umweltressort**

Langfristige Entwicklungen
und aktuelle Ergebnisse

Inhalt

1 Vorbemerkungen und Überblick	6
2 Langfristige Trends und aktuelle Entwicklungen im Umweltbewusstsein	8
2.1 Gesellschaftlicher Stellenwert von Umwelt- und Klimaschutz	8
2.2 Bewertung der Umweltqualität	14
2.3 Stellenwert von Umwelt- und Klimaschutz in anderen Politikfeldern	15
2.4 Bewertung des Handelns verantwortlicher Akteur*innen	17
2.5 Umwelteinstellungen und Handlungsbereitschaften der Bürger*innen	19
2.6 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen zu den Zeitreihenanalysen	21
3 Ergebnisse zum Schwerpunktthema Klimaschutz und sozial-ökologische Transformation	22
3.1 Einstellungen zu Klimawandel und Klimaschutz	22
3.2 Einstellungen zur sozial-ökologischen Transformation	29
3.3 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen zum Themenfeld Klimaschutz und Transformation	37
4 Empfehlungen und Ausblick	40
4.1 Zentrale Erkenntnisse und politische Empfehlungen	40
4.2 Kritische Würdigung und Ausblick	42
Abbildungsverzeichnis	44
Abkürzungsverzeichnis	45
Quellenverzeichnis	46

1 Vorbemerkungen und Überblick

Hintergrund und Anlass für das vorliegende Hintergrundpapier ist das 25-jährige Bestehen der Umweltbewusstseinsstudie, welche seit 1996 regelmäßig alle zwei Jahre im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) und des Umweltbundesamtes (UBA) durchgeführt wird. Ursprünglich war geplant, anlässlich dieses Jubiläums eine Fachtagung zu veranstalten, bei der zusammen mit ehemaligen und aktuellen Weggefährter*innen der Studie ein Rückblick vorgenommen, eine Zwischenbilanz gezogen und ein gemeinsamer Ausblick gegeben werden sollten. Bedingt durch die Corona-Pandemie muss diese Fachtagung leider ausfallen. Als ein zumindest teilweiser Ersatz soll diese Publikation dienen.

Ein weiteres Ziel, das sich mit dieser Veröffentlichung verbindet, ist einen ersten Einblick in die Ergebnisse der aktuellen Umfrage zum Umweltbewusstsein aus dem Jahr 2020 zu geben. Die Erhebung wurde im November und Dezember 2020 vom Institut für angewandte Sozialwissenschaft (infas) durchgeführt¹ und wird derzeit zusammen mit den Forschungspartner*innen vom ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung vertiefend ausgewertet. Wie bei der Umweltbewusstseinsstudie üblich, setzte sich das Fragenprogramm sowohl aus Fragen zusammen, die eine Betrachtung im Zeitvergleich ermöglichen (sogenannte Zeitreihenfragen), als auch aus Fragen zu einem ausgewählten Schwerpunktthema. Für die 2020er Studie wurde das Themenfeld Klimaschutz und sozial-ökologische Transformation als Schwerpunkt ausgewählt. Entsprechend gab es etliche Fragen speziell zu diesem Themenfeld sowie einige Zeitreihenfragen, die sich über die Jahre bewährt haben.

Eine einheitliche oder allgemeingültige Definition des Begriffs *Umweltbewusstsein* gibt es nicht. Gleichwohl sei hier auf eine frühe Definition des Sachverständigenrates für Umweltfragen (SRU) aus dem Jahre 1978 hingewiesen, welche zentrale Aspekte auf den Punkt bringt: Demnach ist Umweltbewusstsein die „Einsicht in die Gefährdung der

natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen durch diesen selbst, verbunden mit der Bereitschaft zur Abhilfe“ (SRU, 1982, S. 445)². Es geht also darum, inwieweit die Bürger*innen von der Notwendigkeit des Umweltschutzes überzeugt sowie bereit sind, eigene Beiträge dazu zu leisten. Diese Definition wurde von verschiedenen Autor*innen auf vielfältige Weise näher ausdifferenziert und operationalisiert. So wird das Umweltbewusstsein teilweise als ein eindimensionales oder als ein mehrdimensionales Konstrukt verstanden³ sowie teils mit einem deskriptiven, teils mit einem normativen Verständnis⁴. Einen detaillierteren Überblick bietet der Bericht von Scholl, Gossen, Holzhauer und Schipperges (2016, S. 38 ff.). Ohne hier auf diese konzeptionellen und die damit verbundenen methodischen Fragen näher eingehen zu wollen, wird doch deutlich, dass es sich beim Umweltbewusstsein um ein äußerst vielschichtiges Konstrukt handelt, das sich in mehreren parallelen Spannungsfeldern bewegt.

Schon vor Beginn der Studienreihe vor 25 Jahren wurden diese Spannungsfelder im Rahmen eines 1994 vom UBA initiierten Fachgesprächs erörtert und in Hinblick auf Herausforderungen für die sozialwissenschaftliche Umweltforschung diskutiert⁵. So verband sich mit Beginn der Umweltbewusstseinsstudie die starke Motivation, diese auf ein solides sozialwissenschaftliches Fundament zu bauen⁶. Ein zentrales Spannungsfeld, das die Studie auch heute noch vor Herausforderungen stellt, besteht zwischen dem Anspruch, die Studie solle einerseits ein Monitoring-Instrument für die Umweltpolitik sein und andererseits eine Grundlagenstudie. Für ein Monitoring erhebt sie die Akzeptanz politischer Ziele, Strategien und Maßnahmen in der Bevölkerung und

1 Methodische Kerncharakteristika: 2115 Befragte im Alter zwischen 14 und 92 Jahren, Online-Erhebung, Stichprobe aus infas-Dual-Frame-Panel, Abdeckung der gesamten Bevölkerung in Deutschland und mehrstufige Gewichtung zum Ausgleich von Abweichungen von der Grundgesamtheit.

2 Bei dieser Definition fällt bei näherer Betrachtung auf, dass eine affektive Komponente – also die emotionale Betroffenheit – nicht explizit enthalten ist. In der Umweltbewusstseinsstudie wird diese aber als wichtiger Bestandteil aufgefasst.

3 Bei einem mehrdimensionalen Verständnis geht man – im Gegensatz zu einem eindimensionalen Verständnis – davon aus, dass das Umweltbewusstsein aus mehreren inhaltlich verschiedenen Facetten oder Komponenten besteht, z. B. affektiven, kognitiven und Verhaltens-Komponenten. Dies entspricht einem eher weiten Begriffsverständnis, wohingegen ein enges Verständnis von einem Kernkonzept wie dem allgemeinen Umwelterleben und der Umweltbetroffenheit ausgeht.

4 Bei einem deskriptiven Verständnis wird eine analytische, beschreibende Betrachtung angestrebt, wohingegen ein normatives (bzw. präskriptives oder normgebendes) Verständnis das Umweltbewusstsein als ein ethisches Leitprinzip auffasst, an dem sich die Menschen orientieren sollten.

5 Dieses Fachgespräch fand im November 1994 unter dem Thema „Umweltbewusstsein als soziales Phänomen“ statt (siehe UBA-Texte 32/95).

6 In gewisser Weise stellte dies auch den Versuch dar, sie von den Vorläuferstudien abzugrenzen, welche in erster Linie als Meinungsumfragen konzipiert waren und keine vertiefenden sozialwissenschaftlichen Analysen enthielten.

zeigt auf, wo noch Kommunikations- und Überzeugungsarbeit zu leisten ist. Als Grundlagenstudie soll sie den Charakter einer umfassenden sozialwissenschaftlichen Umweltberichterstattung haben, welche die Entwicklungen im Umweltbewusstsein in den größeren Kontext des gesellschaftlichen Wandels stellt. Letztlich versucht die Umweltbewusstseinsstudie, beiden Anforderungen so weit wie möglich gerecht zu werden.

Dies kann auf unterschiedlichen Wegen eingelöst werden. So kann mit einer Kombination von qualitativen und quantitativen Forschungselementen gearbeitet werden, wie es inzwischen seit vielen Jahren praktiziert wird. Mit standardisierten Befragungen kann ein repräsentatives Bild aktueller Meinungen und Einschätzungen gewonnen und Kontinuität geschaffen werden. Qualitative „Tiefenbohrungen“ geben Aufschluss über veränderte oder neue Kontextualisierungen und Deutungsmuster bei der Umweltthematik. Zudem kann durch eine thematisch ausgewogene Zusammenstellung der Fragen und Antwortoptionen in der standardisierten Befragung den verschiedenen Ansprüchen nachgekommen werden. Ein weiterer Weg, der seit der Umweltbewusstseinsstudie 2018 beschritten wird, besteht darin, die Studie von einem wissenschaftlichen Beirat begleiten zu lassen. Der

mit zehn Wissenschaftler*innen unterschiedlicher Fachrichtungen besetzte Beirat bringt externen Sachverstand ein und trägt zur Einbettung der Studie in die sozialwissenschaftliche Forschungslandschaft bei.

Das vorliegende Papier ist folgendermaßen aufgebaut: In Kapitel 2 wird auf die 25-jährige Arbeit an der Umweltbewusstseinsstudie zurückgeblickt und Entwicklungen in den „langen Wellen“ betrachtet. Kapitel 2 umfasst darüber hinaus Befragungsergebnisse aus der aktuellen (2020er) Befragung und externen Zeitreihen. Kapitel 3 stellt ausgewählte Befragungsergebnisse zu den Schwerpunktthemen Klimaschutz und Transformation der aktuellen Umweltbewusstseinsstudie von 2020 vor. Im ersten Teil des Kapitels 3 werden Einstellungen zum Klimawandel und Klimaschutz(-politik) dargestellt. Im zweiten Teil werden Befragungsergebnisse zu verschiedenen Handlungsfeldern der sozial-ökologischen Transformation präsentiert. Das letzte Kapitel fasst die wichtigsten Ergebnisse zusammen und erörtert übergreifende Schlussfolgerungen und Empfehlungen, die sich daraus ableiten lassen. Abschließend gibt es einen Ausblick auf die weiteren Arbeiten und geplanten Publikationen zur Umweltbewusstseinsstudie 2020.



2 Langfristige Trends und aktuelle Entwicklungen im Umweltbewusstsein

In diesem Kapitel wird ein Rückblick auf die „langen Wellen“ des Umweltbewusstseins seit Beginn der Studie vorgenommen, also auf langjährige Entwicklungszyklen. Dies erfolgt weitgehend in Anlehnung an den Bericht von Schipperges (2020), welcher „Veränderungen in umweltbezogenen und umweltpolitikrelevanten Wahrnehmungen und Einstellungen in (möglichst) langen Zeiträumen“ (S. 18) untersucht und nachzeichnet. Zudem werden zentrale Zeitreihen anhand der Daten aus der aktuellen 2020er Befragung fortgeschrieben. Auch die Ergebnisse einer Zwischenerhebung im Jahr 2019 zu zentralen Zeitreihenfragen werden in diesem Kapitel mit dargestellt⁷. Zudem wird auch überblicksartig auf externe, zeitlich teils länger zurückreichende Zeitreihen eingegangen.

Bei der Betrachtung der Ergebnisse der standardisierten Befragungen ist zu berücksichtigen, dass es sich um keine Längsschnittstudie im engeren Sinne handelt, bei der ein konstanter Personenkreis über die Jahre regelmäßig befragt wird. Stattdessen wird mit jeder Ausgabe eine neue repräsentative Stichprobe erhoben⁸. Für den Zweck der Studie kann dies als ausreichend und zweckmäßig angesehen werden (vgl. Holzhauer, Gossen, Schipperges & Scholl, 2015).

Bevor die Ergebnisse der Zeitreihen und aktueller Fragestellungen vorgestellt werden, soll vorab kurz auf die Bedeutung soziodemografischer Merkmale eingegangen werden. Beispielsweise zeigt sich beim Vergleich des Antwortverhaltens von Frauen und Männern ein recht durchgängiges Muster dahingehend, dass weibliche Personen die Fragen im Durchschnitt stärker im Sinne des Umweltbewusstseins beantworten als männliche Personen. Auch im Hinblick auf den Bildungshintergrund der Befragten sind häufig Unterschiede im Antwortverhalten festzustellen. Personen, die hohe Bildungsabschlüsse wie die (Fach-) Hochschulreife erreicht haben, antworten bei vielen Fragen „umweltbewusster“ als Personen mit mittleren oder niedrigen Abschlüssen. Solche Antwortmuster in Abhängigkeit von Geschlecht und

Bildung waren bereits in den früheren Studien häufig zu finden, so dass von relativ robusten und zeitlich stabilen Zusammenhängen ausgegangen werden kann. Auch anhand des Alters zeigen sich in den Daten der Umweltbewusstseinsstudie 2020 mitunter interessante Unterschiede, die aber häufig keinen linearen Verlauf aufweisen. Vielmehr antworten an einigen Stellen sowohl Jüngere als auch Ältere „umweltbewusster“ als Personen aus mittleren Altersgruppen⁹. Auf solche und weitere Unterschiede geht diese Publikation nur ein, wenn sie inhaltlich besonders relevant erscheinen¹⁰. Die ausstehende Broschüre „Umweltbewusstsein in Deutschland 2020“ wird näher auf soziodemografische Unterschiede eingehen.

Die Broschüre wird außerdem Hinweise zur Methodik der aktuellen Studie enthalten¹¹. In diesem Zusammenhang wird erläutert, wie mögliche Verzerrungen durch das Befragungsdesign, die Stichprobenzusammensetzung oder sozial erwünschte Antworttendenzen entstehen können und welche Maßnahmen ergriffen wurden, um ein repräsentatives Gesamtbild zu erhalten.

2.1 Gesellschaftlicher Stellenwert von Umwelt- und Klimaschutz

Eine Anforderung, die seit Beginn an die Umweltbewusstseinsstudie gestellt wird, ist darüber Auskunft zu geben, welchen Stellenwert die Menschen in Deutschland dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen einräumen. Dieser Anforderung kommt die Studie traditionsgemäß dadurch nach, dass sie nach der Wichtigkeit von Umwelt- und Klimaschutz als gesellschaftliche Herausforderung neben bzw. in Konkurrenz zu anderen Themen fragt. Diese Tradition ergibt sich in gewisser Weise auch durch die Vorläuferstudien, welche anfänglich vom BMI, später vom BMU beauftragt und von IPOS von 1984 bis 1995 durchgeführt wurden. Eine zentrale, als Zeitreihe

7 Diese wurde als Extra-Befragung im Rahmen der Umweltbewusstseinsstudie 2018 durchgeführt.

8 Vgl. dazu die Unterscheidung zwischen Trend- und Panelstudie: <https://home.uni-leipzig.de/methodenportal/laengsschnittstudien/>

9 Hierbei überlagern sich vermutlich sowohl Generations- als auch Alterseffekte; nähere Ausführungen in dieser Hinsicht sind bei Schipperges, Gossen, Holzhauer und Scholl (2016) zu finden.

10 Ist dabei von einem „deutlichen“ Unterschied die Rede, so unterscheiden sich die betrachteten Gruppen um mindestens zehn Prozentpunkte voneinander.

11 Für die Methodik der vergangenen Studien sei hier exemplarisch auf das Methodenkapitel in der Broschüre Umweltbewusstsein in Deutschland 2018 (UBA & BMU, 2019, S. 83 ff.) verwiesen.

entwickelte Frage bezog sich auf die Wichtigkeit verschiedener Aufgaben, darunter „für wirksamen Umweltschutz sorgen“¹².

Die Frage nach dem Stellenwert des Umwelt- und Klimaschutzes wurde in der Vergangenheit zuweilen auf zwei verschiedene Weisen gestellt. Bei der einen Variante wurden die Befragten ohne vorgegebene Antwortkategorien, also offen, um Nennung der „wichtigsten Probleme, denen unser Land heute gegenübersteht,“ gebeten. Die andere, geschlossene Frage-Variante („Listenabfrage“) bittet um eine Bewertung einzelner aufgelisteter Themen hinsichtlich der Wichtigkeit, die sie ihnen zuschreiben, also mit vorformulierten Antwortvorgaben¹³. Beide Varianten bringen verschiedene Vor- und Nachteile mit sich¹⁴. Ein wesentlicher Unterschied zwischen den beiden Abfragemodellen liegt in den unterschiedlichen Niveaus, welche die Wichtigkeit von Umwelt- (und Klima-)Schutz erreicht: bei der offenen, ungestützten Abfrage liegt dieses in der Regel niedriger, weil nur zwei Themen als besonders relevant benannt werden können (vgl. Schipperges 2020, S. 23), während bei der geschlossenen Frage theoretisch alle Themen unabhängig voneinander als „sehr wichtig“ beurteilt werden können.

Die Vor- und Nachteile der beiden Varianten wurden in den letzten Jahren kritisch gegeneinander abgewogen. Bei der Umweltbewusstseinsstudie 2020 wurde ausschließlich die geschlossene Frage verwendet, da sie insgesamt als verlässlicher und aussagekräftiger eingeschätzt wird¹⁵. Zudem wird die Frage mit offenem Abfragemodell von dem Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen in zeitlich engen Abständen (ca. alle zwei bis drei Wochen) bei einer repräsentativen Stichprobe erhoben¹⁶. Dadurch kann zu Vergleichszwecken auf die Daten des Politbarome-

ters Bezug genommen und auf eine eigene Erhebung verzichtet werden. Zum Stellenwert des Umwelt- und Klimaschutzes sind mit beiden Abfragemodellen in der Vergangenheit sehr interessante Entwicklungen im Zeitverlauf festgestellt worden (siehe dazu die folgenden Abschnitte).

Eine Interpretation der Ergebnisse ist allerdings nicht ganz einfach, weil unklar bleibt, was es bedeutet, wenn dem Umwelt- und Klimaschutz (oder einem anderen Thema) ein hoher Stellenwert zugeschrieben wird. Ist es positiv zu bewerten, wenn das Thema als sehr wichtig eingeschätzt wird? Oder sollte es vielmehr Anlass zur Sorge sein, weil es darauf hindeutet, dass es aus Sicht der Menschen an geeigneten politischen Lösungen und deren Umsetzung mangelt? Es erscheint daher wichtig, die Ergebnisse zu dieser Fragestellung im Kontext der übrigen Befragungsergebnisse zu betrachten. So können unter anderem die Antworten zur Frage nach der Zufriedenheit mit dem Handeln verantwortlicher Akteur*innen (vgl. Abschnitt 2.4) sowie zur Umweltqualität (vgl. Abschnitt 2.2) weiteren Aufschluss über die Bedeutung der Befunde geben. Auch eine Betrachtung im Kontext der gesellschaftlichen Ereignisse, Entwicklungen und Debatten sowie der damit verbundenen medialen Berichterstattung ist zur Einordnung relevant.

2.1.1 Zeitreihen in der Umweltbewusstseinsstudie und ihren Vorläufern

Dieser Abschnitt stellt überblicksartig die Befragungsergebnisse aus der Umweltbewusstseinsstudie (seit 1996) sowie ihren Vorläuferstudien (1984 bis 1995; s. o.) zum Stellenwert des Umwelt- und Klimaschutzes vor und geht insbesondere auf die Entwicklungen in den vergangenen drei Jahren näher ein.

In den Jahren ab 1984 bis in die Zeit nach der deutsch-deutschen Wiedervereinigung bewegte sich die Wichtigkeit von „für wirksamen Umweltschutz sorgen“ auf relativ konstantem und sehr hohem Niveau (zwischen 68 % und 74 % der Befragten benannten diese Aufgabe als „sehr wichtig“; Schipperges, 2020, S. 27)¹⁷. Es ist anzunehmen, dass die damaligen hohen Werte in Zusammenhang standen mit der Nuklearkatastrophe in Tschernobyl 1986, der Debatte um das Waldsterben sowie mit den „massiven

12 Diese Frage nach der Wichtigkeit verschiedener Aufgaben wurde als gestützte Listenabfrage (also mit vorformulierten Antwortvorgaben) von 1984 bis 1995 regelmäßig erhoben. Von 1991 bis 1994 wurde zusätzlich mit offenem Abfragemodell (also ohne vorgegebene Antwortkategorien) nach den gegenwärtig wichtigsten zwei Problemen in Deutschland gefragt (vgl. Schipperges 2020, S. 27).

13 Die Liste der vorgegebenen Themen entspricht dabei in etwa den Kategorien, zu denen in der offenen Variante die genannten Themen (in früheren Studien) gebündelt wurden. Für einen Überblick, wann welche Frage gestellt wurde, siehe Schipperges (2020, S. 27).

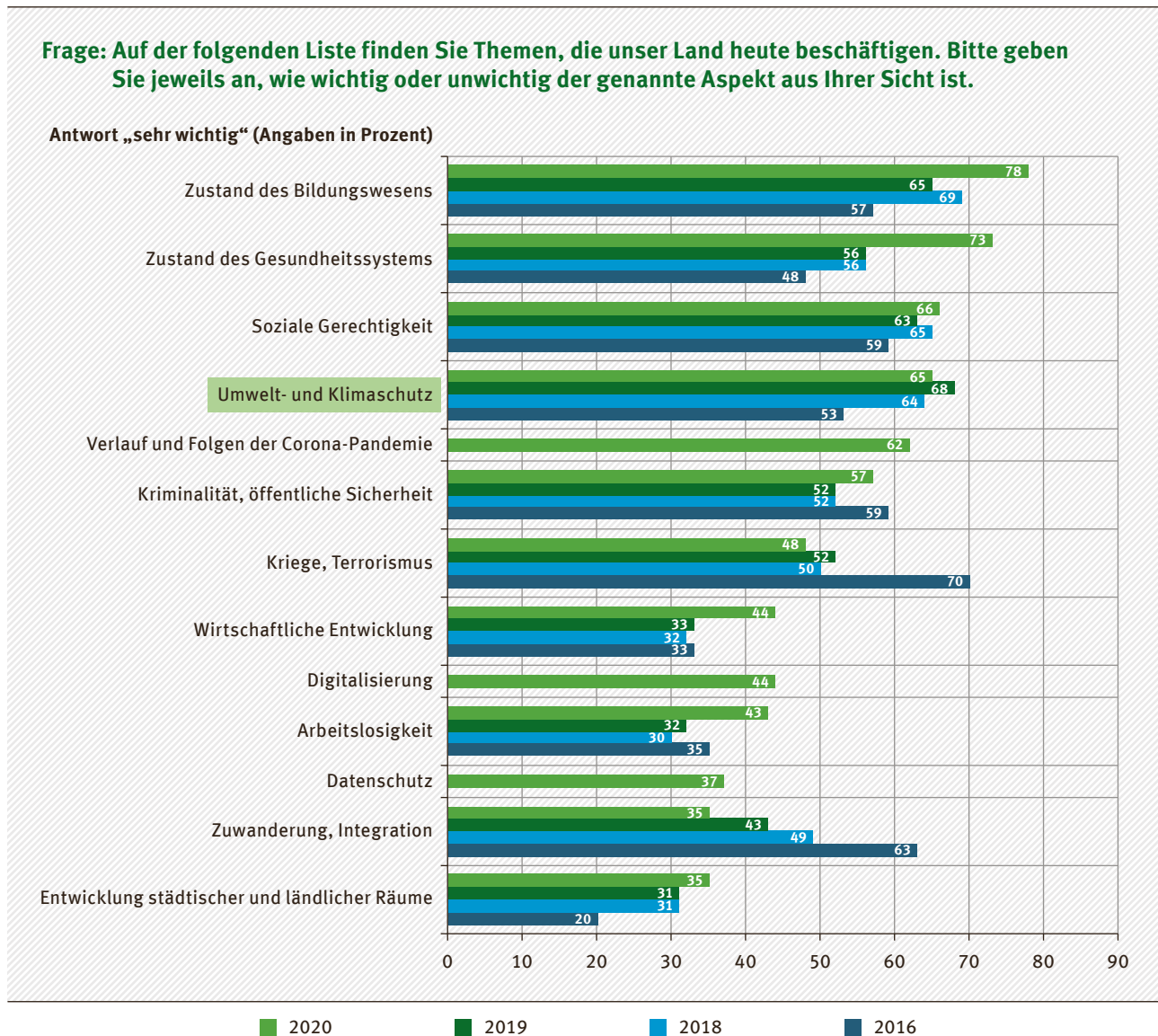
14 Ausführlicher diskutiert wird dies bei Scholl et al. (2016, S. 33f und S. 44f) sowie Holzhauer et al. (2015, S. 17ff.).

15 Dies wird unter anderem deswegen so eingeschätzt, weil die prozentualen Anteile, die auf umweltbezogene Nennungen entfallen, bei der offenen Frage stark damit zusammenhängen, welche Themen medial gerade stark präsent sind. Dagegen wird vermutet, dass die Antworten zu der geschlossenen Frage eher die grundsätzlichen Werteprioritäten der Befragten abbilden (vgl. UBA & BMU 2017, S. 16f).

16 Die Daten sind öffentlich zugänglich unter https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_II/#Probl1 (zuletzt geprüft am 03.03.2021).

17 Vermutlich war das Umweltproblem-Bewusstsein auch schon in den Jahren davor sehr hoch, darüber liegen aber nur vereinzelte Studien vor, z. B. vom Institut für Demoskopie (IfD), Allensbach, aus dem Jahr 1971 (vgl. Schipperges 2020, S. 18).

Abbildung 1

Stellenwert des Umwelt- und Klimaschutzes, Zeitreihe 2016–2020


Formulierung der Frage 2016–2019: Auf dieser Liste stehen verschiedene Probleme, denen sich unser Land heute gegenübersteht. Bitte geben Sie jeweils an, wie wichtig das genannte Problem aus Ihrer Sicht ist.*

Quelle: eigene Abbildung (Umweltbundesamt 2021)

Repräsentativerhebung bei etwa 2000 Befragten pro Jahr (Online-Befragung)
Stichprobe ab 14 Jahren

* Textliche Veränderung der Fragestellung 2020: „Thema“ statt „Problem“, um es neutraler zu benennen.

ökologischen Probleme[n] in der (ehemaligen) DDR, die im Zuge der „Wende“ und Wiedervereinigung sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland verstärkt ins öffentliche Bewusstsein traten“ (ebd., S. 24).

Seit Beginn der 1990er Jahre (etwa ab 1992) sank die Relevanz von Umweltschutz langsam, aber stetig ab: In der Listenabfrage von 1998 benannten 31 % der Befragten die „Verbesserung des Umweltschutzes“ als „sehr wichtig“; 1992 taten dies noch 70 %. Dies kann damit zusammenhängen, dass in den 1990er Jahren andere gesellschaftliche Herausforderungen (wie

Arbeitslosigkeit oder die Asylthematik) stärker im Vordergrund standen. Eventuell hat dazu auch beigetragen, dass die ökologischen Probleme im Gebiet der ehemaligen DDR angegangen wurden und die dortige Umweltqualität zunehmend besser bewertet wurde (vgl. Abschnitt 2.2).

Mit Beginn der 2000er Jahre bis 2010 stabilisierte sich der Stellenwert des Umweltschutzes aus Sicht der Bevölkerung auf mittelhohem Niveau: Die Werte für „sehr wichtig“ in der Listenabfrage bewegten sich zwischen 44 % und 53 %; bei der offenen Frage

nannten zwischen 14 % und 20 % Umweltthemen als wichtigstes Problem. Einen bedeutsamen Anstieg gab es im Jahr 2012, also im Jahr nach dem Reaktorunfall von Fukushima: 35 % der Befragten nannten „Umwelt“ als wichtigstes Problem bei der offenen Frage. Die Werte in den Jahren 2014 und 2016 lagen dann in etwa wieder auf dem Niveau von vor Fukushima; 19 % bzw. 21 % nannten „Umwelt“ als wichtigstes Problem bei der offenen Frage¹⁸. Während im Jahr 2016 die Themen Kriege, Terrorismus sowie Zuwanderung, Migration einen sehr hohen Stellenwert hatten, was sich im Kontext der sogenannten Flüchtlingskrise als nachvollziehbar darstellte, verloren diese ab dem Jahr 2018 an Wichtigkeit. Im Jahr 2018 und noch deutlicher im Jahr 2019 stieg der Stellenwert des Umwelt- und Klimaschutzes dagegen bedeutsam an (siehe Abbildung 1)¹⁹. Dieser Zuwachs kann in einen Zusammenhang gestellt werden mit dem intensiven Engagement vieler (junger) Menschen, beispielsweise im Kontext der Bewegung *Fridays for Future*²⁰ und der starken öffentlichen Aufmerksamkeit, die das Thema 2019 dadurch erfahren hat. Im Jahr 2020 kam der Umwelt- und Klimaschutz auf ein ähnliches Niveau wie 2018.

In der aktuellen Umfrage wurde der Umwelt- und Klimaschutz von 65 % der Befragten als „sehr wichtig“ benannt²¹. Er gehört damit im Jahr 2020 zu den wichtigsten gesellschaftlichen Themen, zusammen mit dem Zustand des Bildungswesens (78 %), dem Zustand des Gesundheitssystems (73 %), sozialer Gerechtigkeit (66 %) und dem Verlauf und den Folgen der Corona-Pandemie (62 %). Dass die letztgenannten Themen starke Zuwächse verzeichneten (bzw. überhaupt erst zum Thema wurden)²², erscheint im Kontext der Corona-Pandemie sehr plausibel. Umso bemerkenswerter ist, dass der Umwelt- und Klimaschutz gegenüber dem Vorjahr 2019 kaum an Bedeutung verloren hat und ein ähnliches Niveau erreichte wie 2018.

2.1.2 Zeitreihen außerhalb der Umweltbewusstseinsstudie

Auch andere Studien, die nicht im Auftrag von UBA/BMU entstanden sind, fragen seit vielen Jahren regelmäßig nach dem gesellschaftlichen Stellenwert von verschiedenen Themen, Aufgaben und Herausforderungen, darunter auch Umwelt- und Klimaschutz, und haben langjährige Zeitreihen aufgebaut²³. Auf zwei davon, zu denen auch aktuelle Daten vorliegen, soll hier kurz eingegangen werden.

Sehr interessant ist die Zeitreihe des Politbarometers der Forschungsgruppe Wahlen (s. o.): Dort bleibt die Zahl der Befragten, die Umweltprobleme als eines der beiden wichtigsten Probleme in Deutschland genannt haben, nach den sehr hohen Werten von 48 % bis 36 % in den Jahren 1986 bis 1988, sowie Werten von 25 % in den Jahren 1989 und 1990, anschließend im Zeitraum 1991 bis 2018 auf relativ niedrigem Niveau (das heißt zwischen zwei und 20 %; Schipperges, 2020, S. 21).

Ein ähnliches Muster zeigt sich in den Daten des sozio-oekonomischen Panels (SOEP), welches seit 1984 regelmäßig danach fragt, inwiefern die Studienteilnehmenden „sich Sorgen machen“ hinsichtlich verschiedener vorgegebener Themen²⁴. Dazu gehörte von Beginn an der „Umweltschutz“ sowie seit 2009 der „Klimaschutz“ als eigener Bereich (vgl. Schipperges 2020, S. 23 ff.). Auch dort war der Anteil der Befragten, die angaben, sich um den Umweltschutz „große Sorgen“ zu machen, bis zu Beginn der 1990er Jahre auf sehr hohem Niveau (zwischen 42 % und 60 %). Seitdem ging dieser Anteil fast kontinuierlich auf 22 % im 1999 zurück und stabilisierte sich ab 2000 auf einem eher mittleren Niveau, das bis 2017 zwischen 23 % und 30 % schwankte, mit einem Ausreißer von 36 % im Jahr 2007²⁵. Zu diesem Peak könnte der Film „Eine unbequeme Wahrheit“ des ehemaligen US-Vizepräsidenten Al Gore beigetragen haben, welcher (auch) in Deutschland eine intensive Debatte über den Klimawandel hervorrief, sowie eventuell auch die intensive mediale Berichterstattung anlässlich der Geburt des Eisbären „Knut“ im Berliner Zoo (ebd., S. 22).

18 Eine grafisch aufbereitete Darstellung dieser Zeitreihen zum Stellenwert von Umwelt- (und Klima-) Schutz bis einschließlich 2019 und auf Basis der unterschiedlichen Abfragemodelle ist in Abb. 5 auf S. 27 bei Schipperges (2020) zu finden.

19 Die kombinierte Abfrage von Umwelt- und Klimaschutz wurde 2016 mit der erneuten Einführung der Listenabfrage begonnen. In der Listenabfrage, die von 1996 bis 2008 verwendet wurde, hieß der Punkt nur „Verbesserung des Umweltschutzes“.

20 Eine detailliertere Darstellung der *Fridays for Future* Bewegung und entsprechenden Befragungsergebnissen von jungen Menschen befindet sich u. a. in der Studie „Zukunft? Jugend fragt! 2019“ von Gossen, Müller, Holzhauer und Geiger (2021).

21 Mit 71 % bewerteten mehr Frauen den Umwelt- und Klimaschutz als „sehr wichtig“ als Männer (59 %).

22 Neben „Verlauf und den Folgen der Corona-Pandemie“ wurden auch die Themen „Digitalisierung“ (von 44 % der Befragten als „sehr wichtig“ eingestuft) und „Datenschutz“ (37 %) in die Liste aufgenommen, um den neueren gesellschaftlichen Entwicklungen Rechnung zu tragen.

23 Manche erheben diese Frage als gestützte Listenabfrage, andere als ungestützte (offene) Abfrage. Eine ausführlichere Darstellung und Einordnung dieser und weiterer langjähriger Zeitreihen befindet sich in Schipperges (2020, Kapitel 3 „Lange Wellen“, S. 18 ff.).

24 Mit der Formulierung „sich Sorgen machen“ fragt das SOEP explizit affektive Aspekte der Umwelteinstellung (*Umweltbesorgnis*) ab.

25 Die neuesten SOEP-Daten für das Jahr 2019 werden in Kürze beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) verfügbar sein.

Anhand einer Auswertung der Einzelnennungen, die beim Politbarometer zur Kategorie „Umweltprobleme“ gezählt werden, lassen sich auch inhaltlich-thematische Zyklen ausmachen. So zählten „Kernkraftwerke“ Ende der 1980er sowie in 2011 zu den bestimmenden Themen, aber auch allgemeine Umweltprobleme wie Luft- oder Gewässerverschmutzung. Um den Jahrtausendwechsel nahmen „Energiesteuern“ viel Raum ein. Ab 2013 stiegen die Nennungen zur Unterrubrik „Energiewende/erneuerbare Energien“ deutlich an. Entsprechend wurde in den Folgejahren die Gesamtkategorie „Umweltprobleme“ begrifflich weiter gefasst als Themenbündel „Umwelt/Klima/Energiewende“ (ebd., S. 21 ff.).

In den vergangenen drei Jahren war bei den Befragungsdaten des Politbarometers eine auffällige Entwicklung zu beobachten. Zunächst gab es in der zweiten Jahreshälfte 2018 einen leichten Anstieg bei den Nennungen zum Themenbündel „Umwelt/Klima/Energiewende“, welcher ab dem Frühjahr 2019 nochmals sehr viel deutlicher ausfiel und im September 2019 mit 59 % einen neuen Höchstwert erreichte. Auch hier zeigte sich vermutlich die starke Wirkung, die die Klimaschutzbewegung (mit *Fridays for Future* und weiteren Bewegungen wie *Extinction Rebellion* etc.) auf die öffentliche Aufmerksamkeit ausübte²⁶. Seit Beginn des Jahres 2020, also mit dem Einsetzen der Corona-Pandemie, ging die Häufigkeit der Nennungen von Umwelt-, Energie- und Klimaproblemen deutlich zurück und bewegte sich im weiteren Jahresverlauf in etwa zwischen 12 % und 19 %. Auch die neuesten Zahlen von Anfang 2021 rangieren auf diesem Niveau (zwischen 14 % und 16 % im Januar 2021), welches – bedingt durch die Art der Fragestellung (s. o.) – als „mittelhoch“ bezeichnet werden kann. Nicht überraschen dürfte, dass der prozentuale Anteil an Nennungen, die sich auf die Corona-Pandemie beziehen, sowohl im Laufe des Jahres 2020 als auch zu Beginn von 2021 sehr hohe Werte erreichte (zwischen 56 % und 84 %), und dass die Corona-Pandemie damit zuletzt das Top-Thema war und geblieben ist.

2.1.3 Zusammenfassung und Zwischenfazit

Bei einer gemeinsamen Betrachtung der oben genannten Studien und Zeitreihen, die sich mit dem Stellenwert des Umwelt- und Klimaschutzes aus Sicht der Bevölkerung beschäftigen, zeigt sich zwischen den Studien – trotz uneinheitlicher Abfragemodelle und unterschiedlichen Niveaus bei den Zahlenwerten²⁷ – eine deutliche Übereinstimmung im zeitlichen Verlaufsmuster, zumindest sofern man von kleineren Abweichungen absieht (vgl. Schipperges, 2020, S. 18). Dabei zeichnet sich zudem ein interessanter Wandel ab hinsichtlich der inhaltlichen Bedeutung von „Umwelt(-problemen)“, der zwischen der Umweltbewusstseinsstudie und den anderen genannten Studien weitgehend übereinstimmt²⁸.

Das Verlaufsmuster ist zusammenfassend in der Abbildung auf S. 13 dargestellt. Der gesellschaftliche Stellenwert des Umwelt- und Klimaschutzes wird anhand einer Profilkurve im Zeitverlauf von unten (ab 1984) nach oben (bis Ende 2020) skizziert. Je weiter die Kurve nach rechts ausschlägt, desto höher war der Stellenwert, und je weiter nach links, desto niedriger. Zur Einordnung in den historischen Kontext sind einige relevante gesellschaftliche Ereignisse als Symbole dargestellt.

Aktuell zeigt sich, dass trotz der Corona-Krise der Stellenwert des Themas hoch geblieben ist. Diese neue Relevanz, die der Umwelt- und Klimaschutz in den vergangenen drei Jahre erreicht hat, stellt sich übereinstimmend in verschiedenen Studien mit langjährigen Zeitreihen dar, so dass diese als belastbarer Trend gewertet werden kann.

²⁶ Auch beim Eurobarometer, das im Auftrag der Europäischen Kommission durchgeführt wird und seit 2003 regelmäßig nach den beiden wichtigsten Problemen in Deutschland (bzw. in den einzelnen Mitgliedsstaaten) fragt, stiegen seit 2018 die Nennungen der Themen „Umwelt“ und „Klimawandel“ deutlich an.

²⁷ Hierzu sei nochmals daran erinnert, dass – wie in der Einleitung von Kapitel 2.1 erläutert – bei einer offenen, ungestützten Abfrage das Niveau der Zahlenwerten in der Regel niedriger liegt, weil nur zwei Themen als besonders relevant benannt werden können, während bei der geschlossenen Frage theoretisch alle Themen unabhängig voneinander als „sehr wichtig“ beurteilt werden können.

²⁸ Für eine ausführlichere Einordnung sei ein Blick auf die tabellarische Übersicht ausgewählter umweltbezogener sowie gesellschaftlicher Ereignisse von 1971 bis 2019 bei Schipperges (2020, ab S. 50) empfohlen.

Gesellschaftlicher Stellenwert des Umwelt- und Klimaschutzes im Zeitverlauf

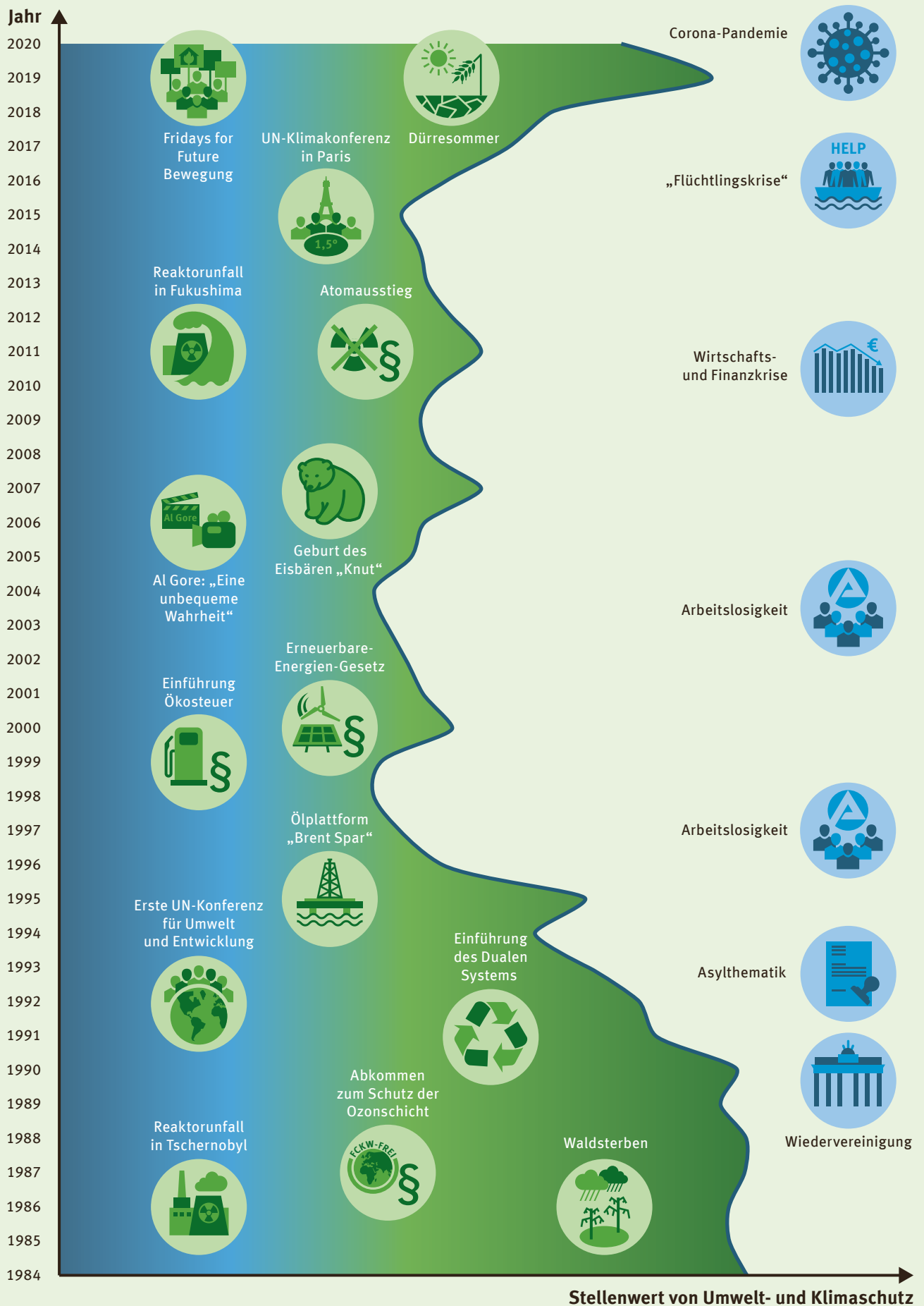
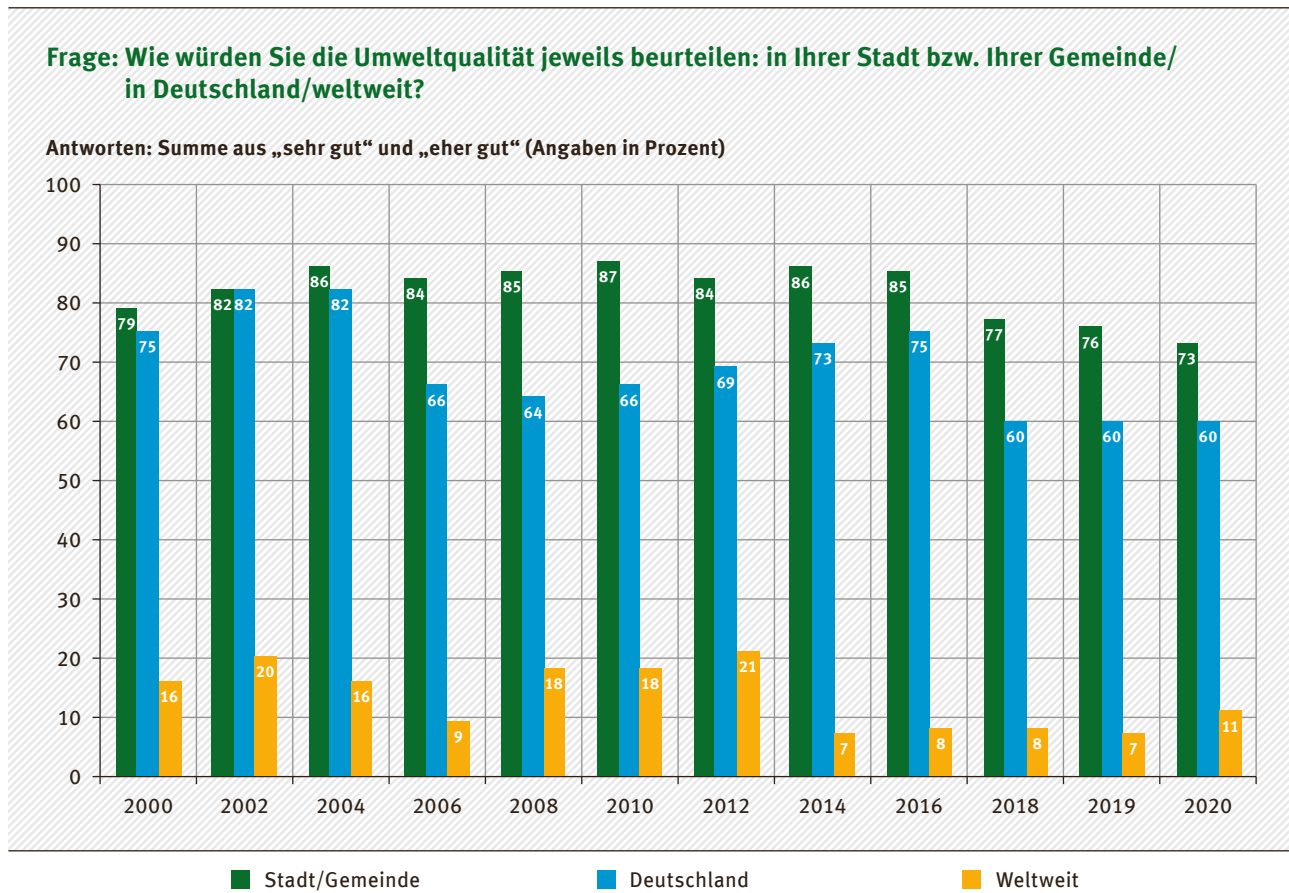


Abbildung 2

Bewertung der Umweltqualität im Zeitvergleich

Repräsentativerhebung bei etwa 2000 Befragten, 1. Befragungswelle, Stichprobe ab 14 Jahren, ohne „weiß nicht/keine Angabe“

Angaben für die Jahre 2000 bis 2012: Basis: etwa 2000 Befragte ab 18 Jahren, persönliche Befragung
Angaben für die Jahre 2014 bis 2019: Basis: etwa 2000 Befragte ab 14 Jahren, Online-Befragung

Quelle: eigene Abbildung (Umweltbundesamt 2021)

2.2 Bewertung der Umweltqualität

Eine weitere wichtige Zeitreihe, welche mit nahezu gleichbleibender Abfrage seit dem Jahr 2000 im Rahmen der Umweltbewusstseinsstudie regelmäßig fortgeschrieben wird, fragt nach der wahrgenommenen Umweltqualität in der eigenen Stadt oder Gemeinde, in Deutschland sowie weltweit. Die Zeitreihe mit den aktuellen Befragungsergebnissen aus dem Jahr 2020 ist in Abbildung 2 dargestellt.

In den Studien von 1996 und 1998 wurde – in Anlehnung an die Vorläuferstudien – die Bewertung der Umweltqualität etwas anders abgefragt und zielte dabei insbesondere auf einen Vergleich zwischen der Umweltqualität in den alten und neuen Bundesländern.²⁹ Nach anfänglich starken Unterschieden in den

frühen 1990er Jahren glichen sich die Qualitätseinschätzungen zwischen Ost und West zum Ende der 1990er Jahre deutlich an.

Die Bewertung der Umweltqualität fällt im Jahr 2020 ähnlich aus wie in den beiden Vorjahren. 60 % der Befragten halten die Umwelt in Deutschland für sehr gut oder eher gut. Von den Befragten finden 73 % den Zustand der Umwelt in ihrer eigenen Stadt oder Gemeinde sehr gut oder eher gut, bezogen auf die weltweite Umweltqualität meinen das nur elf Prozent. In der Tendenz sehen die Befragten den Zustand der Umwelt – insbesondere bei sich vor Ort sowie in Deutschland insgesamt – seit 2018 negativer als in den Jahren davor. Der weltweite Umweltzustand wird, über die Jahre relativ konstant, deutlich negativer bewertet als lokal, wenn auch mit einem zuletzt leichten Anstieg.

²⁹ Diese Ergebnisse sind in Abbildung 2 nicht enthalten, da eine gemeinsame Darstellung aufgrund der anderen Frageformulierung nicht möglich ist.

Auffällig ist, dass Befragte aus ostdeutschen Bundesländern die Umweltqualität in Deutschland etwas schlechter bewerten als die Befragten aus westdeutschen Bundesländern.

Den Umweltzustand bei sich vor Ort bewerten Männer etwas häufiger mit „(eher oder sehr) gut“ als Frauen. In Bezug auf das Alter sticht die Gruppe der 30–39-Jährigen heraus, die die lokale Umweltqualität etwas schlechter bewertet als die übrigen Altersgruppen. Zudem gibt es mehr positive Bewertungen von Menschen mit einfachem und mittlerem Bildungsniveau als von Personen mit (sehr) hohem Bildungsniveau. Befragte aus Großstädten bewerten die lokale Umweltqualität seltener gut als Befragte aus kleineren Städten und Gemeinden. Bei der weltweiten Umweltqualität zeichnen sich dagegen kaum klare Unterschiede hinsichtlich der soziodemografischen Merkmale der Befragten ab.

Einordnung und Interpretation

Die Menschen bewerteten den Zustand der Umwelt in Deutschland in den vergangenen Jahren kritischer – möglicherweise auch, weil die Folgen des Klimawandels hierzulande zunehmend zu spüren sind, was sich beispielsweise anhand der Dürreperioden in den vergangenen Sommern darstellte.

Interessant ist zudem, dass der weltweite Umweltzustand über die Jahre relativ konstant deutlich negativer bewertet wird als in Deutschland. Je näher die abgefragte Ebene ist, desto besser wird offenbar die Umweltqualität bewertet. Dieser (stabile) Befund wird auch als „Nah-Fern-Differenz“ bezeichnet.

2.3 Stellenwert von Umwelt- und Klimaschutz in anderen Politikfeldern

In der Umweltbewusstseinsstudie wird seit dem Jahr 2010 regelmäßig nach der Rolle gefragt, die Umwelt- und Klimaschutz für andere gesellschaftliche Ziele wie „Wohlstand sichern“ oder „Zukunftsaufgaben meistern“ spielen sollte³⁰. Diese Frage wurde seit 2018 ergänzt um die ähnlich gelagerte, aber konkreter gefasste Frage, inwieweit Erfordernisse des Umwelt- und Klimaschutzes in anderen Politikbereichen berücksichtigt werden sollten. Die Ergebnisse zu dieser Frage seit 2018 sind in Abbildung 3 dargestellt.

Wie ersichtlich ist, bewegen sich die Einschätzungen, dass Umwelt- und Klimaschutz in den Bereichen Energiepolitik, Landwirtschaftspolitik, Städtebaupolitik/Stadt- und Regionalplanung sowie Verkehrspolitik eine übergeordnete Bedeutung haben sollte, seit 2018 auf hohem Niveau, wobei eine leichte Abwärtstendenz im Bereich der Landwirtschaftspolitik zu sehen ist. Insbesondere im Bereich der Wirtschaftspolitik sowie der Steuer- und Finanzpolitik sind seit 2018 auffällige Anstiege zu beobachten. Leichte Zuwächse gab es außerdem im Bereich der Außenpolitik.

Bei der Energie-, Landwirtschafts-, Städtebau-, Verkehrs- und Wirtschaftspolitik waren Frauen deutlich stärker als Männer der Meinung, dass Umwelt- und Klimaschutz in diesen Politikfeldern eine übergeordnete Bedeutung haben sollte (Unterschiede zwischen 12 und 23 %). Bei diesen fünf Politikfeldern sowie in der Steuer- und Finanzpolitik meinten zudem Befragte mit höherem Bildungsniveau häufiger, dass Umwelt- und Klimaschutz von übergeordneter Bedeutung sein sollte. Einer stärkeren Berücksichtigung von Umwelt- und Klimaschutz in der Verkehrs- und Energiepolitik stimmten zudem Befragte aus Großstädten deutlich stärker zu als Befragte aus dünn besiedelten ländlichen Kreisen.

Erstmalig gefragt wurde auch nach der Gesundheitspolitik, bei der 27 % der Befragten meinten, dass Umwelt- und Klimaschutz dort eine übergeordnete Bedeutung haben sollte. Interessanterweise war dieses Politikfeld das einzige, bei dem Männer deutlich häufiger dieser Meinung waren als Frauen. Auch waren Ältere ab 70 Jahren häufiger dieser Ansicht als Jüngere. Zudem wurde auch Bildungspolitik in die Liste integriert; dort sahen 32 % der Befragten den Bedarf, dem Umwelt- und Klimaschutz eine stärkere Bedeutung einzuräumen.

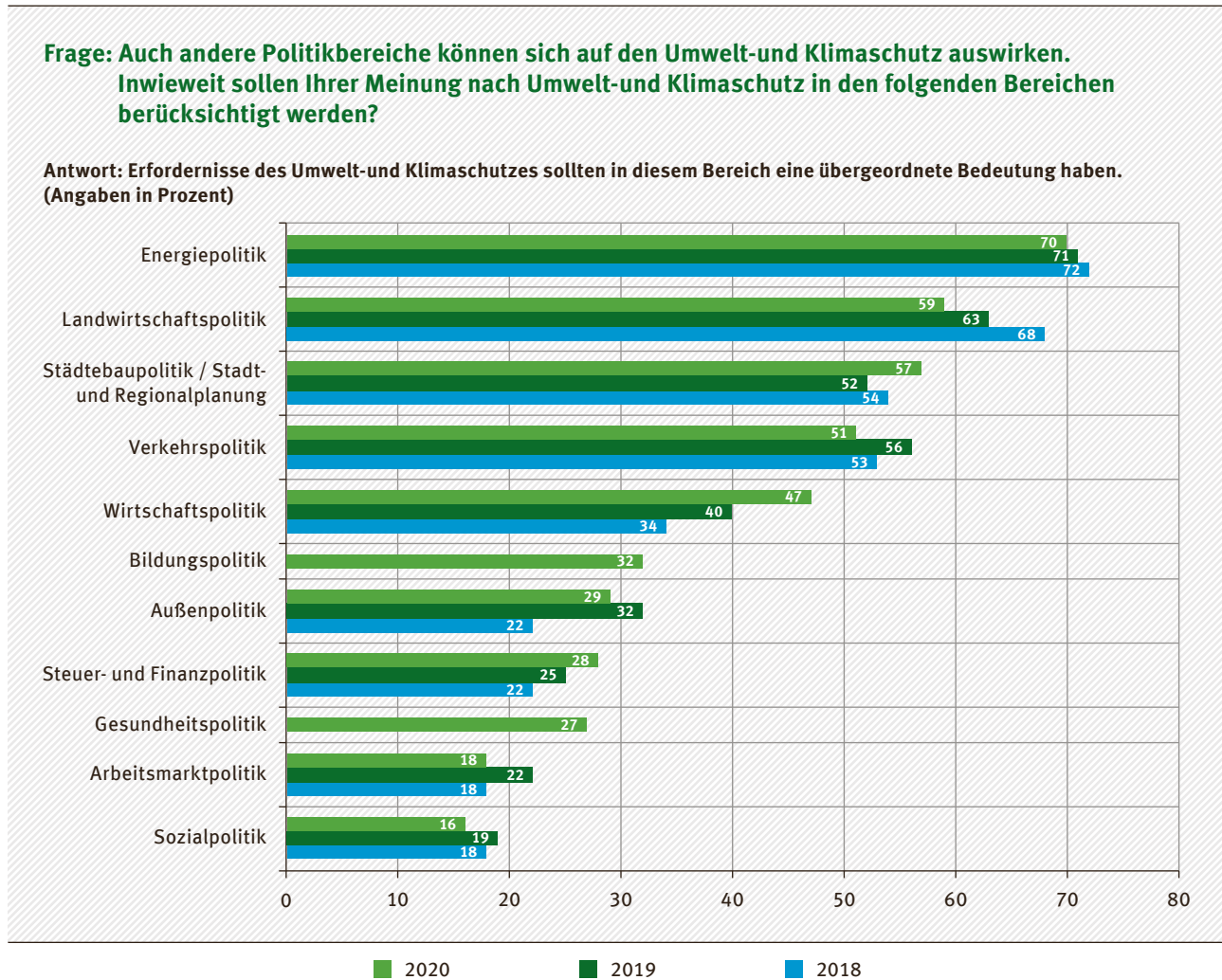
Einordnung und Interpretation

Vor allem in der Energiepolitik, der Landwirtschaftspolitik, der Städtebaupolitik bzw. der Stadt- und Regionalplanung sowie der Verkehrspolitik sollte der Umwelt- und Klimaschutz nach Meinung der Befragten ein stärkeres Gewicht bekommen. Diese Einschätzungen bewegen sich seit 2018 auf hohem Niveau und stellen somit eine zeitlich recht stabile Anforderung der Menschen an die Politik dar.

³⁰ Siehe dazu in der Broschüre Umweltbewusstsein in Deutschland 2018 (UBA & BMU, 2019) Abb. 4 auf S. 19.

Abbildung 3

Berücksichtigung von Umwelt- und Klimaschutz in anderen Politikbereichen



Repräsentativerhebung bei etwa 2000 Befragten pro Jahr (Online-Befragung)
Stichprobe ab 14 Jahren

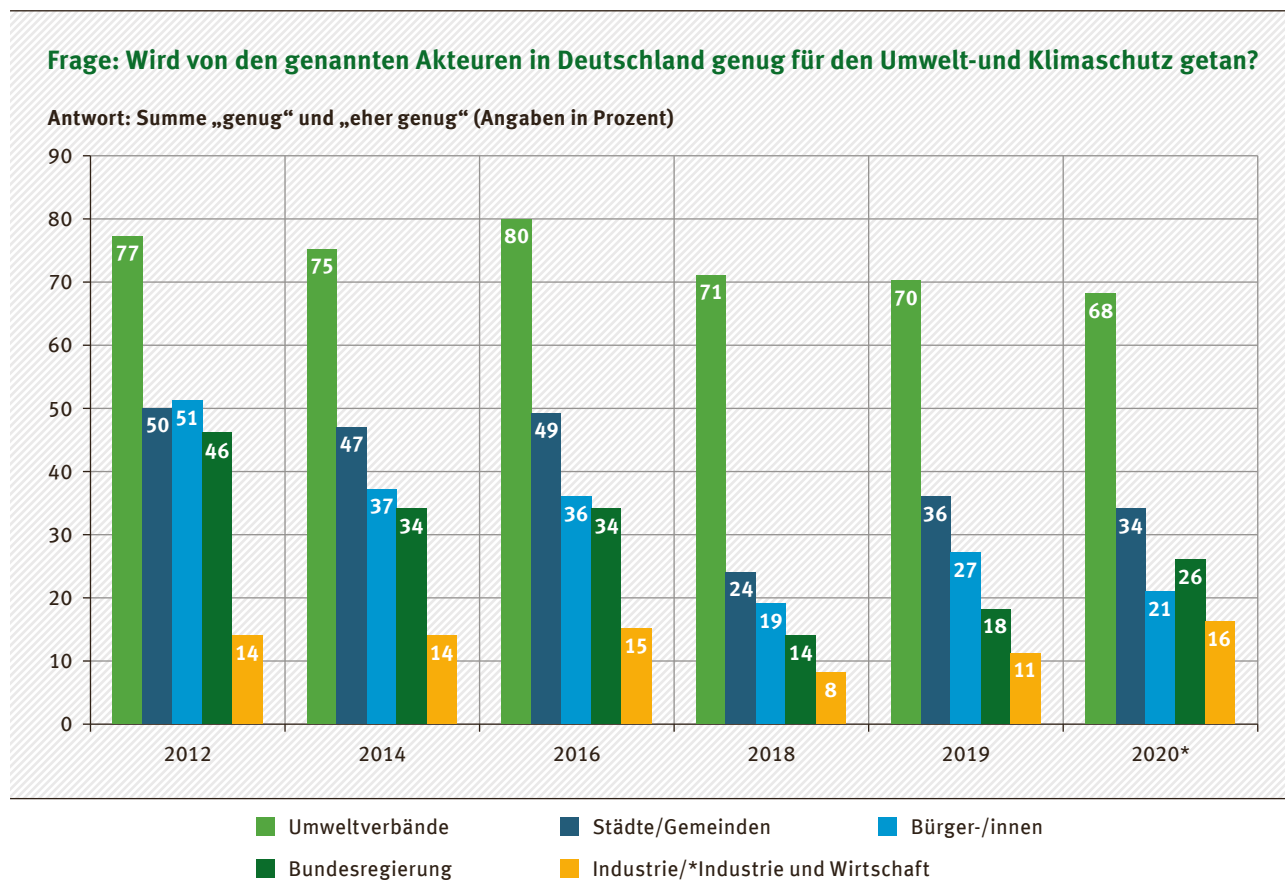
Quelle: eigene Abbildung (Umweltbundesamt 2021)

Als besonders auffällig sind die Anstiege zu bezeichnen, die zuletzt im Bereich der Wirtschaftspolitik (sowie etwas weniger deutlich auch in der Steuer- und Finanzpolitik) zu beobachten waren. Dies könnte unter anderem auf die öffentlichen Diskussionen über die ökologische Ausrichtung der Konjunkturprogramme zur Bewältigung der wirtschaftlichen

Folgen der Corona-Pandemie zurückzuführen sein. Sie haben zum einen die Umweltrelevanz von Konjunkturprogrammen deutlich gemacht (Beispiel: Diskussion um Förderung von Verbrenner-Pkw) und zum anderen vor Augen geführt, dass Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen positive wirtschaftliche Wirkungen haben können³¹.

³¹ Ein weiterer Grund könnte darin bestehen, dass das Bestreben der Wirtschaft (spolitik), eine dauerhafte Steigerung der wirtschaftlichen Leistung zu erzielen, zunehmend kritisch betrachtet wird. Beispielsweise stimmten der Aussage „Es gibt natürliche Grenzen des Wachstums, die unsere industrialisierte Welt längst erreicht hat“ im Jahr 2020 87 % der Befragten zu, im Jahr 2018 waren es 78 %.

Abbildung 4

Bewertung des Handelns verantwortlicher Akteur*innen im Zeitvergleich

Repräsentativerhebung bei etwa 2000 Befragten
 Angaben für 2010 bis 2012: Basis: etwa 2000 Befragte ab 18 Jahren; persönliche Befragung
 Angaben für 2014 bis 2020: Basis: etwa 2000 Befragte ab 14 Jahren pro Erhebung; Online-Befragung

Quelle: eigene Abbildung (Umweltbundesamt 2021)

2.4 Bewertung des Handelns verantwortlicher Akteur*innen

Zu der Frage, wer genug oder nicht genug für den Umwelt- und Klimaschutz tut, wurde seit 2008 eine Zeitreihe aufgebaut, die in Abbildung 4 ab 2012 dargestellt ist³². Die Bewertung des Handelns verantwortlicher Akteur*innen fiel mit der Befragung 2018 deutlich negativer aus als in allen Jahren zuvor. In der 2019er Befragung gab es eine leichte Aufwärtstendenz, die sich 2020 zumindest bei der Bundesregierung und der Wirtschaft fortsetzte: 26 % der Befragten meinten, dass die Bundesregierung genug oder eher genug für den Umwelt- und Klimaschutz tut. 16 % waren 2020 der Ansicht, dass Industrie und Wirtschaft genug oder eher genug

tun³³. Bezogen auf die Städte und Gemeinden schätzten 34 % der Befragten dies so ein – dieser Wert ist in etwa gleichbleibend gegenüber dem Vorjahr. Bei den Umweltverbänden war der Wert von 68 % im Jahr 2020 ebenfalls in etwa gleich hoch wie in den beiden Vorjahren.

Eine Ausnahme bildet die Bewertung des Handelns der Bürger*innen: Im Jahr 2020 fanden 21 % der Befragten, dass die Menschen in ihrer Rolle als Bürger*innen genug für den Umwelt- und Klimaschutz tun, 2019 waren es 27 % und 19 % im Jahr 2018. Die positive Tendenz aus 2019 kehrte sich 2020 also wieder um.

32 2020 wurde erstmals auch nach dem Handeln der Bundesländer, Europäischer Union, Vereinten Nationen und Wissenschaft gefragt; mit folgenden Ergebnissen: Bundesländer 30 % genug/eher genug, europäischer Union 22 %, Vereinte Nationen 18 % und Wissenschaft 57 %.

33 Bis 2019 wurde diese Akteursgruppe in der Befragung nur als „Industrie“ bezeichnet. Der gegenüber den Vorjahren leicht gestiegene Wert ließe sich ggf. teilweise mit dieser veränderten Kategorienbezeichnung erklären. Eine mögliche Trendaussage ist daher nur begrenzt belastbar.

Auch bei dieser Frage treten einige interessante Unterschiede im Antwortverhalten der Befragten zu Tage, wenn man nach soziodemografischen Merkmalen differenziert. Es zeigen sich deutliche Geschlechterunterschiede: Männer sind durchschnittlich stärker als Frauen der Ansicht, dass Industrie und Wirtschaft, Städte und Gemeinden, sowie Bürger*innen genug oder eher genug tun, etwas weniger deutlich tritt dieser Unterschied auch bei der Bundesregierung und den Umweltverbänden auf.

Das Handeln der Bundesregierung finden Jüngere (14–39 Jahre) weniger ausreichend als Ältere ab 40 Jahren. Mit dem Engagement der Bürger*innen sind die 14–39-Jährigen sowie über 70-Jährigen deutlich weniger zufrieden als Mittelalte. Auch Personen mit (sehr) hohem Bildungsniveau bewerten das Handeln der Bürger*innen negativer als Personen mit einfachem oder mittlerem Bildungsniveau. Auch die Unzufriedenheit mit dem Handeln der Städte und Gemeinden ist bei Personen mit höherem Bildungsniveau stärker ausgeprägt.

Einordnung und Interpretation

Die große Unzufriedenheit mit dem Handeln verantwortlicher Akteur*innen, die sich mit den historischen Tiefstwerten aus dem Jahr 2018 zeigte, ist zuletzt etwas zurückgegangen. Insbesondere die sehr kritische Bewertung des Handelns der Bundesregierung hat sich etwas abgemildert: Während 2018 nur 14 % der Befragten meinten, die Bundesregierung täte genug oder eher genug für den Umwelt- und Klimaschutz, ging dieser Wert 2019 leicht nach oben auf 18 % und stieg weiter an auf 26 % im Jahr 2020. Dieser Anstieg der Zufriedenheitswerte könnte damit zusammenhängen, dass die Bundesregierung zum Beispiel das Klimaschutzprogramm 2030 auf den Weg gebracht hat. Die Zufriedenheit mit der Bundesregierung beim Umwelt- und Klimaschutz bewegt sich allerdings weiter auf sehr niedrigem Niveau.

Bei den Städten und Gemeinden gab es bereits 2019 einen deutlichen Zuwachs auf 36 % der Befragten (von 24 % 2018), die der Meinung waren, die Akteure täten genug oder eher genug. Im Jahr 2020 blieb der Wert mit 34 % recht stabil. Die Städte und Gemeinden

scheinen sich in den Augen der Bürger*innen also weiterhin bemüht zu haben. Aber auch hier ist weiterhin reichlich Luft nach oben.

Ähnliches lässt sich über die (Un-)Zufriedenheit mit der Industrie und Wirtschaft sagen. Zwar könnte es sein, dass einige Menschen sehen, dass sich Teile der Wirtschaft mittlerweile mehr für den Umwelt- und Klimaschutz engagieren. Das zeigte sich beispielsweise in der Diskussion um das Konjunkturprogramm zur wirtschaftlichen Bewältigung der Corona-Krise, bei der einige Unternehmensverbände mehr Umwelt- und Klimaschutz aktiv einforderten – wahrscheinlich, weil sie meinen, wirtschaftlich davon zu profitieren oder weil sie erkennen, dass ihnen ansonsten Märkte verloren gehen würden (UBA, 2020a). Aber das Bewertungsniveau der Anstrengungen von Industrie und Wirtschaft ist, insbesondere im Vergleich zu den anderen Akteur*innen, weiterhin denkbar niedrig.

Interessant ist das Puzzle, welches sich aus den Ergebnissen zum Handeln der Bürger*innen ergibt. Nachdem die Zufriedenheit mit den Beiträgen seitens der Bevölkerung im Jahr 2018 stark eingebrochen war, stieg sie 2019 wieder etwas. Dies hing vermutlich mit dem intensiven Engagement vieler (junger) Menschen zusammen, die aktiv für eine konsequentere Klimapolitik eingetreten sind, beispielsweise im Kontext der Bewegung *Fridays for Future*. Diese positive Tendenz kehrte sich im Jahr 2020 allerdings wieder um. Die Befragten schauen offenbar wieder kritischer auf ihr eigenes Handeln und auf das ihrer Mitmenschen. Eine mögliche Erklärung dafür könnte sein, dass die Bürger*innen einen wachsenden Handlungsdruck, etwa in Bezug auf den Klimaschutz, wahrnehmen und deshalb der Anspruch an ein umwelt- und klimaverträgliches Handeln gestiegen ist. Die geringere Zufriedenheit mit dem Handeln der Bürger*innen ist dabei insbesondere bei Jüngeren festzustellen. Dies könnte damit zu tun haben, dass die öffentlichen Aktivitäten der *Fridays for Future* Bewegung (und anderer Initiativen) aufgrund der Corona-Pandemie nur sehr eingeschränkt möglich waren.

Tabelle 1

Zentrale Kenngrößen des Umweltbewusstseins im Zeitvergleich

Bereich	2018	2019	2020
Umweltaffekt	7,2	7,2	7,1
Umweltkognition	7,9	7,9	7,9
Umweltverhalten	4,6	4,7	4,9

Die dargestellten Werte zeigen die Stichproben-Mittelwerte des jeweiligen Teilbereichs, welche anschließend auf einer Skala von 0 bis 10 standardisiert wurden.

2.5 Umwelteinstellungen und Handlungsbereitschaften der Bürger*innen

Von Anfang an war es eine zentrale Aufgabe der Umweltbewusstseinsstudie, Aufschluss zu geben über die umweltbezogenen Denk- und Handlungsmuster sowie über die Bereitschaften und Potenziale der Bürger*innen, zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen.

Dazu wurden in der Vergangenheit verschiedene Fragen und Listen von Aussagen (sogenannte Item-Batterien) verwendet, die es erlauben, die Haltungen und Meinungen (beziehungsweise Einstellungen)³⁴ der Menschen zum Umweltschutz und umweltpolitischen Reformprojekten³⁵ sowie zu den eigenen Handlungsbereitschaften sichtbar zu machen. Je nach beauftragtem Forschungsinstitut „lagen den Studien mitunter wechselnde theoretische Konzepte von „Umweltbewusstsein“ zugrunde“ (Scholl et al. 2016, S. 33). Eine Folge davon war eine uneinheitliche und diskontinuierliche Verwendung entsprechender Aussagen und Item-Batterien, so dass in diesem Bereich keine systematischen Zeitreihen aufgebaut wurden³⁶.

Um diesem Defizit entgegen zu wirken, wurde zunächst eine Machbarkeitsstudie veranlasst, die mögliche Optionen auslotete und diskutierte, um zentrale Kenngrößen zur Erfassung von Umweltbewusstsein zu etablieren (vgl. Scholl et al., 2016). Der dort vorgeschlagene Ansatz wurde weiterentwickelt und kam in der Umweltbewusstseinsstudie 2018 erstmals zum Einsatz (vgl. UBA & BMU, 2019, S. 67 ff. sowie Geiger & Holzhauser, 2020). Diese zentralen

Kenngrößen basieren auf einem mehrdimensionalen Verständnis von Umweltbewusstsein und umfassen die drei Teilbereiche: Umweltaffekt (emotionale Bewertung), Umweltkognition (rationale Bewertung) und Umweltverhalten (eigenes umweltfreundliches Handeln). Zu jedem dieser Teilbereiche gibt es fünf bis acht Items (also einstellungs- oder verhaltensbezogene Aussagen), zu denen die Befragten angeben sollten, inwieweit diese auf sie persönlich zutreffen³⁷.

In Tabelle 1 sind die gebündelten Werte zu Umweltaffekt, Umweltkognition und Umweltverhalten dargestellt. Es zeigt sich, dass die Werte für Umweltaffekt und Umweltkognition im Jahr 2020 im Vergleich zu 2018 und 2019 recht stabil geblieben sind. Ein leichter Aufwärtstrend zeichnet sich dagegen beim Umweltverhalten ab. Auf die Entwicklungen beim Umweltverhalten soll daher im Folgenden genauer eingegangen werden.

Der gestiegene Kenngrößen-Wert für das Umweltverhalten im Jahr 2020 kommt, wie aus Abbildung 5 hervorgeht, vor allem durch größere Anteile an Befragten zustande, die angegeben haben, Geld für Umwelt- oder Naturschutzgruppen zu spenden, Ökostrom zu beziehen oder zu den Hauptmahlzeiten nie oder nur selten Fleisch zu essen³⁸.

Eine Auffälligkeit beim genaueren Blick in die Daten ist, dass bei sämtlichen Angaben zum Umweltverhalten weibliche Befragte im Durchschnitt höhere Werte im Sinne des Umweltbewusstseins erzielen. Besonders deutlich sind die Unterschiede beim Kauf von Lebensmitteln aus kontrolliert-biologischem Anbau

³⁴ Beispielsweise anhand der Aussage: „Mehr Umweltschutz bedeutet auch mehr Lebensqualität und Gesundheit für alle“.

³⁵ Zum Beispiel in Bezug auf die ökologische Steuerreform, welche 1999 eingeführt wurde.

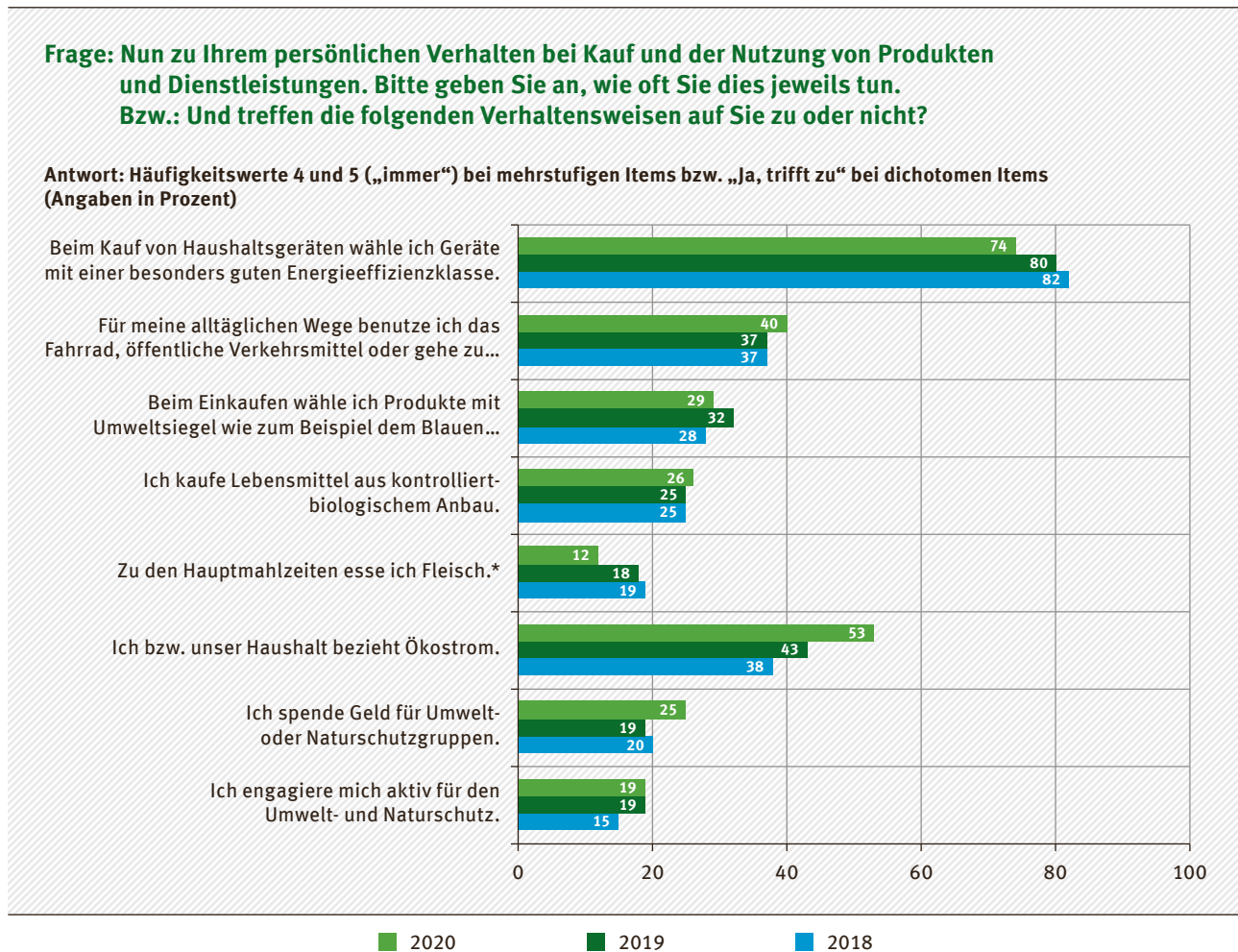
³⁶ Nichtsdestotrotz gab es mehrfach gelungene Versuche, die vorhandenen Daten und lückenhaften Zeitreihen zu einem nachvollziehbaren Gesamtbild zu verdichten, auf die hier hingewiesen werden soll: Kuckartz & Rheingans-Heintze (2006); Schipperges et al. (2016) sowie Bauske & Kaiser (2019).

³⁷ Im Jahr 2020 wurden die Kenngrößen-Items mit teils angepasster Formulierung erhoben (dies betrifft u. a. die beiden Aussagen zu Spenden und Engagement), zudem im Bereich Umweltkognition mit einer kürzeren Liste an Aussagen (5 statt 8 Items).

³⁸ Es sollten dabei für eine kritische Einordnung der Ergebnisse auch die tatsächlichen Entwicklungen z. B. des Ökostromkundensegments sowie die Absatzmengen von Fleischprodukten betrachtet werden.

Abbildung 5

Befragungsergebnisse zum Umweltverhalten im Zeitvergleich



In 2020 teilweise angepasste Formulierungen gegenüber den Vorjahren**

Quelle: eigene Abbildung (Umweltbundesamt 2021)

*Die Antworten zu dieser Aussage werden für die Berechnung der Kenngröße umgepolt. Repräsentativerhebung bei etwa 2000 Befragten pro Jahr. Stichprobe ab 14 Jahren.

** Formulierung 2018 und 2019: „Ich spende Geld für den Umwelt- und Klimaschutz“ sowie „Ich engagiere mich aktiv für den Umwelt- und Klimaschutz“. Die Formulierung wurde 2020 abgeändert, da es im dortigen Fragebogen weitere Aussagen speziell zum Engagement für den Klimaschutz gab.

sowie beim Fleischverzehr³⁹. Zudem werden viele der abgefragten Verhaltensweisen eher von Personen mit hohem oder sehr hohem Bildungsniveau gezeigt⁴⁰.

Einordnung und Interpretation

Während die Kenngrößenwerte zum Umweltaffekt und zur Umweltkognition 2020 gegenüber den Vorjahren recht stabil geblieben sind, ist beim Kenngrößenwert zum Umweltverhalten ein leichter Anstieg zu verzeichnen. Zwar kann nicht überprüft werden,

inwieweit die Angaben der Befragten den Tatsachen entsprechen⁴¹. Es bestehen aber Studien, denen zufolge das in Umfragen selbstberichtete Verhalten ein guter Indikator für das tatsächlichen Verhalten darstellt (Kaiser, Frick & Stoll-Kleemann, 2001). Die Ergebnisse zum Umweltverhalten in der Umweltbewusstseinsstudie 2020 können daher so interpretiert werden, dass sich einige Menschen inzwischen stärker bemühen, den Umwelt- und Klimaschutz vermehrt im eigenen Handeln zu verankern.

39 Diese Befunde decken sich mit denen anderer Studien, z. B. mit dem Ökobarometer 2019 (BLE, Geschäftsstelle BÖLN, & BMEL) oder dem Fleischatlas 2021 (Heinrich-Böll-Stiftung, BUND, & Le Monde Diplomatique, 2021).

40 Auch beim Umweltaffekt und der Umweltkognition erreichen Frauen sowie Personen mit höherem Bildungsniveau bei einigen Aussagen teils deutlich höhere Werte als Männer bzw. Personen mit niedrigerem Bildungsniveau.

41 Dennoch lohnt es sich, auch die Entwicklungen entsprechender Marktdaten zu betrachten. Da diese in der Regel erst mit zeitlicher Verzögerung öffentlich zugänglich sind, kann allerdings über die Entwicklungen beispielsweise auf dem Ökostrommarkt oder bei den Absatzmengen von Fleischprodukten im Jahr 2020 momentan nur spekuliert werden.

2.6 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen zu den Zeitreihenanalysen

Abschließend soll hier noch einmal auf die wichtigsten Befunde und Entwicklungen der verschiedenen Zeitreihen zum Umweltbewusstsein zurückgeblickt und mögliche Schlussfolgerungen diskutiert werden.

Bei der Zusammenschau der verschiedenen Indikatoren und Zeitreihen zum Stellenwert des Umwelt- und Klimaschutzes lässt sich in den vergangenen zwei bis drei Jahren eine regelrechte Renaissance des Umwelt- bzw. Klimathemas erkennen. Die Aufmerksamkeit, die das Thema und die damit verbundenen Herausforderungen und Debatten erzielten, war dabei insbesondere in 2019 so hoch wie seit Ende der 1980er Jahre nicht mehr. Während in frühen Untersuchungen zum Umweltbewusstsein vor allem räumlich nahe liegende Umweltprobleme im Fokus standen, (wobei es damals bereits große, international relevante Themen wie das Ozonloch oder die Risiken der Kernkraft gab), rückten ab den 2000er Jahren zunehmend länder- und kontinent-übergreifende Herausforderungen, und darunter insbesondere der Klimawandel, stärker ins Zentrum. Das heutige Umweltbewusstsein ist deutlich stärker von solchen global relevanten Themen geprägt, was sich besonders deutlich bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen zeigt (vgl. Gossen et al., 2021).

Interessant ist zudem der deutliche Rückgang bei der öffentlichen Aufmerksamkeit für Umweltprobleme im Verlauf der 1990er Jahre. Es handelte sich um eine Phase, in der zahlreiche Umweltregulierungen eingeführt und umgesetzt wurden – und auch Erfolg zeigten: So nahmen beispielsweise die Emissionen von Luftschadstoffen in den 1990ern deutlich ab⁴². Vermutlich damit in einem engen Zusammenhang stehend, wurde in dieser Phase die Umweltqualität in Deutschland als zunehmend besser wahrgenommen. Das „Umweltproblem-Bewusstsein“ ging entsprechend auffallend zurück. Aber kann dies auch als ein Absinken des Umweltbewusstseins insgesamt bewertet werden?

Anscheinend nicht. Denn vieles spricht dafür, dass eine grundlegende Sensibilisierung für die Umweltthematik bestehen blieb, die sich dann wieder Bahn

brach, sobald umwelt- (und klima-)bezogene Herausforderungen erneut sichtbar oder wieder intensiver diskutiert wurden. Das allgemeine Umweltbewusstsein hängt offenbar nicht so durchgängig und unmittelbar mit dem Umweltproblem-Bewusstsein zusammen, wie ein ausschließlicher Blick auf die Häufigkeit der Nennung von Umweltproblemen vermuten lässt (vgl. UBA & BMU, 2019, S 17)⁴³. Viele grundlegende Umweltprobleme, insbesondere solche mit systemischem und Handlungsfeld übergreifendem Charakter, blieben über die 1990er Jahre hinaus ungelöst. Sie traten spätestens ab 2011 mit dem Reaktorunfall von Fukushima und den nur schleppenden Erfolgen beim Klimaschutz wieder hervor und rückten erneut stärker in das Bewusstsein der Menschen. Dass die bisherigen Bemühungen nach Einschätzung der Bevölkerung offenbar nicht ausreichten, um solche große Herausforderungen wie den Klimawandel (oder andere wie das Artensterben⁴⁴) zu bewältigen, zeigte sich zum Beispiel mit der im Jahr 2018 stark gewachsenen Unzufriedenheit mit dem Handeln der verantwortlichen Akteur*innen, insbesondere in Politik und Wirtschaft. Dass auch die Bürger*innen verstärkt eigene Beiträge leisten müssen, erkennen sie offenbar an. Aber das Bemühen der Einzelnen bringt wenig, wenn sich gesamtgesellschaftlich kaum etwas ändert und Anreize für umwelt- und klimaschädigendes Verhalten fortbestehen. Daher kann hier als Schlussfolgerung festgehalten werden, dass ein entschiedenes Handeln vor allem seitens der Politik erforderlich ist, um sowohl für die Wirtschaft als auch für die Bürger*innen die Rahmenbedingungen so zu setzen und anzupassen, dass verantwortungsvolles und umweltbewusstes Handeln leichter wird. Weitere Akteur*innen, beispielsweise aus der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft, können solche Prozesse unterstützen und zu einer sozial-ökologischen Transformation wichtige Beiträge leisten⁴⁵.

43 Siehe dazu Bauske und Kaiser, die über den Zeitraum von 1996 bis 2016 nur geringfügige Schwankungen des Umweltbewusstseins in Abhängigkeit vom Zeitgeschehen feststellten (sowie eine über die Jahre leicht steigende Gesamttendenz; Bauske & Kaiser, 2019, S. 22 ff. und S. 39). Geiger beobachtete in ihrer Datenanalyse aus dem Jahr 2018, dass Menschen, die bei der offenen Frage Umweltthemen als eins der zwei wichtigsten Probleme nannten, einen signifikant höheren Kenngrößenwert für das Umweltbewusstsein erreichten, als solche, die auf diese Frage hin andere Themen nannten (Geiger & Holzhauser, 2020, S. 36). Dazu ist anzumerken, dass im Jahr 2018 im Vergleich zu den Vorjahren ein gestiegenes Umweltproblembewusstsein festzustellen war.

44 Vergleiche dazu auch die aktuelle Studie zum Naturbewusstsein in Deutschland (BfN & BMU, 2020).

45 Siehe für entsprechende Handlungsempfehlungen zur Zusammenarbeit von Umwelt-, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden sowie Gewerkschaften mit staatlicher Politik die Broschüre „Neue Allianzen für sozial-ökologische Transformationen“, die unter <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/neue-allianzen-sozial-oekologische-transformation> verfügbar ist (zuletzt geprüft am 03.03.2021).

42 Siehe dazu <https://www.umweltbundesamt.de/daten/umweltindikatoren/indikator-emission-von-luftschadstoffen> (zuletzt geprüft am 03.03.2021).

3 Ergebnisse zum Schwerpunktthema Klimaschutz und sozial-ökologische Transformation

In diesem Kapitel soll der Stand des Umweltbewusstseins in Deutschland 2020 anhand weiterer ausgewählter Befragungsergebnisse im Themenbereich Klimaschutz und sozial-ökologischer Transformation näher dargestellt werden.

Der erste Teil des Kapitels geht auf allgemeine Einstellungen zum Klimawandel und zu Klimaschutz (-politik) ein. Im zweiten Teil werden Ergebnisse präsentiert, die Aufschluss geben über Einstellungen zu verschiedenen Handlungsfeldern der sozial-ökologischen Transformation. Dazu gehören insbesondere die umweltpolitisch relevanten Handlungsfelder Ernährung und Landwirtschaft, Verkehr und Mobilität sowie der wirtschaftlichen Strukturwandel und das Querschnittsthema der sozialen Aspekte⁴⁶. Im letzten Teil werden die vorgestellten Ergebnisse zusammengefasst und Schlussfolgerungen abgeleitet.

Einleitend sei hier kurz auf die Ergebnisse zu einer übergeordneten Frage hingewiesen, die weit vorne im Fragebogen gestellt wurde. Die Befragten wurden gebeten, aus einer Liste von zwölf allgemeinen gesellschaftlich relevanten Bereichen und Zielen die aus ihrer Sicht fünf wichtigsten auszuwählen, in denen Veränderungen die Chancen auf ein gutes Leben für alle verbessern würden⁴⁷. Der Bereich „Gesundheitswesen/Pflege stärken“ wurde mit 72 % am häufigsten genannt. Am zweithäufigsten genannt wurde mit 61 % der Bereich „mehr Umwelt-, Natur- und Klimaschutz“, gefolgt von „ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum“ (55 %) und „Verringerung von Armut und sozialer Ungleichheit“ (54 %). Der Umwelt-, Natur- und Klimaschutzbereich wurde dabei von Frauen deutlich häufiger genannt als von

Männern, außerdem von 30–39-Jährigen häufiger als von anderen Altersgruppen sowie vermehrt von Personen mit hohem und sehr hohem Bildungsniveau.

3.1 Einstellungen zu Klimawandel und Klimaschutz

3.1.1 Interesse am Thema Klimawandel und Informiertheit

Zum Einstieg in das Themenfeld Klimawandel und Klimaschutz wurde im Fragebogen zunächst nach dem Interesse daran gefragt. Die Ergebnisse sind in Abbildung 6 zu sehen. Von den Befragten äußerten 25 % „sehr“ und 47 % „ziemlich“ am Thema Klimawandel und Klimaschutz interessiert zu sein; 27 % gaben an „ein wenig“ und 1 % „gar nicht“ interessiert zu sein. Personen mit hohem oder sehr hohem Bildungsniveau äußerten ein stärkeres Interesse als Personen mit mittlerem oder niedrigem Bildungsniveau.

Zudem wurden die Befragten gebeten anzugeben, wie gut sie sich über die Themen Klimawandel und Klimaschutz informiert fühlen. Wie Abbildung 7 zeigt, fühlten 8 % sich „sehr gut“ über das Thema Klimawandel und Klimaschutz informiert, 52 % „gut“ und 39 % „etwas“ informiert und 1 % gab an, sich „gar nicht“ informiert zu fühlen.

Hierbei gaben mehr männliche als weibliche Befragte an, sich gut oder sehr gut informiert zu fühlen. Hinsichtlich des Alters stachen die 30–39-Jährigen sowie die 60–69-Jährigen heraus, die sich besser informiert fühlen als die anderen Altersgruppen. Zudem gab es eine stärkere gefühlte Informiertheit bei hohem und sehr hohem Bildungsniveau.

Einordnung und Interpretation

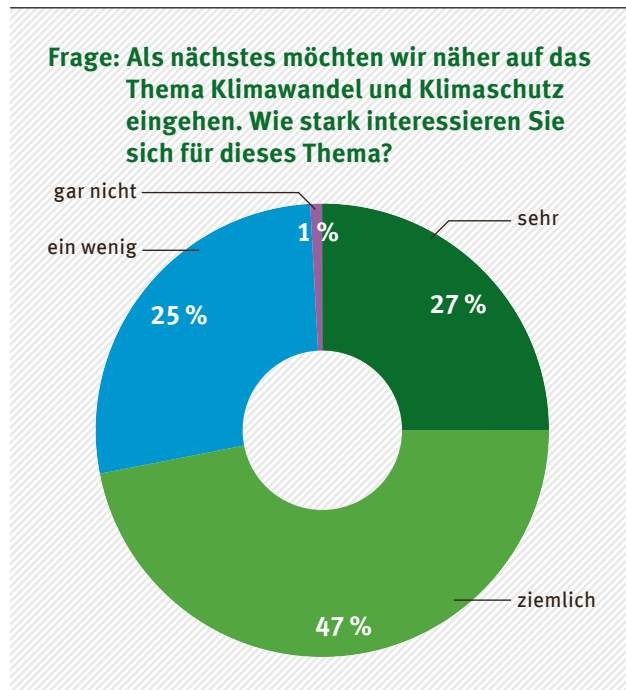
Die Befragungsergebnisse zeigen ein hohes Interesse am Klimawandel und dem Klimaschutz sowie die weit verbreitete Ansicht, gut darüber informiert zu sein. Gleichzeitig wird deutlich, dass es in manchen Bevölkerungsgruppen durchaus noch weiteren Informations- und Aufklärungsbedarf gibt. Das lässt sich beispielsweise in Hinblick auf Personen im Alter unter 30 sowie zwischen 40 und 59 Jahren

⁴⁶ Auf den ebenfalls sehr relevanten Bereich der Energiepolitik (vgl. Abschnitt 2.3) wurde in der Umfrage 2020 nicht näher eingegangen. Umfangreiche Befragungsergebnisse liegen dazu aus der Umweltbewusstseinsstudie 2018 (UBA & BMU, 2019, S. 28 ff.) vor.

⁴⁷ Die vollständige Liste umfasste die Bereiche:

- Gesundheitswesen und Pflege stärken (72 %)
- mehr Umwelt-, Natur- und Klimaschutz (61 %)
- ausreichender und bezahlbarer Wohnraum (55 %)
- Verringerung von Armut und sozialer Ungleichheit (54 %)
- Verbesserung von Bildungschancen (41 %)
- Digitalisierung voranbringen (38 %)
- Diskriminierung verhindern und Chancengleichheit für alle (36 %)
- besseres Arbeitsplatzangebot und faire Löhne (35 %)
- mehr Investitionen in Infrastrukturen (wie Straßen- und Schienennetz, Strom- und Wärmenetze) (27 %)
- Verbesserung der öffentlichen Sicherheit (27 %)
- Versorgung mit gesunden und bezahlbaren Lebensmitteln (27 %)
- Integration von Zugewanderten (23 %)

Abbildung 6

Interesse am Thema Klimawandel und Klimaschutz

Repräsentativerhebung bei 2115 Befragten ab 14 Jahren, Online-Befragung

Quelle: eigene Abbildung (Umweltbundesamt 2021)

oder mit mittlerem oder niedrigem Bildungsniveau konstatieren. Etwas ambivalent erscheint zudem der gefühlte bessere Informationsstand von Männern gegenüber Frauen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass Frauen sich mehr um den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen sorgen (vgl. Abschnitt 2.5). Auch andere Studien weisen darauf hin, dass Männer offenbar eine geringere Umweltisikowahrnehmung aufweisen als Frauen⁴⁸.

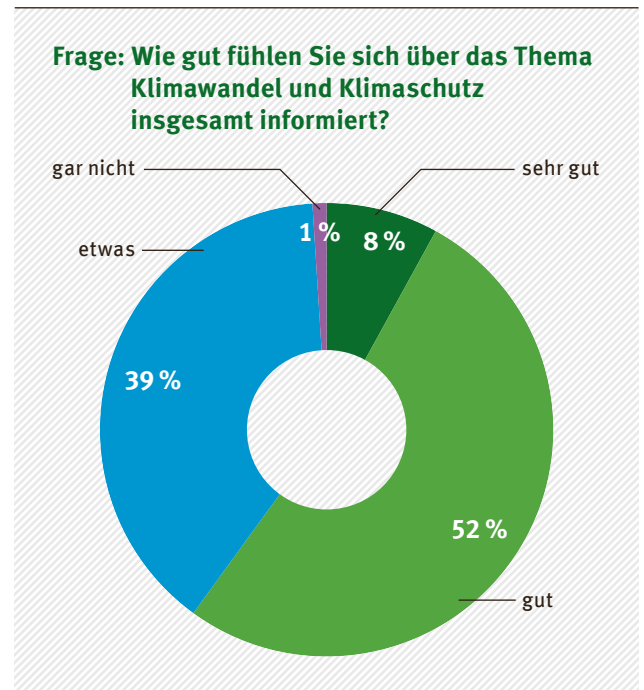
3.1.2 Vermutete Ursache für Klimawandel

Auf die Frage, wodurch der Klimawandel nach Meinung der Befragten verursacht wird, wählten 63 % der Befragten die Antwortoption „vor allem durch menschliches Handeln“, weitere 14 % gaben „nur durch menschliches Handeln“ an. 19 % wählten die Option „zu gleichen Teilen durch menschliches Handeln und natürliche Prozesse“ und 4 % „vor allem durch natürliche Prozesse“⁴⁹. 1 % gab an, es gäbe keinen Klimawandel (vgl. Abbildung 8).

⁴⁸ Siehe dazu beispielsweise Davidson & Freudenburg (1996).

⁴⁹ Die ebenfalls vorhandene Antwortoption „nur durch natürliche Prozesse“ wurde von 0 % der Befragten gewählt.

Abbildung 7

Informiertheit zum Klimawandel und Klimaschutz

Repräsentativerhebung bei 2115 Befragten ab 14 Jahren, Online-Befragung

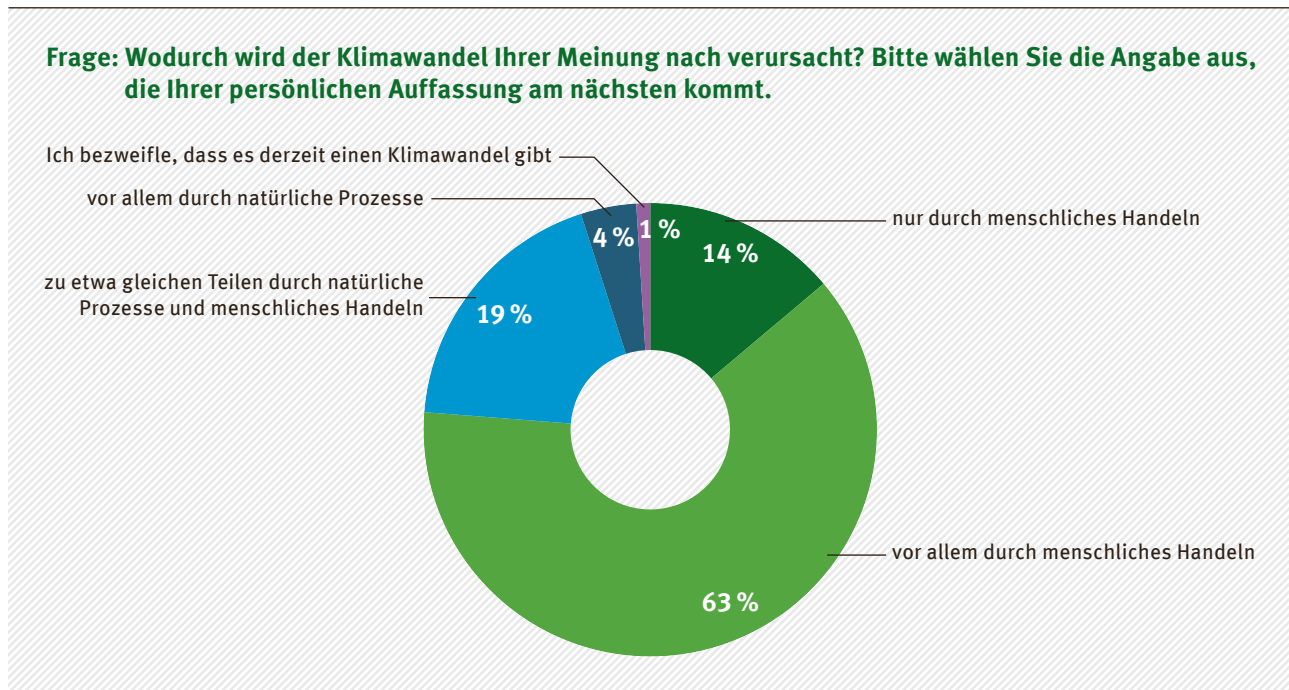
Quelle: eigene Abbildung (Umweltbundesamt 2021)

Ein erwähnenswertes Ergebnis dabei ist, dass 69 % derjenigen, die meinten der Klimawandel sei vor allem durch natürliche Prozesse verursacht, sich für gut oder sehr gut informiert darüber halten. Unter denjenigen Befragten, die den Klimawandel als zu gleichen Teilen durch das Handeln der Menschen und natürliche Prozesse verursacht sehen, gibt es einen überproportional großen Anteil von Personen (48 %), die sich nicht oder nur etwas über den Klimawandel informiert fühlen. Zudem zeigen sich Unterschiede je nach Bildungsniveau der Befragten: Personen mit hohem und sehr hohem Bildungsniveau gaben häufiger an, dass sie einen starken menschlichen Einfluss als ursächlich für den Klimawandel ansehen als Personen mit mittlerem oder niedrigem Bildungsniveau.

Einordnung und Interpretation

An diesen Befunden ist bemerkenswert, dass fast alle Befragten davon ausgehen, dass der Klimawandel stattfindet. Nur eine sehr kleine Minderheit von einem Prozent meint, es gäbe keinen Klimawandel. Unterschiedliche Auffassungen gibt es eher über die Ursachen. Hierbei ist zunächst festzuhalten, dass etwa drei Viertel ausschließlich oder vor allem das Handeln der Menschen als Ursache für Klimawandel

Abbildung 8

Vermutete Ursache für Klimawandel

Repräsentativerhebung bei 2115 Befragten ab 14 Jahren, Online-Befragung
Die Antwortkategorie „nur durch natürliche Prozesse“ wurde von 0 % der Befragten gewählt

Quelle: eigene Abbildung (Umweltbundesamt 2021)

ansehen⁵⁰. Nur ein sehr kleiner Teil der Befragten verneint, dass der Klimawandel auch auf menschliche Aktivitäten zurückzuführen ist.

Deutungsspielraum gibt es dagegen bezüglich der Antworten bei jenen Befragten, die das Handeln der Menschen und natürliche Prozesse als gleich wichtige Ursachen des Klimawandels sehen. Auf sie entfällt etwa ein Fünftel der Stichprobe. Es lässt sich an den Befragungsergebnissen nicht ablesen, inwieweit diese Antwortwahl auf mangelndes Wissen oder auf Verunsicherung (oder ggf. Überforderung) zurückzuführen ist, oder inwieweit damit eine Haltung zum Ausdruck gebracht wird, die den anthropogenen Einfluss auf das Klima relativiert. Bei einem Teil dieser Befragten könnte denkbar sein, dass sie eine grundlegende Skepsis gegenüber dem Klimaschutz und der Klimapolitik vertreten. Ein anderer Teil fühlt sich bei solchen Fragen möglicherweise überfordert und wählt daher eine solche Antwortoption, die wahrscheinlich als „die richtige“ gelten könnte⁵¹.

Deutlich wird jedenfalls, dass – trotz insgesamt gutem Informationsstand – weiterer Aufklärungsbedarf zu den Ursachen des Klimawandels besteht. Dies gilt insbesondere in Hinblick auf den (vergleichsweise kleinen) Teil der Bevölkerung, der unsicher über die Ursachen des Klimawandels ist. Was den (sehr kleinen) Teil der Bevölkerung betrifft, der – trotz wissenschaftlich sehr klarer Datenlage – am Klimawandel zweifelt oder ihn ablehnt, scheint es notwendig zu sein, miteinander im Gespräch zu bleiben, um die (möglicherweise tieferliegenden) Gründe zu verstehen, die bei der Relativierung oder Ablehnung des menschengemachten Klimawandels – und damit verbunden, der Notwendigkeit des Klimaschutzes – eine Rolle spielen.

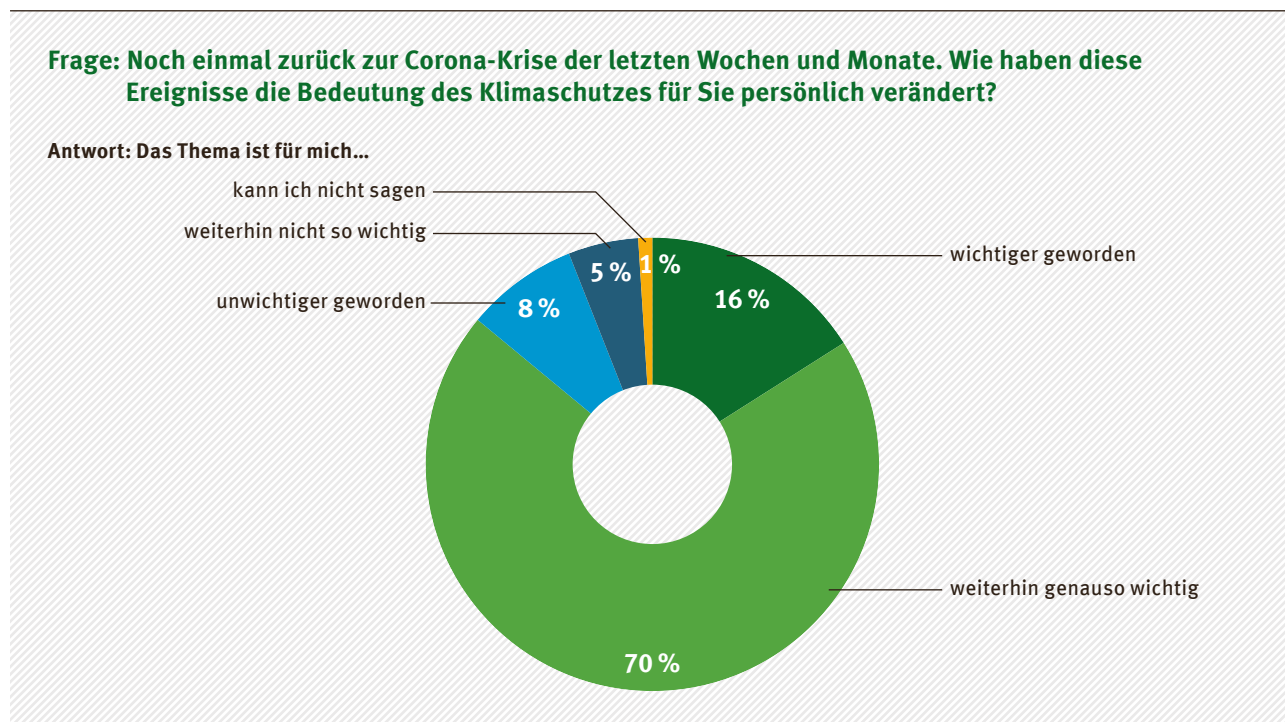
3.1.3 Wahrnehmung der Bedeutung des Klimaschutzes im Kontext der Corona-Krise

Eine zentrale Frage im Kontext des Schwerpunktthemas war es, ob sich durch die Ereignisse der Corona-Krise die Bedeutung des Klimaschutzes für die Menschen in Deutschland verändert hat. Die Ergebnisse sind in Abbildung 9 dargestellt. Für 70 % der Befragten ist der Klimaschutz während der Corona-Pandemie „weiterhin genauso wichtig“, für 16 % ist das Thema „wichtiger“ geworden.

⁵⁰ Aus wissenschaftlicher Sicht wird der Klimawandel eindeutig maßgeblich durch menschliche Aktivitäten verursacht (siehe z. B. <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimawandel>).

⁵¹ Eine in der Mitte der Antwortskala liegende, scheinbar ausgewogene Antwortoption wie diese bietet sich eventuell besonders an, falls die Befragten unentschieden sind.

Abbildung 9

Veränderte Bedeutung des Klimaschutzes

Repräsentativerhebung bei 2115 Befragten ab 14 Jahren, Online-Befragung

Quelle: eigene Abbildung (Umweltbundesamt 2021)

Acht Prozent gaben an, der Klimaschutz sei für sie „unwichtiger“ geworden und fünf Prozent meinten, er sei für sie „weiterhin unwichtig“.

Einordnung und Interpretation

Der Klimaschutz ist während der Corona-Pandemie für eine deutliche Mehrheit weiterhin genauso wichtig oder sogar noch wichtiger geworden. Nur für wenige hat er an Bedeutung verloren. Das passt zu dem Befund, dass in der aktuellen Befragung der Umwelt- und Klimaschutz von 65 % der Befragten als sehr wichtig bewertet und somit nur geringfügig weniger als im Jahr zuvor. Das ist bemerkenswert, wenn man bedenkt, dass die Corona-Pandemie den Umwelt- und Klimaschutz ab dem Frühjahr 2020 als Top-Thema ablöste⁵² und ab diesem Zeitpunkt das gesellschaftliche Leben sehr deutlich dominierte. Der Umwelt- und Klimaschutz hat aber offenbar trotzdem nicht an gesellschaftlicher Bedeutung verloren.

3.1.4 Klimapolitik und politisches Vorgehen beim Klimaschutz

Im Fragebogen zur Umweltbewusstseinsstudie 2020 waren einige Fragen zu politischen Strategien und Maßnahmen, die im Kontext des Klimaschutzes diskutiert werden, enthalten. Im Folgenden wird aufgrund ihrer besonderen Relevanz auf zwei Fragen näher eingegangen, die sich mit der Rolle Deutschlands bei der Klimapolitik (Abbildung 10) sowie mit einzelnen politischen Vorgehensweisen (Abbildung 11) befassen.

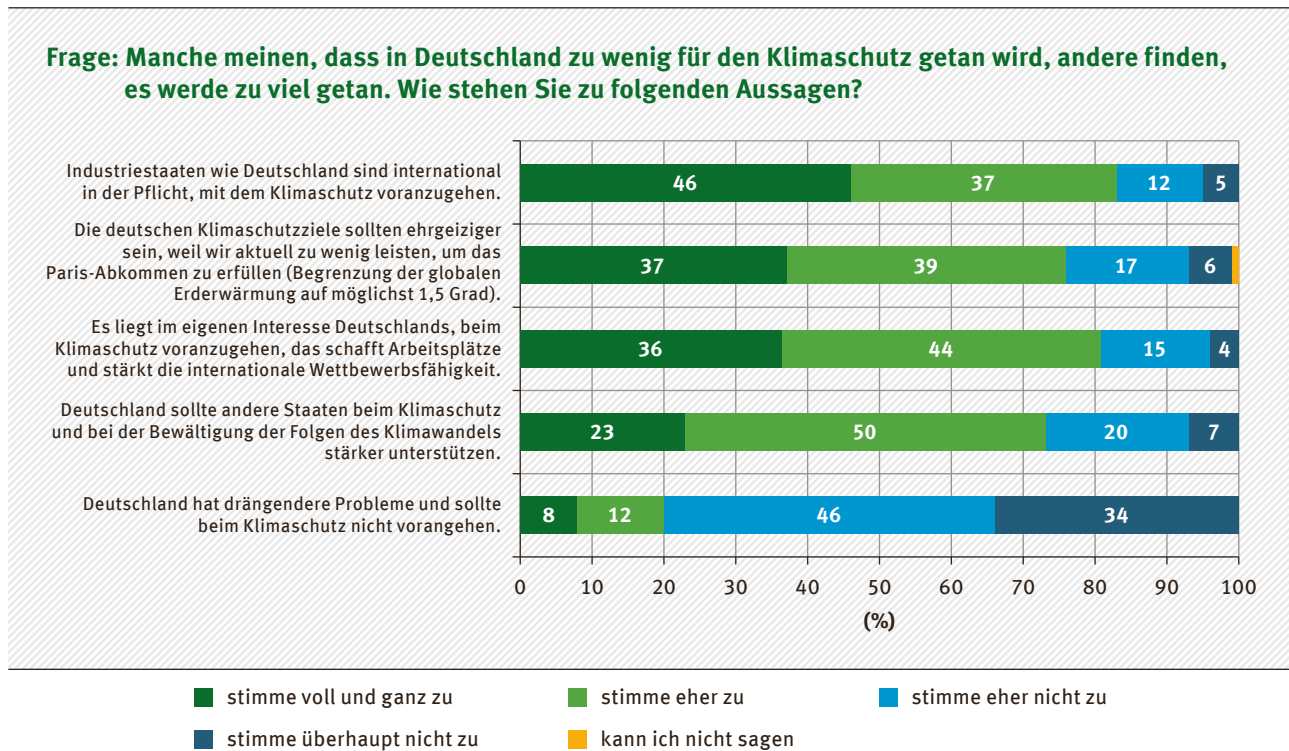
Mit Blick auf die Klimapolitik und die Rolle Deutschlands äußerten 83 % der Befragten Zustimmung, dass Industriestaaten wie Deutschland international in der Pflicht seien, mit dem Klimaschutz voranzugehen (46 % stimmen voll und ganz zu, 37 % stimmen eher zu). 80 % sind der Ansicht, dass es im eigenen Interesse Deutschlands liege, beim Klimaschutz voranzugehen, da dies Arbeitsplätze schaffe und die internationale Wettbewerbsfähigkeit stärke. 76 % stimmten der Aussage zu, dass die deutschen Klimaschutzziele ehrgeiziger sein sollten.

Bei diesen Aussagen zeigt sich durchgängig ein Unterschied nach dem Bildungsniveau der Befragten: Personen mit hohen Bildungsabschlüssen erzielten

⁵² Zumindest laut den regelmäßigen Befragungsergebnissen des Politbarometers (vgl. Abschnitt 2.1.2); in der Befragung zur Umweltbewusstseinsstudie 2020 kommt der Umwelt- und Klimaschutz dagegen im Ranking sogar knapp vor der Corona-Pandemie (vgl. Abb. 1 im Abschnitt 2.1.1).

Abbildung 10

Aussagen zur Klimapolitik und zur Rolle Deutschlands



Repräsentativerhebung bei 2115 Befragten ab 14 Jahren, Online-Befragung

Quelle: eigene Abbildung (Umweltbundesamt 2021)

höhere Werte im Sinne des Klimaschutzes. Auch beim Geschlecht gibt es Unterschiede: Frauen antworteten bei den meisten Aussagen stärker pro Klimaschutz als Männer.

Bezüglich möglicher politischer Vorgehensweisen beim Klimaschutz wurden der Abbau von klimaschädlichen Subventionen, die Förderung der Entwicklung klimafreundlicher Produkte und Technologien sowie die Stärkung der (Aus-)Bildung für den Klimaschutz als wichtigste Vorschläge erachtet (in der Summe von 88 %, 94 % und 89 % als „sehr“ oder „eher wichtig“ benannt), um den Klimaschutz voranzubringen. Dem Abbau klimaschädlicher Subventionen stimmten bereits im Jahr 2018 (mit 90 %) ähnlich viele zu wie 2020.

Auch bei diesen Aussagen zeigten sich Geschlechtsunterschiede ähnlich wie bei der zuvor vorgestellten Frage. Die Unterschiede nach Bildungsniveau fielen hingegen weniger deutlich und konsistent aus.

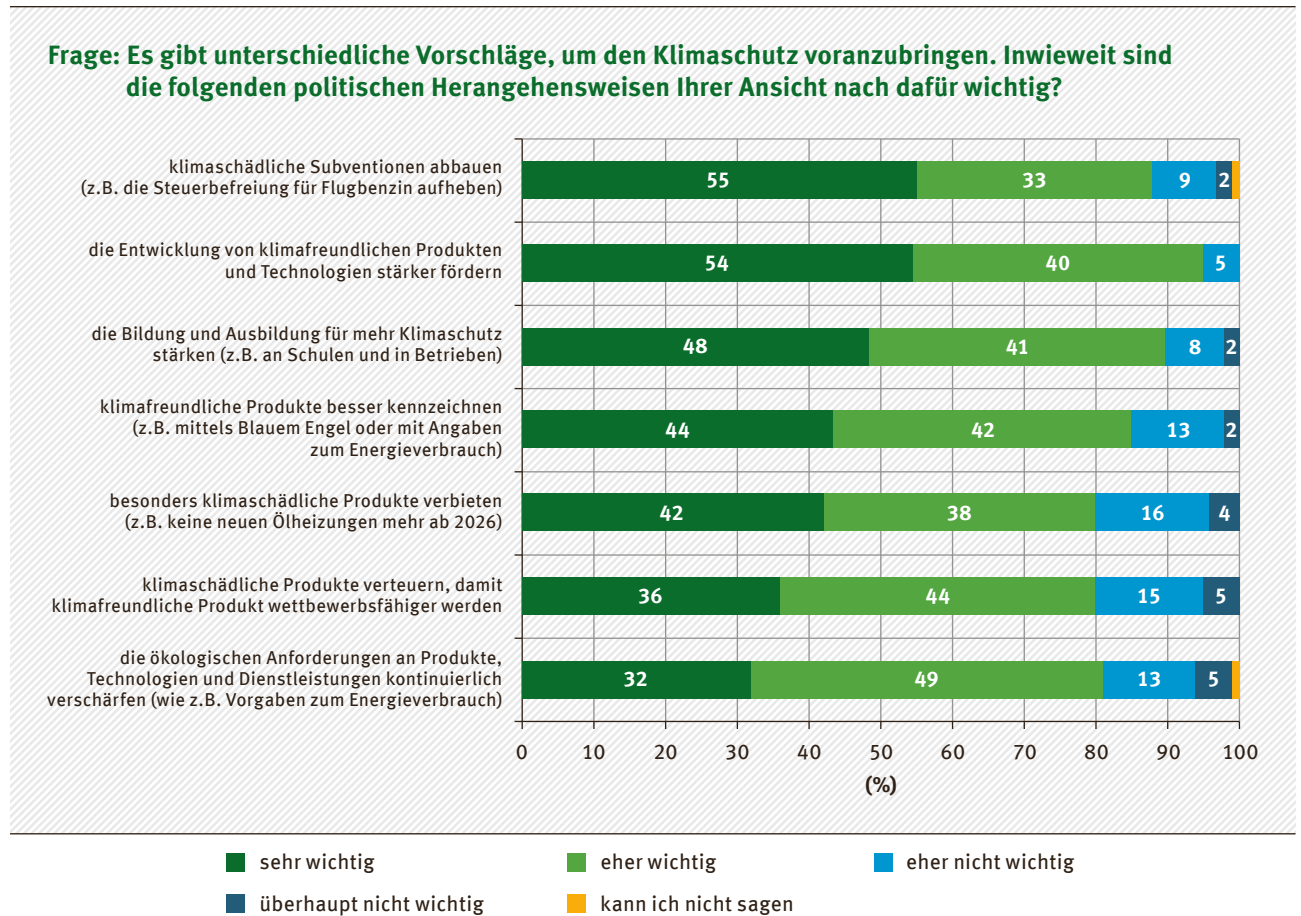
Einordnung und Interpretation

Die Befragungsergebnisse machen deutlich, dass ein entschlossenes Handeln beim Klimaschutz von großen Teilen der Bevölkerung klar befürwortet wird⁵³. So gibt es eine breite Zustimmung, dass Deutschland im internationalen Kontext mit dem Klimaschutz vorangehen solle. Dies kann als Zusppruch zum Verursacherprinzip interpretiert werden, auf das sich beispielsweise die Klimagerechtigkeitsbewegung maßgeblich beruft: Wer in der Vergangenheit viel zum Ausstoß von Treibhausgasen beigetragen hat, solle sich stärker und früher als andere um das Erreichen der Treibhausgasneutralität bemühen. Mehrheitlich klar unterstützt wird auch die Aussage, dass es im wirtschaftlichen Interesse Deutschlands liege, beim Klimaschutz voranzugehen⁵⁴. Nur knapp ein Fünftel stimmt dieser und den anderen Aussagen nicht oder eher nicht zu. Etwa gleich viele meinen zudem, dass Deutschland drängendere Probleme habe als den Klimaschutz.

⁵³ Ein entschlossenes Handeln beim Klimaschutz wurde und wird von vielen auch aktiv eingefordert, z. B. im Rahmen der Bewegung *Fridays for Future* mit großen Demonstrationen im Jahr 2019.

⁵⁴ Insofern dürften nicht nur altruistische Motive und Gerechtigkeitsaspekte, sondern auch das wirtschaftliche Eigeninteresse ein wesentlicher Grund sein, dass sich die Befragten für einen ambitionierten Klimaschutz aussprechen.

Abbildung 11

Politische Vorgehensweisen beim Klimaschutz

Repräsentativhebung bei 2115 Befragten ab 14 Jahren, Online-Befragung

Quelle: eigene Abbildung (Umweltbundesamt 2021)

Es scheint also einen Anteil von etwa 20 % in der Bevölkerung zu geben, der einer ambitionierteren Klimaschutzpolitik skeptisch bis ablehnend gegenübersteht.

Die abgefragten klimapolitischen Instrumente werden ebenfalls mehrheitlich (mit 81 % bis 94 %) als wichtig erachtet. Auch hier zeigt sich ein breiter Rückhalt dafür, dass die Politik mit entsprechenden Maßnahmen den Klimaschutz stärken sollte. Zum Beispiel erachten die Befragten die Stärkung der (Aus-) Bildung für den Klimaschutz mehrheitlich als wichtigen Vorschlag, was zu der Deutung passt, dass offenbar weiterer Aufklärungsbedarf zu den Ursachen des Klimawandels besteht (vgl. Abschnitt 3.1.3). Nur vergleichsweise kleine Anteile der befragten Stichprobe, zwischen fünf und 20 %, zeigen sich hier zurückhaltend oder ablehnend.

3.1.5 Verwendung der Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung

Mit Beginn des Jahres 2021 wurden Kraftstoffe und fossile Heizstoffe mit einem CO₂-Preis belegt. Dazu wurde die Frage gestellt, wie diese staatlichen Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung verwendet werden sollten, wenn die Befragten darüber selbst entscheiden könnten. In Abbildung 12 werden die Ergebnisse zu dieser Frage dargestellt.

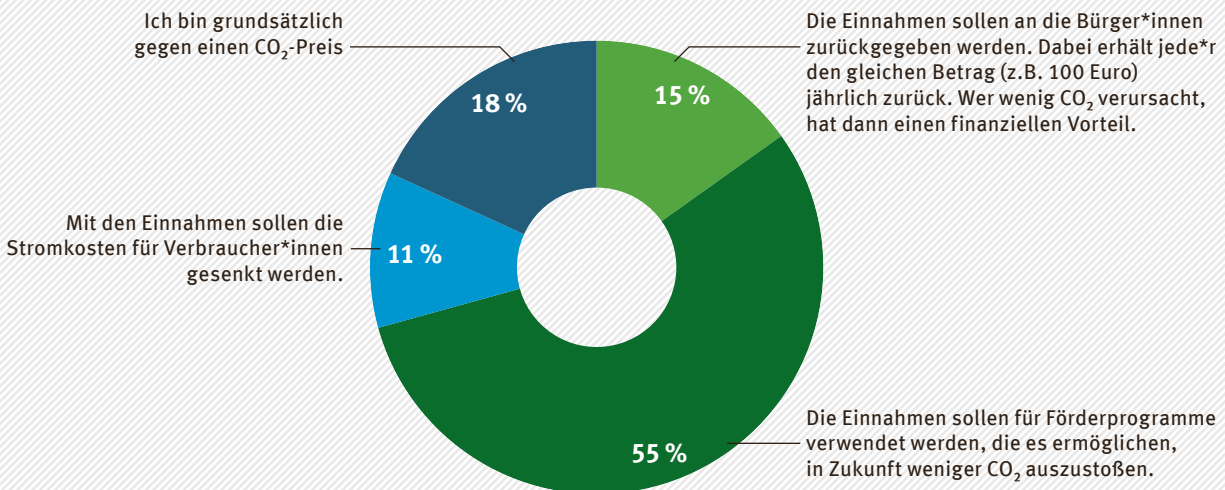
55 % der Befragten würden Förderprogramme, die es ermöglichen, in Zukunft weniger CO₂ auszustoßen, als Verwendung wählen. Die Klimabonus-Option, bei der die Einnahmen an die Bürger*innen gleichmäßig pro Kopf zurückgezahlt werden, empfinden 15 % als die beste. Dass mit den Einnahmen die Stromkosten für Verbraucher*innen gesenkt werden sollten, gaben 11 % der Befragten an. Und 18 % gaben an, dass sie grundsätzlich gegen einen CO₂-Preis seien. Letzteres wurde häufiger von Männern sowie von Personen mit einfachem oder mittlerem Bildungsniveau geäußert.

Abbildung 12

Verwendung der Einnahmen aus CO₂-Bepreisung

Frage: Um die klimaschädlichen CO₂-Emissionen im Verkehr oder im Gebäudebereich zu verringern, wird der Staat ab 2021 Kraftstoffe und fossile Heizstoffe (z.B. Heizöl, Gas) mit einem CO₂-Preis belegen.

Wenn Sie entscheiden könnten, wie diese staatlichen Einnahmen genutzt werden, welche der folgenden Möglichkeiten würden Sie wählen?



Repräsentativerhebung bei 2115 Befragten ab 14 Jahren, Online-Befragung

Quelle: eigene Abbildung (Umweltbundesamt 2021)

Dagegen befürworten Frauen sowie Personen mit höherem Bildungsniveau Förderprogramme stärker. Einer Pro-Kopf Rückzahlung stimmen Befragte mit niedrigen Haushaltseinkommen etwas stärker zu als Befragte mit höheren Einkommen.

Einordnung und Interpretation

Beim Thema der CO₂-Bepreisung plädiert die Mehrheit der Befragten für eine Verwendung der Einnahmen für Klimaschutzinvestitionen. Nur ein knappes Fünftel ist grundsätzlich gegen einen CO₂-Preis. Einer Verwendung der Einnahmen zur Verminderung negativer Verteilungswirkungen für Haushalte mit niedrigen Einkommen durch Pro-Kopf Rückzahlungen, etwa wie beim „Ökobonus“ in der Schweiz, oder durch Senkung der Stromkosten, favorisiert nur etwa jede*r Vierte. Die Berücksichtigung der sozialen Dimension scheint bei Verwendung der Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung für die meisten offenbar kein vorrangiges Thema zu sein, für einige – insbesondere für Geringverdienende – dagegen eher schon.

3.1.6 Zusammenfassung und Zwischenfazit

Die Befragung zeigt ein hohes Interesse und eine gute subjektive Informiertheit zum Klimawandel und Klimaschutz. Zudem sieht die große Mehrheit der

Befragten ausschließlich oder vor allem das Handeln der Menschen als Ursache für den Klimawandel. Etwa jede*r Fünfte unterschätzt menschliche Aktivitäten als maßgebliche Ursache des Klimawandels. Lediglich ein Prozent der Befragten bezweifelt seine Existenz. Der Klimawandel wird also praktisch nicht mehr infrage gestellt; man könnte sagen, die Problematik ist im Alltag der Menschen angekommen. Stimmig zu dieser Befundlage ist auch das Ergebnis, dass der Umwelt- und Klimaschutz trotz der Corona-Krise offenbar nichts von seiner gesellschaftlichen Bedeutung eingebüßt hat.

Hinsichtlich der Klimapolitik und der Rolle Deutschlands deuten die Befragungsergebnisse auf einen starken Rückhalt innerhalb der Bevölkerung für ein entschlosseneres Vorgehen beim Klimaschutz hin. Deutschland solle ein wichtiger Akteur im internationalen Klimaschutz sein. Auch aus wirtschaftlichem Eigeninteresse erscheint dies sinnvoll: Zum Beispiel wegen der Sicherung von Arbeitsplätzen und der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen wird ein ambitioniertes Vorgehen beim Klimaschutz als wichtig erachtet.

Eine deutliche Unterstützung scheint es auch für die Einführung und Umsetzung weiterer politischer Maßnahmen für den Klimaschutz zu geben. So wird befürwortet, vermehrt ökonomische Anreize für den Klimaschutz zu setzen: Klimaschädliche Subventionen beispielsweise sollten abgebaut und klimafreundliche Produkte und Technologien gefördert werden. Zudem ist eine deutliche Mehrheit für eine CO₂-Bepreisung, bei der die Einnahmen im Sinne des Klimaschutzes verwendet werden.

Aber nicht alle befürworten, dass mehr für den Klimaschutz getan werden sollte. Der Anteil derjenigen, die dies klar ablehnen, liegt bei etwa fünf Prozent; weitere zehn bis 20 Prozent lehnen dies eher ab oder haben Zweifel. Anhand dieser Befunde wird deutlich, dass nicht nur informatorische Maßnahmen ausgebaut und verstärkt werden sollten, sondern dass es auch gesellschaftlichen Diskussionsbedarf über den Klimaschutz und klimapolitische Maßnahmen gibt. Eine tiefergehende Analyse der Befragungsergebnisse wird es ermöglichen, genauer zu ermitteln, mit welchen Zielgruppen vermehrte kommunikative Anstrengungen und Diskussionen erforderlich sind und inwiefern diese Aussicht auf Erfolg haben könnten.

3.2 Einstellungen zur sozial-ökologischen Transformation

Ein Kernbereich des Fragebogens zur Umweltbewusstseinsstudie 2020 bezog sich darauf, inwiefern die Befragten grundsätzliche Veränderungen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen für notwendig erachten und welche Maßnahmen sie im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation befürworten. Die abgefragten Handlungsfelder umfassten die Bereiche 1) Ernährung und Landwirtschaft, 2) Verkehr und Mobilität sowie 3) den wirtschaftlichen Strukturwandel und 4) das Querschnittsthema der sozialen Aspekte, mit Fokus auf den Bereich Wohnen und Bauen.

3.2.1 Transformation im Bereich Ernährung und Landwirtschaft

Im Handlungsfeld Ernährung und Landwirtschaft sind im Kontext der sozial-ökologischen Transformation wichtige Herausforderungen zu bewältigen. Mit der Umweltbewusstseinsstudie 2020 sollte daher danach gefragt werden, welche Veränderungsnotwendigkeiten die Menschen in diesem Bereich sehen und für wie dringlich sie die Umsetzung entsprechen-

der Maßnahmen halten. Dafür gab es zunächst eine Liste mit 13 Zielen⁵⁵, zu denen die Befragten jeweils angeben sollten, ob dafür aus ihrer Sicht derzeit genug oder nicht genug getan wird. Die Ergebnisse sind in Abbildung 13 dargestellt.

Im Sektor Ernährung und Landwirtschaft wird nach Ansicht der Befragten hinsichtlich der meisten abgefragten Ziele zu wenig getan. Dies betrifft allen voran die Ziele „Verpackungsmüll reduzieren“ (dass dafür nicht oder eher nicht genug getan wird, meinten in der Summe 93 % der Befragten), „für weniger Lebensmittelabfälle sorgen“ (89 %), „den Rückgang der Artenvielfalt aufhalten“ (86 %) und „das Wohlergehen von Nutztieren gewährleisten“ (85 %). Mit Ausnahme der Ziele „niedrige Lebensmittelpreise sicherstellen“ (31 %) und „das Angebot an vegetarischen und veganen Produkten und Speisen verbessern“ (32 %) meinten die Befragten auch bei den anderen genannten Zielen mehrheitlich, dass dafür derzeit nicht oder eher nicht genug getan werde. In der Tendenz finden Männer eher als Frauen, dass hinsichtlich der genannten Ziele ausreichend getan wird.

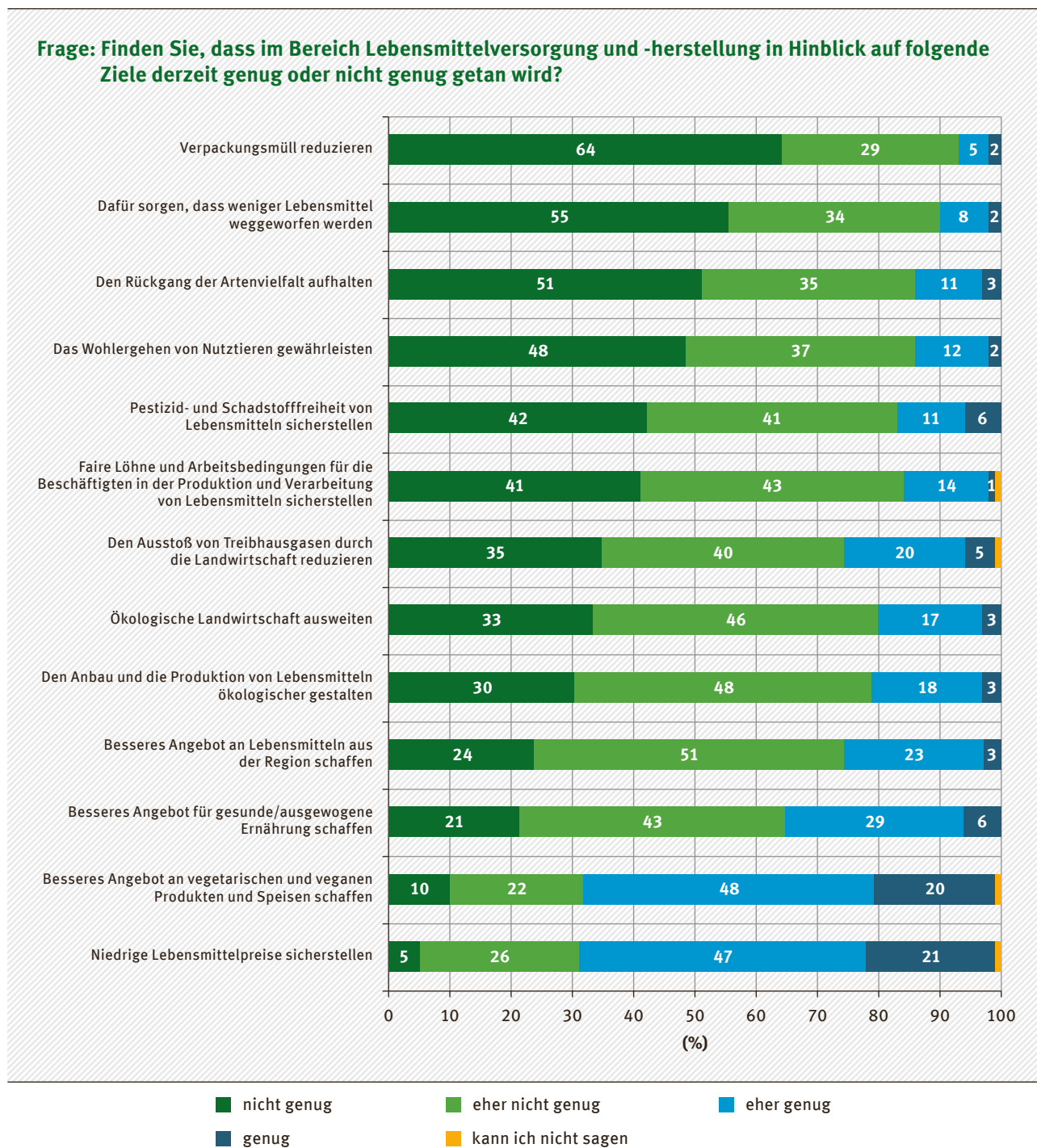
Im zweiten Schritt wurden die Studienteilnehmenden nach ihrer Zustimmung zur Umsetzung verschiedener Maßnahmen für eine Transformation des Sektors gefragt. Abbildung 14 zeigt die Ergebnisse. Mehrheitlich fanden alle abgefragten Maßnahmen eine deutliche Zustimmung. Ganz vorne rangieren folgende Maßnahmen: „Verschärfung der ökologischen Anforderungen an Verpackungen“ (93 % „ja, auf jeden Fall“ oder „eher ja“), „Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten“ (96 %), „Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln und Pestiziden“ (93 %), „Einführung eines einheitlichen Tierwohl-Gütesiegels“ (92 %) und „stärkere Förderung des Ausbaus der ökologischen Landwirtschaft“ (92 %). Die vergleichsweise geringste Zustimmung gab es zur Maßnahme „das Angebot an vegetarischen und veganen Speisen in Kantinen und Restaurants verbessern“ (63 %).

Hier zeigt sich, dass Frauen allen vorgeschlagenen Maßnahmen deutlicher zustimmen als Männer. Besonders auffällig ist der Unterschied bei der

⁵⁵ Von den 13 Zielen bezogen sich sieben auf Ernährung und Lebensmittelversorgung sowie sechs auf Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion und umfassten unterschiedliche Zieldimensionen (soziale, ökologische und ökonomische Ziele).

Abbildung 13

Handlungsbedarfe bei Ernährung und Landwirtschaft



Repräsentativerhebung bei 2115 Befragten ab 14 Jahren, Online-Befragung

Quelle: eigene Abbildung (Umweltbundesamt 2021)

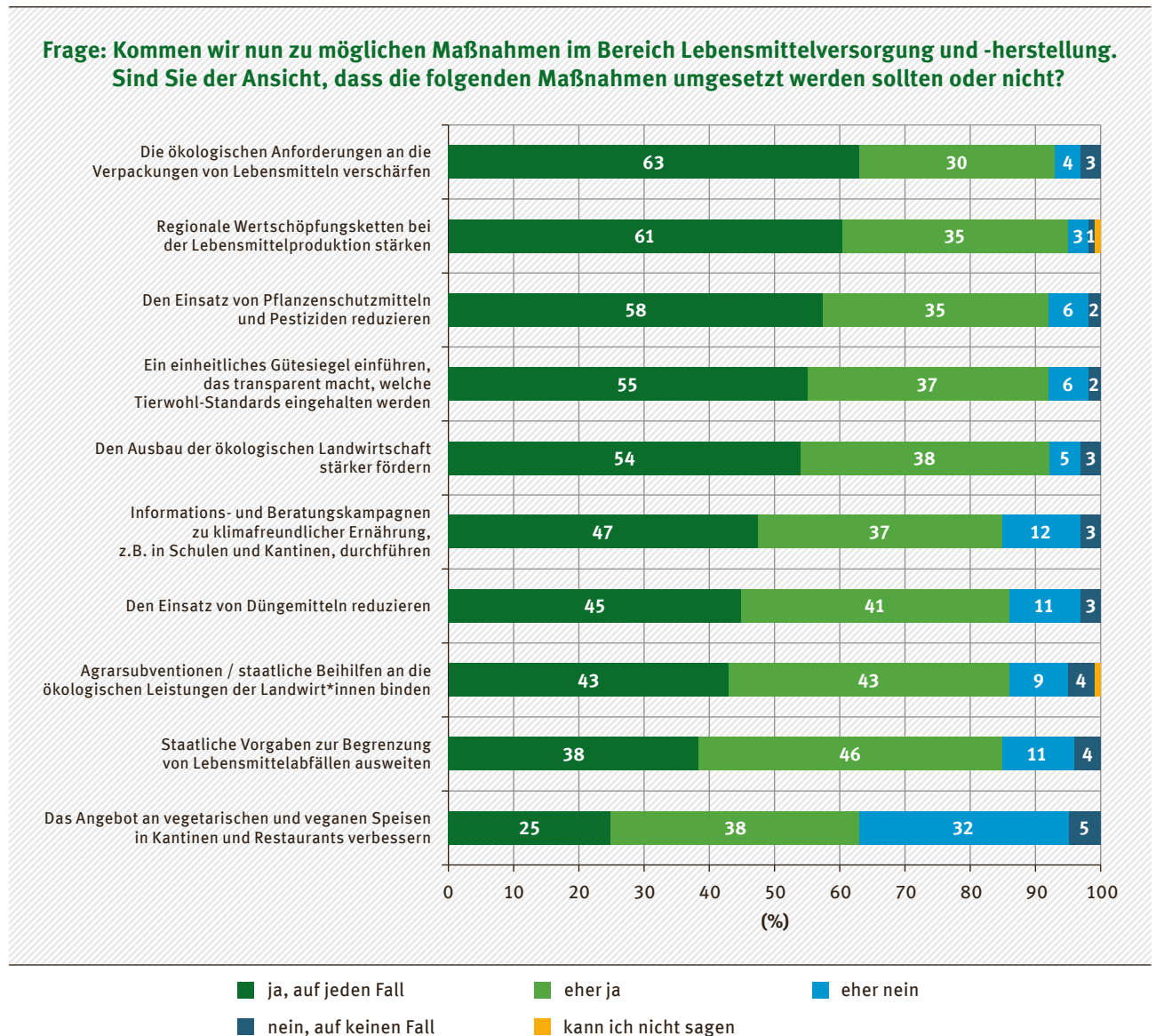
Reduktion von Düngemitteln, der Durchführung von Informationskampagnen und einem verbesserten vegetarischen und veganen Angebot in Kantinen und Restaurants. Bei dem zuletzt genannten Punkt zeigt sich zudem eine deutlich höhere Zustimmung von Personen mit höheren Bildungsabschlüssen.

Einordnung und Interpretation

Die Herstellung und Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln stellt im Kontext einer sozial-ökologischen Transformation ein zentrales Handlungsfeld dar. Dies scheint auch im Bewusstsein der Bevölkerung verankert zu sein (vgl. Abschnitt 2.3). Die Befragten sehen deutliche Defizite und damit

Abbildung 14

Zustimmung zu Maßnahmen bei Ernährung und Landwirtschaft



Präsentativbefragung bei 2115 Befragten ab 14 Jahren, Online-Befragung

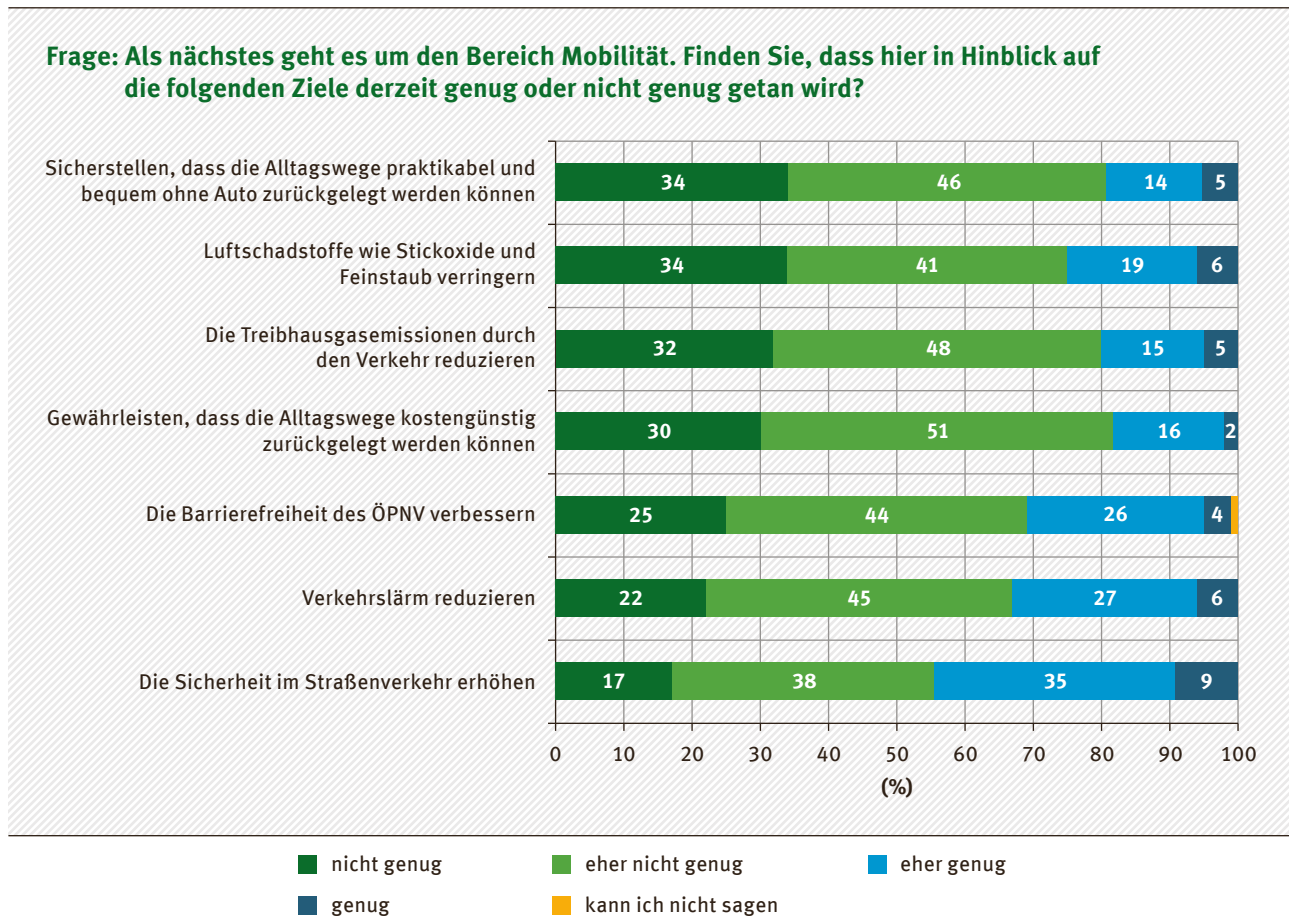
Quelle: eigene Abbildung (Umweltbundesamt 2021)

großen Handlungsbedarf hinsichtlich der meisten abgefragten Ziele und befürworten die Umsetzung entsprechender Maßnahmen; vorrangig war dies in den Bereichen Ressourceneffizienz und Abfälle, Biodiversität, Tierwohl und Pestiziden der Fall. Diese Ergebnisse lassen sich als klare Empfehlung an die Politik interpretieren, bei der Lebensmittelversorgung und -herstellung ökologisch deutlich ambitioniertere Maßnahmen auf den Weg zu bringen und umzusetzen.

Die Ergebnisse zeigen aber auch, dass die Menschen die Prioritäten teilweise anders setzen, als dies aus umweltfachlicher Sicht geschehen sollte: Aus

ökologischer Perspektive gehören zu den vorrangig umzusetzenden Maßnahmen unter anderem solche, die helfen die Treibhausgasemissionen, Nährstoffüberschüsse, die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln und Flächenverbräuche zu reduzieren sowie die Bodenfruchtbarkeit und Artenvielfalt zu erhalten (vgl. Heißenhuber, Haber & Krämer, 2015). Die Reduktion von Verpackungsmüll und eine Stärkung regionaler Produkte können in dieser Hinsicht nur vergleichsweise geringe Beiträge leisten. Dagegen würden Maßnahmen zur Reduktion der Masttierhaltung und des Fleischkonsums deutliche positive Effekte für die Umwelt (sowie für die menschliche Gesundheit) mit sich bringen. Immerhin stimmen

Abbildung 15

Handlungsbedarfe bei Mobilität und Verkehr

Repräsentativerhebung bei 2115 Befragten ab 14 Jahren, Online-Befragung

Quelle: eigene Abbildung (Umweltbundesamt 2021)

rund zwei Drittel der Befragten der in diese Richtung gehende Maßnahme, nämlich einer Ausweitung des Angebots an vegetarischen und veganen Speisen in Kantinen und Restaurants zu. Dass Mahlzeiten ohne Fleisch angeboten werden, wird mittlerweile offenbar von vielen als gesellschaftliche Normalität und nicht mehr als exotische Ausnahme angesehen⁵⁶. Insbesondere, wenn man berücksichtigt, dass laut den repräsentativen Umfrageergebnissen des neuesten Ernährungsreports vom BMEL nur 5 % Vegetarier*innen und 1 % Veganer*innen sind (BMEL, 2020) und somit an einer entsprechenden Ausweitung vorrangig interessiert sein dürften, ist dieses Ergebnis beachtlich. Offenbar wollen auch viele, die tierische Produkte essen, außer Haus häufiger Mahlzeiten ohne Fleisch (oder generell ohne tierische Produkte) im Angebot finden.

Insgesamt deuten die Ergebnisse darauf hin, dass auf Seiten der Bevölkerung großer Handlungsbedarf gesehen wird, im Bereich Ernährung und Landwirtschaft verstärkt sozial-ökologische Veränderungen anzuschließen. Gleichzeitig scheint noch mehr Informations- und Aufklärungsarbeit notwendig zu sein, um ein besseres Verständnis zu vermitteln, welche Maßnahmen die größten Entlastungspotenziale für Umwelt, Natur und Klima haben⁵⁷.

3.2.2 Transformation im Bereich Verkehr und Mobilität

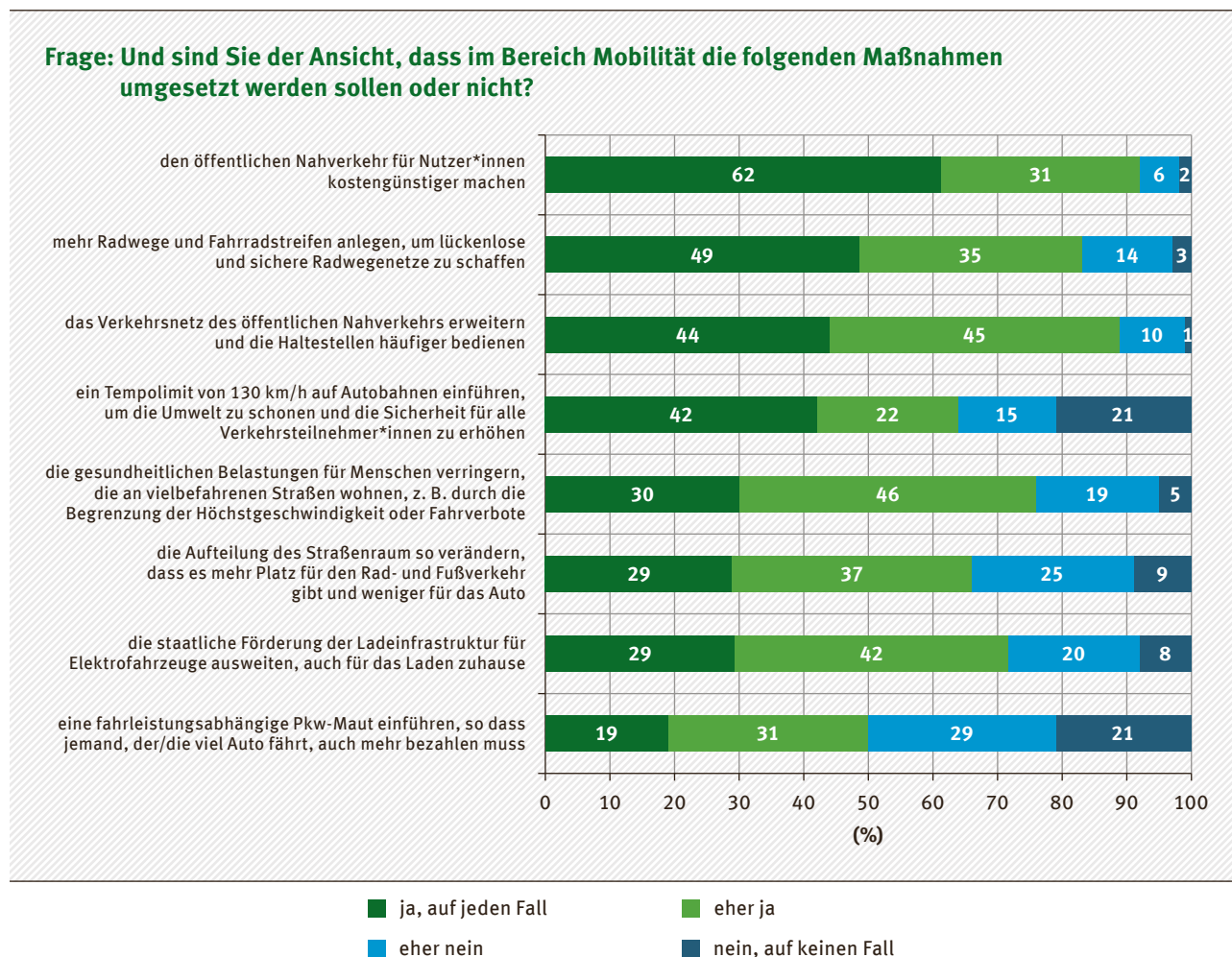
Auch der Verkehrs- und Mobilitätsbereich ist ein wichtiges Handlungsfeld, in dem sozial-ökologische Transformationsprozesse als erforderlich angesehen werden. Ähnlich wie im Handlungsfeld Ernährung

⁵⁶ Die Zeitreihe zum Fleischkonsum in der Umweltbewusstseinsstudie deutet ebenso darauf hin, dass der Verzehr von Fleisch in der alltäglichen Ernährung an Bedeutung verliert (vgl. Abschnitt 2.5).

⁵⁷ Eine jüngst veröffentlichte repräsentative Umfrage im Auftrag der Verbraucherzentrale Bundesverband e. V. (vzbv) zeigte, dass viele Menschen den Beitrag unterschätzen, der durch den Kauf veganer Lebensmittel oder durch einen reduzierten Milchkonsum zum Klimaschutz geleistet werden kann (vzbv, 2021).

Abbildung 16

Zustimmung zu Maßnahmen bei Mobilität und Verkehr



Repräsentativerhebung bei 2115 Befragten ab 14 Jahren, Online-Befragung

Quelle: eigene Abbildung (Umweltbundesamt 2021)

und Landwirtschaft wurde auch bei Verkehr und Mobilität nach den wahrgenommenen Handlungsbedarfen hinsichtlich verschiedener Ziele⁵⁸ sowie nach der Bewertung der Dringlichkeit zur Umsetzung spezifischer Maßnahmen gefragt. Die Ergebnisse zu der Frage, ob hinsichtlich der sieben genannten Ziele derzeit genug oder nicht genug getan wird, sind in Abbildung 15 dargestellt.

Die Befragten waren hinsichtlich aller genannten Ziele im Verkehrs- und Mobilitätsbereich mehrheitlich der Ansicht, dass dafür nicht genug getan werde (vgl. Abbildung 15). Allen voran stehen dabei die Ziele, dass „Alltagswege praktikabel und bequem ohne Auto“ (Summe nicht oder eher nicht genug 80 %)

sowie „kostengünstig“ (81 %) zurückgelegt werden können, dass „Treibhausgasemissionen reduziert“ (80 %) sowie „Luftschadstoffe wie Stickoxide und Feinstaub verringert“ (75 %) werden.

Gefragt nach den in einer Liste aufgeführten Maßnahmen in den Bereichen Verkehr und Mobilität stimmten die Befragten – von einer Maßnahme abgesehen – mehrheitlich zu, dass diese umgesetzt werden sollten, mit der der höchsten Priorität bei folgenden Maßnahmen (vgl. Abbildung 16)⁵⁹: „den öffentlichen Nahverkehr für Nutzer*innen kostengünstiger machen“ (93 % „ja, auf jeden Fall“ oder „eher ja“), „das Verkehrsnetz des öffentlichen

⁵⁸ Auch hier wurden unterschiedliche Zieldimensionen berücksichtigt wie Ökologie, Zugang und Sicherheit, Bezahlbarkeit und Gesundheit.

⁵⁹ Die Reihenfolge der Nennungen orientiert sich an den prozentualen Anteilen derjenigen Befragten, die „nicht genug“ als Antwort ausgewählt haben (vgl. Abb. 16).

Nahverkehrs erweitern und die Haltestellen häufiger bedienen“ (89 %), „mehr Radwege und Fahrradstreifen anlegen“ (84 %), sowie „ein Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen einführen“ (64 %). Keine eindeutig mehrheitliche Zustimmung gab es zu der Maßnahme, eine fahrleistungsabhängige Pkw-Maut einzuführen (50 %). Letztere gehört – zusammen mit einem generellen Tempolimit auf Autobahnen – zu den Maßnahmen, bei denen sich ein verhältnismäßig großer Anteil der Befragten (mit jeweils 21 %, die „nein, auf keinen Fall“ ausgewählt haben) deutlich gegen eine Umsetzung aussprach.

Auffällige soziodemografische Unterschiede zeigen sich unter anderem dahingehend, dass weibliche Befragte einem Tempolimit, einer veränderten Aufteilung des Straßenraums sowie weniger gesundheitlichen Belastungen an vielbefahrenen Straßen (z. B. durch Begrenzung der Höchstgeschwindigkeit oder Fahrverbote) deutlich stärker zustimmten als männliche. Bei letzterer Maßnahme stimmten zudem Ältere (ab 60 Jahren) deutlicher zu als Jüngere. Eine Veränderung der Aufteilung des Straßenraums findet dagegen bei Jüngeren (bis 29 Jahre) deutlicheren Zuspruch als bei Älteren.

Einordnung und Interpretation

Auch im Verkehrs- und Mobilitätsbereich sehen die Befragten einen großen politischen Handlungsbedarf⁶⁰. Sie wünschen sich mehr Möglichkeiten, den Alltag kostengünstig und ohne Auto bewältigen zu können. Verkehrsbedingte Luftschadstoffe und klimaschädliche Treibhausgase sollen nach mehrheitlicher Einschätzung der Befragten weiter reduziert werden. Ein Tempolimit auf Autobahnen erfährt ebenfalls mehrheitlich Zustimmung. Klar befürwortet werden außerdem Verbesserungen beim Ausbau von Radwegen und Fahrradstreifen, von ÖPNV-Netz und engerer Taktung sowie ein insgesamt kostengünstigerer ÖPNV.

Die Befragungsergebnisse verdeutlichen recht anschaulich die „verfahrene“ Situation im Verkehrsbereich: Über Jahrzehnte wurde der Verkehr mit der Priorität auf Mobilität mit dem eigenen Auto geplant und ausgebaut – innerhalb von Städten und überregional. Weite Teile der Bevölkerung waren

(und sind teilweise noch heute) damit zufrieden. Aber die mit dem Leitbild der autogerechten Stadt verbundenen Probleme treten u. a. im Kontext der Klimakrise mehr und mehr zutage und zeigen sich auch im Bewusstsein vieler Menschen: wer den Alltag ohne Auto bewältigen will, insbesondere mit Kindern im Haushalt, hat es nicht leicht⁶¹. Und die Reduktion von Luftschadstoffen und Treibhausgasemissionen kommt nur schleppend bis gar nicht voran. Die Politik ist deshalb dringend gefordert, eine umfassende Verkehrswende einzuleiten, so dass eine Alltagsmobilität möglich wird, die Umwelt und Klima schont, sowohl gesundheitsförderlich als auch erschwinglich ist, und die Teilhabechancen aller verbessert. Die soziodemografischen Unterschiede in den Befragungsergebnissen sprechen dafür, dass in der Verkehrspolitik die unterschiedlichen Perspektiven und Bedürfnisse, die sich (unter anderem) aufgrund der Geschlechtszugehörigkeit, des Lebensalters oder der Lebensphase, in der sich die Menschen befinden, stärker Berücksichtigung finden sollten.

3.2.3 Wirtschaftlicher Strukturwandel in Richtung Nachhaltigkeit

Hinsichtlich des Strukturwandels, der mit einer sozial-ökologischen Transformation der Wirtschaft verbunden ist, gab es eine Reihe an Aussagen, die die Befragten bewerten sollten. Diese sowie die im folgenden Abschnitt dargestellte Frage zu sozialen Aspekten wurde von infas im Rahmen einer Mehrthemenbefragung im November 2020 bei einer repräsentativen Stichprobe von 1044 Personen erhoben. Die Ergebnisse zum wirtschaftlichen Strukturwandel sind in Abbildung 17 dargestellt.

Es zeigt sich eine sehr starke Zustimmung, dass „die Politik den Strukturwandel zügig, aber auch sozialverträglich vorantreiben sollte“ (in der Summe stimmen dieser Aussage 91 % „voll und ganz“ oder „eher“ zu). 75 % der Befragten befürworteten einen Strukturwandel aus Gründen des Klimaschutzes, während 22 % dies (eher) grundsätzlich ablehnten. Zudem stimmten 83 % zu, dass „umwelt- oder klimaschädliche Produkte und Produktionsverfahren nicht länger subventioniert werden“ sollten.

60 Bereits in der Umweltbewusstseinsstudie 2018 zeigte sich, dass sich die Menschen offenbar der sozial-ökologischen Transformationserfordernisse im Mobilitätsbereich bewusst sind (vgl. UBA & BMU 2019, S. 55 ff.). Dort wurde auch näher den Motiven für die Nutzung unterschiedlicher Verkehrsmittel und der Zufriedenheit damit gefragt.

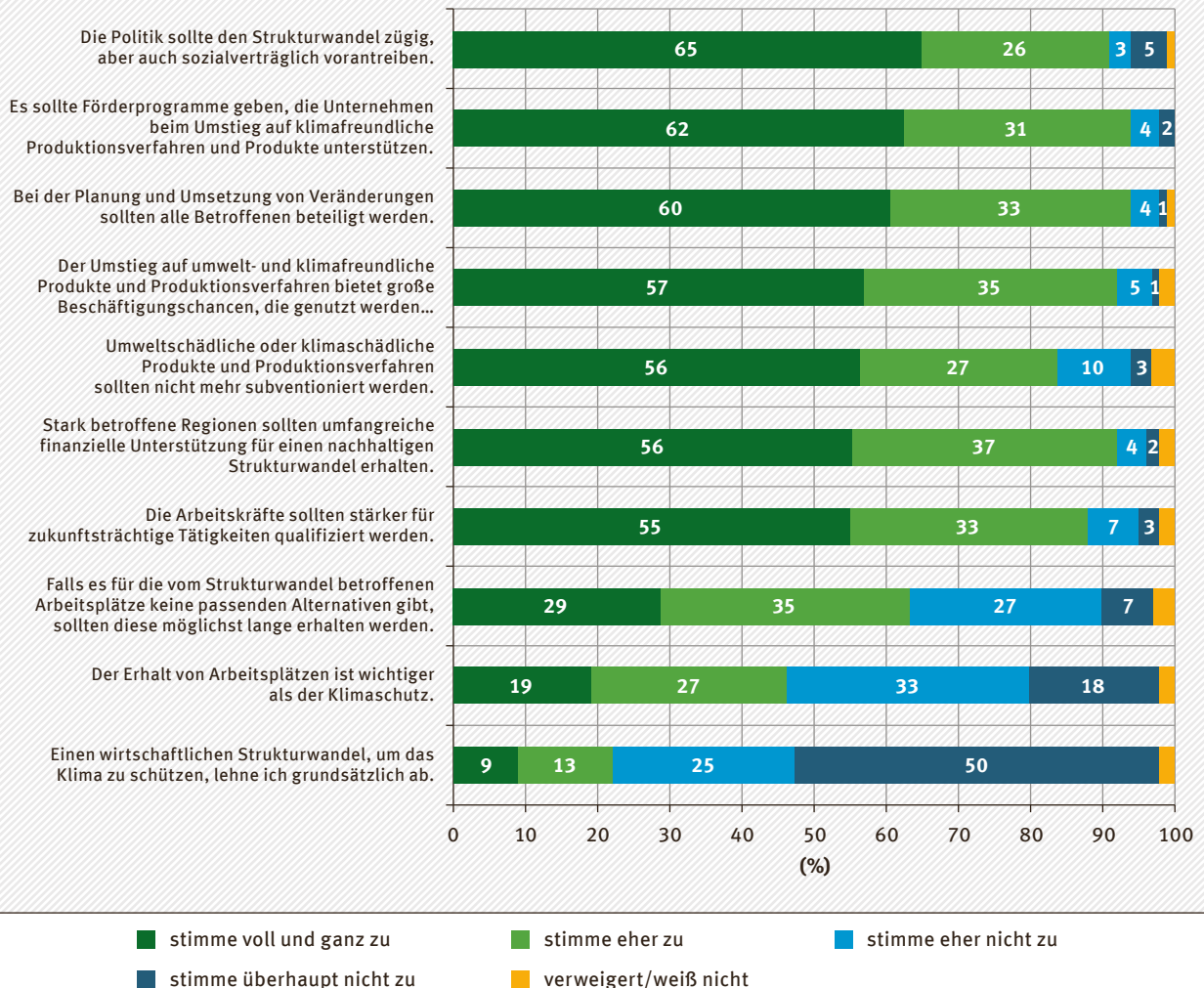
61 Verschiedene empirische Untersuchungen weisen den Befund auf, dass Befragte aus Haushalten mit Kindern in besonderem Maße angeben, auf das Auto angewiesen zu sein. Z. B. geht aus der Untersuchung von Kuhnimhof, Nobis, Hillmann, Follmer und Eggs (2019) hervor, dass mit der Familiengründung (d. h. der Geburt von Kindern) vielfach der Erwerb eines Pkw einhergeht.

Abbildung 17

Wirtschaftlicher Strukturwandel und Beschäftigung

Frage: Der Wandel hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft erfordert einen Umstieg auf umwelt- und klimafreundliche Produkte und Produktionsverfahren (z.B. neue Antriebstechnologien oder Ausstieg aus der Kohleverstromung).

Wie bewerten Sie die folgenden Aussagen hinsichtlich dieses Strukturwandels?



Präsentativerhebung bei 1044 Befragten ab 18 Jahren, Online-Befragung

Quelle: eigene Abbildung (Umweltbundesamt 2021)

Eine deutliche Zustimmung gab es auch zu der Aussage, dass „der Umstieg auf umwelt- und klimafreundliche Produkte und Produktionsverfahren große Beschäftigungschancen biete, die genutzt werden sollten“ (92 %) ⁶². Interessant ist auch, dass eine knappe Mehrheit der Befragten (51 %) die Aussage ablehnte, der Erhalt von Arbeitsplätzen sei wichtiger als der Klimaschutz ⁶³.

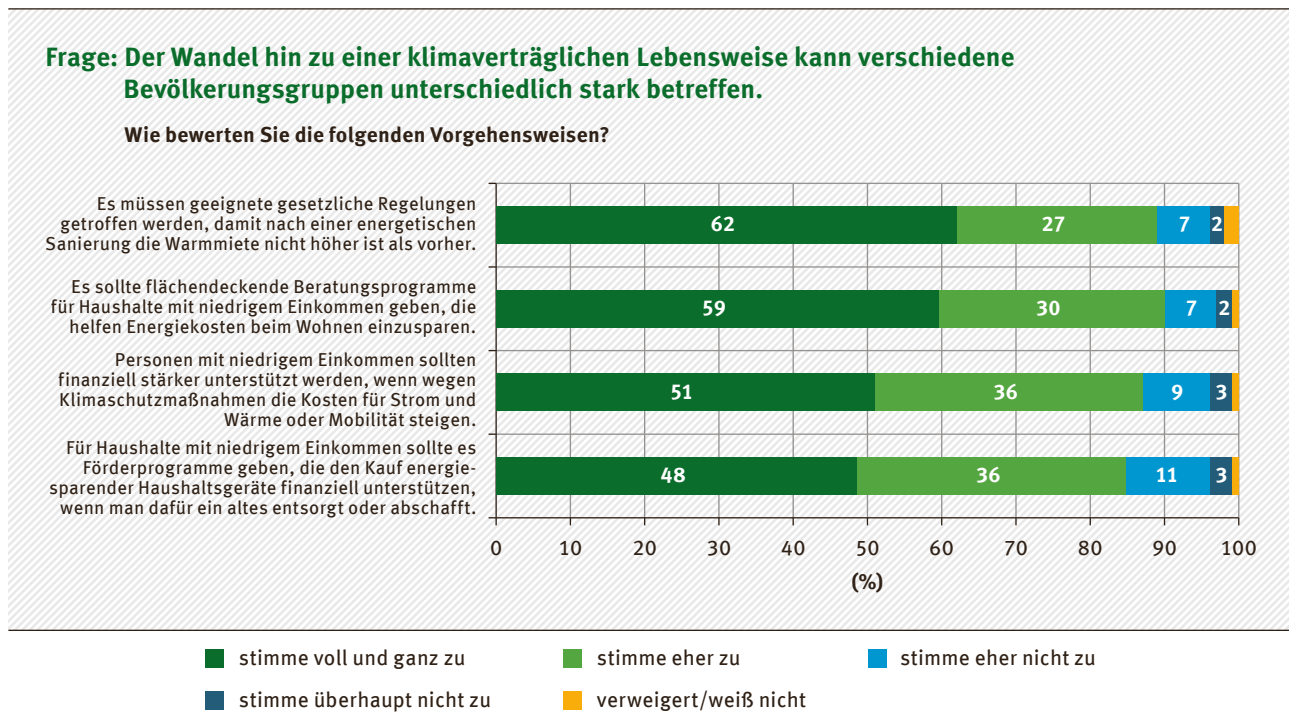
Der Aussage, „es sollte Förderprogramme geben, die Unternehmen beim Umstieg auf klimafreundliche Produktionsverfahren und Produkte unterstützen“, stimmten 94 % der Befragten zu. Dass „stark betroffene Regionen umfangreiche finanzielle Unterstützung für einen nachhaltigen Strukturwandel erhalten sollten“, befürworteten 94 %. Und 93 % meinten, dass „bei der Planung und Umsetzung von Veränderungen alle Betroffenen beteiligt werden sollten“.

⁶² Befragte mit niedrigen Haushaltseinkommen stimmten dieser Aussage stärker zu als Befragte mit mittleren oder hohen Haushaltseinkommen.

⁶³ Bei dieser Aussage zeigt sich ein Alterseffekt dahingehend, dass jüngere Befragte weniger stark zustimmten, der Erhalt von Arbeitsplätzen sei wichtiger als der Klimaschutz, als ältere Befragte (ab 55 Jahren). Zudem stimmten Studienteilnehmende mit (Fach-) Hochschulreife deutlich weniger stark zu als Teilnehmende mit mittlerer Reife oder einem geringeren Bildungsabschluss.

Abbildung 18

Soziale Aspekte bei Klimaschutz und Transformation



Repräsentativerhebung bei 1044 Befragten ab 18 Jahren, Online-Befragung

Quelle: eigene Abbildung (Umweltbundesamt 2021)

Einordnung und Interpretation

Die Befragungsergebnisse zeigen eine starke Zustimmung für einen zügigen und sozialverträglichen Strukturwandel in Richtung Nachhaltigkeit. Eine deutliche Mehrheit befürwortet einen ökologisch motivierten Wandel. Eine knappe Mehrheit meint sogar, der Klimaschutz sei wichtiger als der Erhalt von Arbeitsplätzen. Flankierende Förderprogramme und finanzielle Unterstützungsleistungen finden ebenfalls großen Zuspruch. Die Politik agiert also weitgehend im Sinne der Bevölkerung, wenn sie den ökologischen Strukturwandel offensiv vorantreibt und dabei die wirtschaftlichen und sozialen Folgen adäquat in ihren Strategien berücksichtigt. Förderprogramme und finanzielle Unterstützungsleistungen sowie Qualifizierungsmaßnahmen für die Beschäftigten sind dabei wichtige Bausteine.

Eine starke Zustimmung gibt es auch, dass bei der Planung und Umsetzung von Veränderungen alle Betroffenen beteiligt werden sollten. Eine umsichtige Umsetzung und ein ernstgemeinter und umfassender Dialog mit allen Beteiligten und Betroffenen sind also sehr wichtig – auch deshalb, weil es (wenn auch mit 23 Prozent eher kleine) Teile der Bevölkerung gibt, die einen Strukturwandel aus Gründen des Klima-

schutzes grundsätzlich ablehnen oder ihm skeptisch gegenüberstehen. Deswegen gilt es zusammen mit den Betroffenen Konzepte zu entwickeln, die soziale Härten vermeiden, den Beschäftigten die Anpassung durch Qualifizierungsmaßnahmen erleichtern und für die betroffenen Regionen insgesamt neue Perspektiven schaffen.

3.2.4 Soziale Aspekte bei Klimaschutz und Transformation

Der Wandel hin zu einer klimaverträglichen Weise des Wirtschaftens und Konsumierens bietet viele wirtschaftliche Vorteile, kann aber auch mit Kostenbelastungen verbunden sein. Aus diesem Grund gab es in der Umweltbewusstseinsstudie 2020 eine Frage, die speziell auf soziale Aspekte einging, mit einem Fokus auf den Bereich Wohnen und Bauen. Auf die wesentlichen Ergebnisse (siehe Abbildung 18) soll im Folgenden kurz eingegangen werden⁶⁴.

⁶⁴ Diese Frage wurden von ifas im Rahmen einer Mehrthemenbefragung im November 2020 bei einer repräsentativen Stichprobe von 1044 Personen erhoben (s. o.).

Der Aussage, dass „geeignete gesetzliche Regelungen getroffen werden müssen, damit nach einer energetischen Sanierung die Warmmiete nicht höher ist als vorher“, stimmten in der Summe 89 % zu. Ebenfalls 89 % der Befragten befürworteten, dass es „flächendeckende Beratungsprogramme für Haushalte mit niedrigem Einkommen geben sollte, die helfen, Energiekosten beim Wohnen einzusparen“. Der Aussage, dass „Personen mit niedrigem Einkommen finanziell stärker unterstützt werden sollten, wenn wegen Klimaschutzmaßnahmen die Kosten für Strom und Wärme oder Mobilität steigen“, stimmten 87 % voll und ganz oder eher zu. Dass es für Haushalte mit niedrigem Einkommen Förderprogramme geben sollte, die den Austausch ineffizienter gegen energieeffiziente Haushaltsgeräte finanziell unterstützen, stimmten 86 % voll und ganz oder eher zu.

Bei allen vier Aussagen fällt bei einem näheren Blick in die Daten auf, dass Befragte mit niedrigen Haushaltseinkommen etwas stärker zustimmten als Personen mit mittleren oder (sehr) hohen Einkommen. Ergänzend sei darauf hingewiesen, dass bei der Aussage zur Warmmietenneutralität nach einer energetischen Sanierung auch die Befragten mit mittleren oder hohen Einkommen vergleichsweise stark zustimmten und lediglich die Befragten mit sehr hohen Einkommen durch eine geringere Zustimmung auffielen.

Einordnung und Interpretation

Die Befragungsergebnisse zeigen, dass eine deutliche Mehrheit für die stärkere Abfederung von sozialen Verteilungswirkungen ist, wenn Maßnahmen des Klimaschutzes zu steigenden Kosten führen (etwa für Strom und Heizenergie) und ärmere Bevölkerungsgruppen dadurch, relativ gesehen⁶⁵, stärker belastet werden. Entsprechende Ausgleichsmaßnahmen und Unterstützungsleistungen werden stark befürwortet.

Das Top-Thema ist dabei die Warmmietenneutralität nach einer energetischen Sanierung. Dass geeignete gesetzliche Regelungen getroffen werden, damit nach einer energetischen Sanierung die Warmmiete nicht höher ist als vorher, finden die Befragten mit deutlicher Mehrheit wichtig. Dies spiegelt auch die öffent-

liche Diskussion darüber wider, dass Mieter*innen durch Mietpreissteigerungen vielerorts stark belastet sind. Dabei können Klimaschutz und Sozialpolitik Hand in Hand gehen, wenn Gebäudesanierungen so durchgeführt werden, dass die angestrebten Energieeinsparungen effektiv und (kosten-)effizient erreicht werden und außerdem die Sanierungskosten fair aufgeteilt werden.

Die Einführung von flächendeckenden Beratungs- und Förderprogrammen sowie vermehrte finanzielle Unterstützungsleistungen für Haushalte mit niedrigem Einkommen befürworten die Befragten deutlich. Auffallend und zugleich nachvollziehbar ist dabei, dass die Zustimmung zu diesen Maßnahmen mit dem Haushaltseinkommen der Befragten variiert: Personen mit niedrigen Einkommen stimmen durchgängig etwas stärker zu als Personen mit mittleren oder (sehr) hohen Haushaltseinkommen. Eine soziale Umweltpolitik sollte daher die Synergiepotenziale mit sozialpolitischen Zielen systematisch ausloten und stärker erschließen.

3.3 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen zum Themenfeld Klimaschutz und Transformation

Im Folgenden sollen die vorgestellten Befragungsergebnissen zu den Schwerpunktthemen Klimaschutz und Transformation noch einmal in der Zusammenschau betrachtet und mögliche Schlussfolgerungen diskutiert werden.

Die Befragungsergebnisse sprechen dafür, dass es in der Bevölkerung einen breiten Rückhalt für weitreichende Veränderungen im Sinne eines sozial-ökologischen Wandels gibt. So wird der Umwelt-, Natur- und Klimaschutz als einer der wichtigsten Bereiche angesehen, in denen Fortschritte die Chancen auf ein gutes Leben für alle vergrößern würden. In allen Handlungsfeldern, die in der Befragung thematisiert wurden – also bei Ernährung und Landwirtschaft (3.2.1), Verkehr und Mobilität (3.2.2), dem wirtschaftlichen Strukturwandel (3.2.3), sowie sozialen Aspekten im Bereich Wohnen und Bauen (3.2.4) – sehen die Befragten große Handlungsbedarfe und stimmen den vorgestellten Maßnahmen überwiegend deutlich zu. Das fügt sich ein in die Befunde von Kapitel 2.3, wonach unter anderem in der Landwirtschaftspolitik, der Bau- und Planungspolitik und der Verkehrspolitik der Umwelt- und Klimaschutz aus Sicht der Mehrheit von übergeordneter Bedeutung sein sollte. Auch in

⁶⁵ Wenn also Haushalte mit (sehr) niedrigen Einkommen oder Transferleistungsempfänger*innen einen – im Vergleich zu Haushalten mit mittleren oder (sehr) hohen Einkommen – höheren Anteil ihrer Einkünfte für Strom und Heizenergie (sowie Mobilität) ausgeben müssen.



der Wirtschaftspolitik zeichnete sich eine steigende Bedeutung des Umwelt- und Klimaschutzes ab. Dies kann als klarer Auftrag an die Politik interpretiert werden, eine ambitionierte und handlungsfeldübergreifende Umwelt- und Klimapolitik zu verfolgen und weitere dahingehende politische Maßnahmen mutig auf den Weg zu bringen und umzusetzen.

Gleichzeitig weisen die Befragten ein hohes Interesse für den Klimawandel und den Klimaschutz auf und fühlen sich mehrheitlich gut informiert. Dass es den Klimawandel gibt, wird lediglich von einer verschwindend geringen Anzahl (von einem Prozent) infrage gestellt. Zudem sieht die große Mehrheit der Befragten ausschließlich oder vor allem das Handeln der Menschen als Ursache des Klimawandels. Entsprechend zeigt sich ein starker Rückhalt für ein entschlosseneres Vorgehen bei der Klimaschutzpolitik. Klimapolitische Maßnahmen werden stark befürwortet: Der Abbau klimaschädlicher Subventionen und die Förderung klimafreundlicher Produkte und Technologien beispielsweise finden starken Zuspruch. Zudem ist eine deutliche Mehrheit gegen-

über der CO₂-Bepreisung aufgeschlossen und es wird mehrheitlich für eine Verwendung der Einnahmen im Sinne des Klimaschutzes plädiert.

Im Bereich der Ernährung und Landwirtschaft nehmen die Menschen in Hinblick auf ökologische Ziele wie die Vermeidung von Abfällen, den Erhalt der Biodiversität, beim Tierwohl und bei der Reduktion von Pestiziden große Defizite wahr. Entsprechende Maßnahmen befürworten sie deutlich. Es zeigt sich aber auch der Bedarf, verstärkt auf die Synergien zwischen Umwelt-, Klima- und Gesundheitspolitik aufmerksam zu machen, die z. B. mit einer Reduktion der Nutztierhaltung sowie einem reduzierten Fleischkonsum einhergehen können.

Auch mit Blick auf den Verkehrs- und Mobilitätsbereich sind sich die Menschen offenbar der Notwendigkeit einer sozial-ökologischen Transformation bewusst⁶⁶. Entsprechenden Zielen und Maßnahmen

⁶⁶ Dies zeichnete sich bereits in der Umweltbewusstseinsstudie 2018 ab (vgl. UBA & BMU, 2019, S. 55 ff.).

stimmen sie überwiegend deutlich zu. Im Vergleich zur Ernährung und Landwirtschaft antworteten die Befragten allerdings ein wenig zurückhaltender. Dies hat möglicherweise damit zu tun, dass eine autofreie Alltagsmobilität bisher für viele Menschen, insbesondere für Familien, große Hürden mit sich bringt. Aus diesem Grund besteht eventuell die Sorge, dass es lange dauern könnte, bis sich die Bedingungen für eine nachhaltige Alltagsmobilität grundlegend verbessern und die täglichen Wege – zumindest übergangsweise – komplizierter statt leichter werden könnten. Insofern gilt es, nachhaltige Mobilitätskonzepte verstärkt in der Praxis zu erproben, um aufzuzeigen, dass es Alternativen zur automobilen Alltagsmobilität gibt und dass eine sozial-ökologische Verkehrswende keine ferne Utopie, sondern ein gangbarer Weg ist – sowohl in städtischen als auch in ländlichen Regionen. Ein Blick auf gute Beispiele in anderen Ländern kann in dieser Hinsicht ermutigend sein⁶⁷.

Beim Thema Strukturwandel weisen die Befragungsergebnisse ebenfalls auf einen starken Rückhalt für eine zügige und zugleich sozialverträgliche Transformation in Richtung Nachhaltigkeit hin. Förderprogramme und finanzielle Unterstützungsleistungen sowie Qualifizierungsmaßnahmen für die Beschäftigten werden dabei von den Befragten als wichtige Bausteine angesehen. Die weitere wirtschaftliche Strukturentwicklung in Richtung Nachhaltigkeit kann auf breite Unterstützung hoffen, sofern es den verantwortlichen Akteur*innen gelingt, die Umsetzung umsichtig und partizipativ zu gestalten. Ein umfassender Dialog mit allen Beteiligten und Betroffenen sowie die Entwicklung und Umsetzung von Konzepten, die soziale Härten vermeiden und neue Perspektiven für die Beschäftigten und die betroffenen Regionen schaffen, sind dafür elementar

– auch vor dem Hintergrund, dass kleine Teile in der Bevölkerung einem Strukturwandel aus Gründen des Klimaschutzes ablehnend oder skeptisch gegenüberstehen.

In Bezug auf den Klimaschutz weist die Befragung eine deutliche Zustimmung zur stärkeren Berücksichtigung von sozialen Aspekten aus. Insbesondere bei der Gebäudesanierung sind aus Sicht der Befragten dringend Lösungen für eine faire Verteilung der Kosten gefragt. Starke Zustimmung gibt es auch für verstärkte Beratungs- und Förderprogramme sowie finanzielle Unterstützungsleistungen für Haushalte mit niedrigem Einkommen. Die Implementierung solcher Maßnahmen und die verstärkte Nutzung von Synergiepotenzialen zwischen Klima- und Sozialpolitik stellt eine Frage der sozialen Gerechtigkeit dar und kann zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen. Allerdings wird die Sozialpolitik bisher als ein Bereich betrachtet, bei dem nur ein kleiner Teil Menschen einen vorrangigen Bedarf sieht, dort den Umwelt- und Klimaschutz stärker zu berücksichtigen⁶⁸. Dies ist also ein Feld, auf das verstärkt aufmerksam gemacht und in dem vermehrt an gemeinsamen Lösungskonzepten gearbeitet werden sollte.

Das Umweltbewusstsein der Menschen in Deutschland bewegt sich im Jahr 2020 – trotz der Corona-Krise – auf einem beachtenswert hohen Niveau. Insgesamt betrachtet zeigt sich, dass dem Umwelt- und Klimaschutz ein hoher gesellschaftlicher und politischer Stellenwert eingeräumt wird – sowohl handlungsfeldübergreifend als auch in einzelnen Handlungsfeldern. Dies kann sowohl als Mahnung als auch als Ermutigung für die Politik betrachtet werden, beim Umwelt- und Klimaschutz mutiger voranzugehen.

⁶⁷ Einige gute Beispiele sind in der Broschüre zur europäischen Mobilitätswoche enthalten, die unter <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/europaeische-mobilitaetswoche-leitfaden-2020-fuer> zu finden ist (zuletzt geprüft am 03.03.2021).

⁶⁸ Auch bei der CO₂-Bepreisung stimmten vergleichsweise wenige Befragte einer Mittelverwendung im Sinne des sozialen Ausgleichs zu.

4 Empfehlungen und Ausblick

Der erste Abschnitt dieses Kapitels fasst noch einmal die zentralen Erkenntnisse aus den Befragungsergebnissen zusammen und stellt politische Empfehlungen vor, die in diesem Zusammenhang ausgesprochen werden können. Der zweite Abschnitt nimmt eine kritische Würdigung der 25-jährigen Arbeit an der Umweltbewusstseinsstudie vor und gibt einen Ausblick auf die ausstehenden Publikationen und mögliche zukünftige Fragestellungen.

4.1 Zentrale Erkenntnisse und politische Empfehlungen

Beim Rückblick auf die langen Wellen im Umweltbewusstsein und ihrer Entwicklung bis heute lässt sich seit 2018 eine „Renaissance“ des Umwelt- (und zunehmend des Klima-)Themas erkennen. Der Umwelt- und Klimaschutz erreichte in der Wahrnehmung der Bürger*innen zuletzt – und insbesondere im Jahr 2019 – einen Stellenwert, der so hoch ausfiel wie seit Ende der 1980er Jahre nicht mehr. Rund zwei Drittel der Befragten halten 2020 den Umwelt- und Klimaschutz für sehr wichtig (vgl. Abschnitt 2.1.1).

Bei einer Betrachtung des Umweltbewusstseins im Zeitverlauf zeichnet sich ab, dass sich die Bedeutung von Umwelt(-problemen) im Laufe der Zeit gewandelt hat. Während die Menschen in den 1980er Jahren den Umweltschutz noch mit Themen wie dem Waldsterben und Atomkatastrophen assoziierten, sind es heute eher Themen wie der Plastikmüll und ganz besonders der Klimawandel.

Bemerkenswert ist der aktuell hohe Stellenwert von Umwelt und Klima auch vor dem Hintergrund, dass das Jahr 2020 sehr deutlich von der Corona-Pandemie geprägt war. Dennoch hat der Umwelt- und Klimaschutz nichts von seiner gesellschaftlichen Bedeutung eingebüßt: 70 % der Befragten gaben an, dass für sie während der Corona-Pandemie der Klimaschutz weiterhin genauso wichtig geblieben ist; für 16 % ist er sogar wichtiger geworden. Gleichzeitig wird der Zustand der Umwelt kritisch betrachtet: Die Befragten schätzen die Umweltqualität vor allem lokal und in Deutschland negativer ein als in den Jahren vor 2018 (vgl. Abschnitt 2.2).

Entsprechend sollte der Umwelt- und Klimaschutz aus Sicht der Bürger*innen in anderen Politikfeldern mehr Gewicht erhalten, und zwar vor allem in den Bereichen Energie, Landwirtschaft, Stadtentwicklung und Verkehr. Diese Einschätzungen bewegen sich seit 2018 auf hohem Niveau. Auffällige Anstiege waren zuletzt insbesondere im Bereich der Wirtschaftspolitik zu beobachten (vgl. Abschnitt 2.3).

Einen Schwerpunktbereich der aktuellen Befragung bildete die Wahrnehmung des Klimawandels sowie die Haltung zur Klimapolitik und klimapolitischen Maßnahmen. Es zeigt sich, dass der Klimawandel allgemein anerkannt ist und das Handeln der Menschen von einer deutlichen Mehrheit als Hauptursache für den Klimawandel angesehen wird. Nur ein sehr kleiner Teil der Befragten glaubt, dass der Klimawandel vor allem auf natürliche Prozesse zurückzuführen ist (vier Prozent) oder dass es keinen Klimawandel gibt (ein Prozent; vgl. Abschnitt 3.1.2). Ein entsprechend starker Rückhalt zeichnet sich für ein entschlosseneres Vorgehen bei der Klimaschutzpolitik ab. Eine deutliche Mehrheit gibt es auch für die CO₂-Bepreisung und eine Verwendung der Einnahmen im Sinne des Klimaschutzes (vgl. Abschnitt 3.1.5).

Ein weiterer Schwerpunktbereich adressierte die Haltung der Menschen zu den Erfordernissen einer sozial-ökologischen Transformation in verschiedenen Handlungsfeldern – bei Ernährung und Landwirtschaft, Verkehr und Mobilität, dem wirtschaftlichen Strukturwandel sowie querliegenden sozialen Aspekten. In allen thematisierten Transformationsfeldern sehen die Befragten große Handlungsbedarfe und stimmen den vorgestellten Maßnahmen überwiegend deutlich zu (vgl. Abschnitte 3.2.1–3.2.4).

Insgesamt zeichnet sich also ab, dass das gesellschaftliche Bewusstsein für einen verstärkten Schutz von Umwelt und Klima insbesondere in den letzten Jahren gewachsen ist. Bedeutet das, dass es keiner weiteren Förderung des Umweltbewusstseins bedarf?

Diese Frage muss verneint werden. So ist zum einen anzumerken, dass kleinere Teile der Bevölkerung noch nicht vom Umwelt- und Klimaschutz überzeugt sind. Deswegen ist es wichtig, im Zuge der weiteren Datenanalyse genauer herauszuarbeiten, gegenüber welchen Bevölkerungsgruppen vermehrte Anstrengungen unternommen werden sollten, um ihr Umwelt- und Klimabewusstsein zu fördern. Zum anderen ist darauf hinzuweisen, dass bei einigen Menschen offenbar Wissenslücken dahingehend bestehen, welche Maßnahmen besonders wichtig und wirksam für den Umwelt-, Klima- und Naturschutz sind, wie sich insbesondere am Beispiel der Ernährung und Landwirtschaft zeigte. Zudem gaben die Befragten mit deutlicher Mehrheit an, dass sie mehr (Aus-) Bildung im Bereich Klimaschutz befürworten würden.

Ein großer Teil der Bevölkerung fühlt sich bereits gut informiert und scheint hinreichend sensibilisiert zu sein⁶⁹. Viele umwelt- und klimafreundliche Verhaltensweisen setzen sie im Alltag bereits um, stoßen dabei allerdings auch oft an Grenzen. Entsprechend unzufrieden sind sie mit ihrem eigenen Handeln und dem ihrer Mitmenschen. Deshalb sind dringende Verbesserungen in den Rahmenbedingungen erforderlich, um die bestehenden Fehlanreize und Hürden abzubauen und umweltbewusstes Alltagshandeln zu erleichtern. Denn die oft thematisierte bzw. beklagte „Lücke“ zwischen Bewusstsein und Verhalten⁷⁰ ist unter anderem deswegen so häufig anzutreffen, weil die bestehenden infrastrukturellen, ökonomischen, juristischen und sozialen Rahmenbedingungen und Anreize einem umweltbewussten Handeln oftmals im Wege stehen (vgl. Diekmann & Preisendörfer, 1998; Gessner, 1996; siehe aber auch Bauske & Kaiser, 2019)⁷¹.

Entsprechende politische Vorschläge zur Verbesserung der Rahmenbedingungen liegen für die meisten Transformationsfelder, die in der Befragung angesprochen wurden, bereits vor. Im Bereich Ernährung gilt es zum Beispiel sowohl aus Umwelt- als auch aus Gesundheitssicht, die Nutztierhaltung zu reduzieren und eine stärker pflanzenbasierte Ernährung zu

fördern. Dazu sollte eine integrierte Ernährungspolitik entwickelt werden, wie es beispielsweise der wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz des BMEL (WBAE, 2020) in seinem jüngsten Gutachten vorschlug⁷². Unter den umfassenden Vorschlägen befindet sich auch die deutliche Empfehlung, die Verantwortung für eine nachhaltige Ernährung weniger als bisher an die Konsument*innen zu delegieren, sondern bessere Rahmenbedingungen zu schaffen – was insbesondere eine Aufgabe für politische Akteur*innen darstellt.

Auch im Verkehrs- und Mobilitätsbereich braucht es grundlegende Veränderungen in den Rahmenbedingungen, um eine Alltagsmobilität zu ermöglichen, die umwelt- und klimaschonend und zugleich gesundheitsförderlich und erschwinglich ist. Zudem gilt es, die Teilhabechancen von Benachteiligten und Bevölkerungsgruppen mit besonderen Bedarfen bei der Mobilität zu verbessern. Entsprechende Vorschläge für eine „Verkehrswende für alle“ werden in einem Positionspapier des Umweltbundesamtes dargelegt (UBA, 2020b)⁷³. Sie zeigen, dass es im Verkehrsbereich vielfältige Möglichkeiten gibt, Umweltschutz und soziale Ziele zu verknüpfen.

Bei einem ökologisch motivierten Strukturwandel ist es ebenfalls essenziell, eine integrative Perspektive einzunehmen und die Umsetzungsprozesse so zu gestalten, dass die Betroffenen einbezogen und ihnen Perspektiven zur Anpassung an die Veränderungen eröffnet werden. Wichtig sind in diesem Zusammenhang auch flankierende Förderprogramme und finanzielle Unterstützungsleistungen. Als ein Beispiel für eine bereits laufende Förderung in diesem Sinne kann das BMU Förderprogramm „Kommunale Modellvorhaben zur Umsetzung der ökologischen Nachhaltigkeitsziele in Strukturwandelregionen (KoMoNa)“ genannt werden⁷⁴.

Um mögliche negative soziale Verteilungswirkungen von klimapolitischen Maßnahmen zu vermeiden oder abzumildern, gilt es ebenfalls integrierte Lösungsansätze zu entwickeln und umzusetzen. Zum Beispiel

69 Wie in Abschnitt 2.1 einleitend erwähnt, scheint es insbesondere unter Frauen sowie Höhergebildeten häufiger Personen zu geben, die dem Umwelt- und Klimaschutz durchgängig eine übergeordnete Bedeutung einräumen.

70 Diese wurde u. a. bereits bei dem eingangs genannten Fachgespräch im Jahr 1994 als relevante Herausforderung thematisiert.

71 Siehe dazu auch die Befunde und Gedanken zum Thema Verantwortung im Kontext der Umweltbewusstseinsstudie 2018 bei Gellrich (2019).

72 Das Gutachten ist unter https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Ministerium/Beiraete/agrarpolitik/wbae-gutachten-nachhaltige-ernaehrung.html verfügbar (zuletzt geprüft am 03.03.2021).

73 Das Positionspapier ist zu finden unter <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/verkehrswende-fuer-alle> (zuletzt geprüft am 03.03.2021).

74 <https://www.z-u-g.org/aufgaben/kommunale-modellvorhaben-in-strukturwandelregionen-komona/> (zuletzt geprüft am 03.03.2021).

sind im Kontext der Gebäudesanierung dringend Lösungen für eine faire Verteilung der Kosten gefragt. Eine energetische Modernisierung sollte nicht missbraucht werden können, eine „Luxussanierung“ durchzuführen und sprunghafte Mietsteigerungen durchzusetzen, die die energetischen Sanierungskosten deutlich übersteigen. Außerdem sollten Gebäudesanierungen so durchgeführt werden, dass die angestrebten Energieeinsparungen effektiv und (kosten-)effizient erreicht werden und die Kosten gerecht aufgeteilt werden. In einigen Bereichen des Altbau-Bestands hat beispielsweise die serielle Sanierung das Potenzial, die Sanierungskosten zu senken⁷⁵.

Auch die Einführung von flächendeckenden Beratungs- und Förderprogrammen sowie vermehrte finanzielle Unterstützungsleistungen für Haushalte mit niedrigem Einkommen können helfen, umwelt- und sozialpolitische Ziele besser miteinander zu vereinbaren. Die Befragungsergebnisse sprechen dafür, bestehende Förderprogramme des Bundes wie den Stromspar-Check für einkommensschwache Haushalte (mit kostenlosen Energiesparberatungen und Geräte austauschprogramm) auszuweiten und in eine stabile institutionelle Förderung zu überführen. Zudem könnten vermehrt auch weitere Synergien mit sozialpolitischen Zielen erschlossen werden, beispielsweise indem bei Sozialtransferleistungen der energetische Zustand der Wohnung stärker berücksichtigt wird, damit bei einem hohen Energieeffizienzstandard auch eine höhere Kaltmiete zulässig ist.

4.2 Kritische Würdigung und Ausblick

Eine zentrale Erkenntnis mit Blick auf die langjährigen Zeitreihen ist, dass diese ein großer Daten-„Schatz“ sind. Gerade im Rückblick erkennt man, wie lohnend es ist, zentrale Fragen regelmäßig repräsentativ zu erheben. Dadurch können Entwicklungen im Umweltbewusstsein im Zeitverlauf nachgezeichnet und in den zeithistorischen Kontext eingeordnet werden. Am Beispiel der Zeitreihe zur Umweltqualität (Abschnitt 2.2) zeigt sich, dass es wichtig ist „am Ball zu bleiben“ – auch, wenn sich die Ergebnisse über einen längeren Zeitraum nur wenig verändern (wie in

den Jahren zwischen 2006 und 2016). Wenn es dann von einer Befragung zur nächsten einen Einbruch gibt (wie von 2016 zu 2018), ist es hilfreich, diese Entwicklung im Zeitverlauf verorten und in einen Zusammenhang mit weiteren Beobachtungen und Befunden stellen zu können.

Aber auch die Schattenseite beim Rückblick auf die 25-jährigen Arbeit an der Umweltbewusstseinsstudie soll hier nicht verschwiegen werden. Längst nicht alle Zeitreihen liegen mit solch kontinuierlich erhobenen Datenpunkten vor, wie es beim Beispiel der Frage nach der wahrgenommenen Umweltqualität der Fall ist. Viele liegen nur fragmentiert vor oder lassen sich kaum als eine Zeitreihe darstellen, beispielsweise weil sich die Formulierung der Frage und/oder der Antwortoptionen verändert hat⁷⁶. Insofern ist die Studie auch regelmäßig vor das Dilemma gestellt, ob einzelne Frage unverändert fortgeführt werden sollen, obwohl zwischenzeitliche Entwicklungen oder neue Erkenntnisse dafür sprechen, die Frage anzupassen. Mit der aktuellen Studie wurde bei einigen Zeitreihenfragen eine behutsame Überarbeitung vorgenommen, und zwar so, dass einerseits neue Entwicklungen abgebildet werden können und andererseits ein Zeitvergleich weiterhin möglich ist. In diesem Zuge wurden die Formulierungen zudem dahingehend geprüft, inwiefern sie möglicherweise suggestiv wirken, und entsprechend angepasst.

Ein weiteres großes „Pfund“ der Studie ist, dass die Datensätze eine differenzierte Betrachtung nach soziodemografischen Merkmalen erlauben⁷⁷. Beispielsweise in Hinblick auf Genderfragestellungen und soziale Aspekte im Umwelt- und Klimabereich kann die Verschneidung verschiedener Merkmale der Befragten (wie beispielsweise alleinerziehende Frauen) wertvoll sein. Zudem sind auch komplexere Segmentierungen möglich, wie eine Unterscheidung nach sozialen Milieus (wie bei den Ausgaben der Umweltbewusstseinsstudie ab 2008), oder anhand inhaltlicher Aussagen (wie bspw. bei Eversberg, 2019). Auch die ausstehenden Publikationen zur Umweltbewusstseinsstudie 2020 (s. u.) werden entsprechende Ansätze aufgreifen.

75 Hierzu kann beispielsweise auf ein Pilotprojekt der deutschen Energie-Agentur hingewiesen werden: <https://www.dena.de/newsroom/meldungen/2019/serielles-sanieren-erstes-energiesparprojekt-in-hameln/> (zuletzt geprüft am 03.03.2021).

76 Bauske und Kaiser (2019) zeigen in ihrem Bericht, dass eine umfassende Rekonstruktion der Zeitreihe(n) unter Verwendung des sogenannten Campbell-Paradigmas dennoch möglich ist.

77 Mit gewissen Einschränkungen ist das sogar im Zeitverlauf möglich.

Bei einer längsschnittlichen Betrachtung zeigen sich allerdings auch Grenzen. So können die beobachteten Veränderungen im Umweltbewusstsein nicht kausal auf bestimmte Ursachen oder Entwicklungen im gesellschaftlichen Umfeld zurückgeführt werden; entsprechende Zusammenhänge können lediglich vermutet, aber nicht belegt werden⁷⁸.

Wie eingangs erwähnt, steht eine umfassende und differenzierte Auswertung der Befragungsergebnisse zur Umweltbewusstseinsstudie 2020 noch aus. Das vorliegende Hintergrundpapier soll nur ein erster Vorgeschmack darauf sein, was noch an entsprechenden Veröffentlichungen kommen wird. So ist für den Herbst 2021 die Herausgabe der Basisdatenbrochure „Umweltbewusstsein in Deutschland 2020“ anvisiert, welche eine ausführlichere Darstellung der Befragungsergebnisse enthalten wird. Zudem wird es einen wissenschaftlichen Vertiefungsbericht geben, welcher eine detailliertere Auswertung insbesondere zum Themenfeld Klimaschutz und Transformation vornehmen wird. Besonderes Augenmerk wird darauf liegen, welche Möglichkeiten die Befragten sehen, um sich persönlich für den Klimaschutz zu engagieren und inwieweit sie Veränderungspotenziale im eigenen Lebensumfeld wahrnehmen. Ein Politikpapier soll Handlungsempfehlungen, die sich aus den Befragungsergebnissen für politische (und ggf. weitere) Akteur*innen ableiten lassen, dezidiert herausarbeiten.

Zudem besteht die Absicht fort, im Rahmen einer Fachveranstaltung gemeinsam mit Expert*innen der sozialwissenschaftlichen Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung zu erörtern, welche thematischen und methodischen Entwicklungen bei der Weiterführung der Studie beachtet werden sollten, auf welche gesellschaftliche Kontexte und Trends stärkere Aufmerksamkeit zu richten ist und in welchen Feldern zusätzliche Forschungsaktivitäten lohnenswert wären (z. B. bei der internationalen Vergleichsforschung). Sobald die Entwicklungen der Corona-Pandemie dies zulassen, sollen die Planungen einer entsprechenden Veranstaltung konkretisiert werden.

*An dieser Stelle möchten wir unseren verbindlichen Dank allen beteiligten Forschungspartner*innen und Kolleg*innen aussprechen, die zur Entstehung der vorliegenden Publikation beigetragen haben. Ein herzliches Dankeschön gilt zudem dem wissenschaftlichen Beirat der Umweltbewusstseinsstudie für die konstruktiven fachlichen Hinweise bei der Vorbereitung und Durchführung der Studie. Last but not least gilt unser großer Dank auch Dr. Michael Wehrspau, der die Umweltbewusstseinsstudie ursprünglich ins Leben gerufen und diese über Jahre fachkundig (und mit Leidenschaft) koordiniert, begleitet und weiterentwickelt hat.*

⁷⁸ Auf weitere mögliche Limitierung, die durch das Befragungsdesign, die Stichprobenzusammensetzung oder sozial erwünschte Antworttendenzen entstehen können, wird – wie einleitend in Kapitel 2 erwähnt – die Methodenbeschreibung der ausstehenden Broschüre eingehen.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Stellenwert des Umwelt- und Klimaschutzes, Zeitreihe 2016–2020	10
Abbildung 2: Bewertung der Umweltqualität im Zeitvergleich	14
Abbildung 3: Berücksichtigung von Umwelt- und Klimaschutz in anderen Politikbereichen.....	16
Abbildung 4: Bewertung des Handelns verantwortlicher Akteur*innen im Zeitvergleich	17
Abbildung 5: Befragungsergebnisse zum Umweltverhalten im Zeitvergleich.....	20
Abbildung 6: Interesse am Thema Klimawandel und Klimaschutz	23
Abbildung 7: Informiertheit zum Klimawandel und Klimaschutz	23
Abbildung 8: Vermutete Ursache für Klimawandel	24
Abbildung 9: Veränderte Bedeutung des Klimaschutzes	25
Abbildung 10: Aussagen zur Klimapolitik und zur Rolle Deutschlands	26
Abbildung 11: Politische Vorgehensweisen beim Klimaschutz	27
Abbildung 12: Verwendung der Einnahmen aus CO ₂ -Bepreisung.....	28
Abbildung 13: Handlungsbedarfe bei Ernährung und Landwirtschaft	30
Abbildung 14: Zustimmung zu Maßnahmen bei Ernährung und Landwirtschaft.....	31
Abbildung 15: Handlungsbedarfe bei Mobilität und Verkehr	32
Abbildung 16: Zustimmung zu Maßnahmen bei Mobilität und Verkehr.....	33
Abbildung 17: Wirtschaftlicher Strukturwandel und Beschäftigung.....	35
Abbildung 18: Soziale Aspekte bei Klimaschutz und Transformation	36

Abkürzungsverzeichnis

BfN	Bundesamt für Naturschutz
BLE	Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
BMEL	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
BÖLN	Bundesprogramm Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft
BUND	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
bspw.	beispielweise
ebd.	ebenda
f.	folgende Seite
ff.	die folgenden Seiten
Hrsg.	Herausgeber*innen
IfD	Institut für Demoskopie Allensbach
infas	infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft
ISOE	ISOE Institut für sozial-ökologische Forschung
KoMoNa	Kommunale Modellvorhaben zur Umsetzung der ökologischen Nachhaltigkeitsziele in Strukturwandelregionen
Pkw	Personenkraftwagen
SOEP	Sozio-oekonomisches Panel
SRU	Sachverständigenrat für Umweltfragen
S.	Seite bzw. Seiten
s. o.	siehe oben
s. u.	siehe unten
UBA	Umweltbundesamt
WBAE	Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz
vgl.	vergleiche
vzbv	Verbraucherzentrale Bundesverband
z. B.	zum Beispiel

Quellenverzeichnis

- Bauske, E., & Kaiser, F. G. (2019).** Umwelteinstellung in Deutschland von 1996 bis 2016 – Eine Sekundäranalyse der Umweltbewusstseinsstudien. *UBA-Texte* 128/2019. Dessau-Roßlau. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2019-10-17_texte_128-2019_sekundaeranalyse-umweltbewusstseinstudie.pdf (zuletzt geprüft am 03.03.2021)
- Bundesamt für Naturschutz & Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, und nukleare Sicherheit (2020).** *Naturbewusstsein 2019. Bevölkerungsumfrage zu Natur und biologischer Vielfalt*. Bonn, Berlin. https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Pool/Broschueren/naturbewusstsein_2019_bf.pdf (zuletzt geprüft am 03.03.2021)
- Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, Geschäftsstelle Bundesprogramm Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft, & Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2020).** *Ökobarmeter 2019. Umfrage zum Konsum von Biolebensmitteln*. Bonn. https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/oekobarmeter-2019.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (zuletzt geprüft am 03.03.2021)
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2020).** *Deutschland, wie es isst. Der BMEL-Ernährungsreport 2020*. Berlin. https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/ernaehrungsreport-2020.pdf?__blob=publicationFile&v=26 (zuletzt geprüft am 03.03.2021)
- Davidson, D. J., & Freudenburg, W. R. (1996).** Gender and environmental risk concerns—A review and analysis of available research. *Environment and Behavior*, 28(3), 302–339. <https://doi.org/10.1177%2F0013916596283003>
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.** Sozio-oekonomisches Panel. Berlin. www.diw.de/soep (zuletzt geprüft am 03.03.2021)
- Diekmann, A., & Preisendörfer, P. (1998).** Umweltbewußtsein und Umweltverhalten in Low- und High-Cost-Situationen: Eine empirische Überprüfung der Low-Cost-Hypothese. *Zeitschrift für Soziologie*, 27(6), 438–453.
- Eversberg, D. (2019).** Who can challenge the imperial mode of living? The terrain of struggles for social-ecological transformation in the German population. *Innovation: The European Journal of Social Science Research*, 33(2), 233–256. <https://doi.org/10.1080/13511610.2019.1674129>
- Forschungsgruppe Wahlen.** Politbarometer: Langzeitentwicklung – Politik II. Mannheim. https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_II/ (zuletzt geprüft am 03.03.2021)
- Geiger, S., & Holzhauer, B. (2020).** Weiterentwicklung einer Skala zur Messung von Umweltbewusstsein. *UBA-Texte* 25/2020. Dessau-Roßlau. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2020-02-03_texte_25-2020_kenngroessen_umweltbewusstsein_weiterentwicklung_0.pdf (zuletzt geprüft am 03.03.2021)
- Gellrich, A. (2019).** Das Umweltbewusstsein in Deutschland. Befunde und Gedanken zum Thema Verantwortung. In: Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt e.V. (Hrsg.), *Briefe – Zur Orientierung im Konflikt Mensch – Erde*, 40(133), 22–29. https://ev-akademie-wittenberg.de/sites/default/files/publikationen/briefe_2019-4.pdf (zuletzt geprüft am 03.03.2021)
- Gessner, W. (1996).** Der lange Arm des Fortschritts. Versuch über die umweltrelevanten Strukturen der Lebenswelt. In R. Kaufmann-Hayoz & A. Di Giulio (Hrsg.), *Umweltproblem Mensch. Humanwissenschaftliche Zugänge zu umweltverantwortlichem Handeln* (S. 263–299). Bern: Haupt.
- Gossen, M., Müller, R., Holzhauer, B., & Geiger, S. (2021).** „Zukunft? Jugend fragen! 2019“. Teilbericht. *UBA-Texte* 12/2021. Dessau-Roßlau. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/5750/publikationen/2021-01-21_texte_12-2021_ubs_2019_jugend.pdf (zuletzt geprüft am 03.03.2021)
- Heinrich-Böll-Stiftung, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, & Le Monde Diplomatique (2021).** Fleischatlas 2021 – Jugend, Klima und Ernährung. Online unter: http://www.boell.de/sites/default/files/2021-01/Fleischatlas2021_0.pdf?dimension1=ds_fleischatlas_2021 (zuletzt geprüft am 03.03.2021).
- Heißenhuber, A., Haber, W., & Krämer, C. (2015).** Umweltprobleme der Landwirtschaft – 30 Jahre SRU-Sondergutachten. *UBA-Hintergrund/Okttober 2015*. Dessau-Roßlau. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/376/publikationen/umweltprobleme_in_der_landwirtschaft_30_jahre_sru-sondergutachten.pdf (zuletzt geprüft am 03.03.2021)
- Holzhauer, B., Gossen, M., Schipperges, M., & Scholl, G. (2015).** Online- und Panel-Erhebungen zur sozialwissenschaftlichen Erforschung von Umweltbewusstsein. *Schriftenreihe des IÖW* 209(15), Berlin. https://www.ioew.de/fileadmin/user_upload/BILDER_und_Downloaddateien/Publikationen/Schriftenreihen/IOEW-SR_209_Erhebungen_Umweltbewusstsein.pdf (zuletzt geprüft am 03.03.2021)
- Kaiser, F. G., Frick, J., & Stoll-Kleemann, S. (2001).** Zur Angemessenheit selbstberichteten Verhaltens: Eine Validitätsuntersuchung der Skala Allgemeinen Ökologischen Verhaltens. *Diagnostica*, 47(2), 88–95. <https://doi.org/10.1026/0012-1924.47.2.88>
- Kuckartz, U., & Rheingans-Heintze, A. (2006).** *Trends im Umweltbewusstsein. Umweltgerechtigkeit, Lebensqualität und persönliches Engagement*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-90196-1>
- Kuhnimhof, T., Nobis, C., Hillmann, K., Follmer, R. & Eggs, J. (2019).** Veränderungen im Mobilitätsverhalten zur Förderung einer nachhaltigen Mobilität. Abschlussbericht. *UBA-Texte* 101/2019. Dessau-Roßlau. <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/veraenderungen-im-mobilitaetsverhalten-zur> (zuletzt geprüft am 03.03.2021)

Sachverständigenrat für Umweltfragen (1982). *Umweltgutachten 1978*. Bonn: Deutscher Bundestag.

Schipperges, M. (2020). Umwelteinstellungen in Deutschland von 1971 bis 2019 – Zeitreihenanalyse anhand externer Datenquellen. *UBA-Texte 103/2020*. Dessau-Roßlau. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/texte_103-2020_umwelteinstellungen_in_deutschland_von_1971_bis_2019_0.pdf (zuletzt geprüft am 03.03.2021)

Schipperges, M., Gossen, M., Holzhauer, B., & Scholl, G. (2016). Umweltbewusstsein und Umweltverhalten in Deutschland 2014. Vertiefungsstudie: Trends und Tendenzen im Umweltbewusstsein. *UBA-Texte 59/2016*. Dessau-Roßlau. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1/publikationen/umweltbewusstsein_und_umweltverhalten_in_deutschland_2014_vertiefungsstudie_trends_final_neu.pdf (zuletzt geprüft am 03.03.2021)

Scholl, G., Gossen, M., Holzhauer, B., & Schipperges, M. (2016). Mit welchen Kenngrößen kann Umweltbewusstsein heute erfasst werden? Eine Machbarkeitsstudie. *UBA-Texte 58/2016*. Dessau-Roßlau. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1968/publikationen/mit_welchen_kenngrößen_kann_umweltbewusstsein_heute_erfasst_werden-eine_machbarkeitsstudie_final.pdf (zuletzt geprüft am 03.03.2021)

Umweltbundesamt & Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, und nukleare Sicherheit (2019). *Umweltbewusstsein in Deutschland 2018. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage*. Dessau-Roßlau, Berlin. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/ubs2018_-_m_3.3_basisdatenbroschuere_barrierefrei-02_cps_bf.pdf (zuletzt geprüft am 03.03.2021)

Umweltbundesamt & Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, und nukleare Sicherheit (2017). *Umweltbewusstsein in Deutschland 2016. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage*. Dessau-Roßlau, Berlin. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/376/publikationen/umweltbewusstsein_deutschland_2016_bf.pdf (zuletzt geprüft am 03.03.2021)

Umweltbundesamt (2020a). The Green New Consensus. Study Shows Broad Consensus on Green Recovery Programmes and Structural Reforms. *UBA-Background/September 2020*. Dessau-Roßlau. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/376/publikationen/thenewgreenconsensus_englisch_bf.pdf (zuletzt geprüft am 03.03.2021)

Umweltbundesamt (2020b). Verkehrswende für ALLE. So erreichen wir eine sozial gerechtere und umweltverträglichere Mobilität. *UBA-Position/August 2020*. Dessau-Roßlau. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/376/publikationen/2020_pp_verkehrswende_fuer_alle_bf_02.pdf (zuletzt geprüft am 03.03.2021)

Umweltbundesamt (1995). Umweltbewusstsein als soziales Phänomen. *UBA-Texte 32/95*. Berlin.

Verbraucherzentrale Bundesverband (2021). *Verbrauchermeinungen zu Nachhaltigkeit in der Lebensmittelproduktion. Repräsentative Bevölkerungsbefragung*. https://www.vzbv.de/sites/default/files/downloads/2021/01/22/21-01-15_veroeffentlichung_verbrauchermeinungen_zu_nachhaltigkeit_in_der_lebensmittelproduktion.pdf (zuletzt geprüft am 03.03.2021)

Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz beim BMEL (2020). *Politik für eine nachhaltige Ernährung: Eine integrierte Ernährungspolitik entwickeln und faire Ernährungsumgebungen gestalten*. Gutachten. Berlin. https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Ministerium/Beiraete/agrarpolitik/wbae-gutachten-nachhaltige-ernaehrung.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (zuletzt geprüft am 03.03.2021)



► **Unsere Broschüren als Download**
Kurzlink: bit.ly/2dowYYI

 www.facebook.com/umweltbundesamt.de
 www.twitter.com/umweltbundesamt
 www.youtube.com/user/umweltbundesamt
 www.instagram.com/umweltbundesamt/